MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1916

479 (12.10.1916) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-169659

Donnerstag, 12. Oktober. Abend-Ausgabe. 1916. — Nr. 479.

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe; für den Anzeigenteil: Fritz Joos. Druck u. Verlag der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H., alle in Mannheim. Drahtadr.: Generalanzeiger Mannheim. Fernsprech-Redaktion 377, 1449 — Geschäftsstelle 218, 7569 — Buchdruckerei-Abteilung 341. Postscheck-Konto 2017 Ludwigshafen a. Rh.

Anzeigenpreis: Die 1spalt. Nonpareillezeile 40 Pfg., Reklamezeile M. 1.20. Gemeinnützige Mitteilungen verm. 8½ Uhr, Abendblatt vorher 3 Uhr. Für Angebote an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabe wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim u. Umg. monatl. M. 1.40 einschl. Bringerl. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 4.62 einschl. Postzustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M. 3.96. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Wöchentliche Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — „Das Weltgeschehen im Bilde" in Kupfertiefdruck-Ausführung.

Die Rumänen werden auf der ganzen Ostfront verfolgt.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 12. Oktober. (WTB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Beiderseits der Somme nahm die Schlacht ihren Fortgang. An der ganzen Front zwischen Ancre und Somme entfalteten die Artillerien große Kraft. Infanterieangriffe der Engländer nordöstlich von Thiepval, sowie aus der Linie Le Sars-Guebdecourt sind meist schon im Sperrfeuer gescheitert.

Gegen Abend setzten aus der Front Morval-Bouchavesnes starke Angriffe ein, die bis in die frühen Morgenstunden fortgesetzt wurden. Gegen die Stellungen des Infanterie-Regiments 68 und des Reserve-Infanterie-Regiments 76 bei Sailly stürmte der Feind sechsmal an. Alle Anstrengungen waren ergebnislos.

Unsere Stellungen sind restlos behauptet.

Südlich der Somme ging der Kampf zwischen Gernemont und Chaaines weiter. Mehrfache französische Angriffe wurden abgeschlagen. Die heißumstrittene Zuckerfabrik von Gernemont ist in unserem Besitz. Im Dorfe Ablaincourt entspannen sich erbitterte Häuserkämpfe, die noch im Gange sind.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentliche Ereignisse.

Siebenbürger Kriegsschauplatz.

Im Maros-Tal hielt der Feind den umfassenden Angriffen nicht stand. Auch weiter nördlich beginnt er zu weichen. Er wird auf der ganzen Ostfront verfolgt.

Die zweite rumänische Armee ist in die Grenzstellungen zurückgeworfen. In den Gebirgskämpfen der beiden letzten Tagen sind 18 Offiziere, 639 Mann, ein 10-Zentimeter-Geschütz, 5 Maschinengewehre, viel Munition und Gewehre in unsere Hand gefallen.

Feindliche Vorstöße beiderseits des Vulkan-Passes wurden abgeschlagen.

Balkankriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschall v. Mackensen

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zahlreiche feindliche Angriffe an der Cerna sind gescheitert.

Westlich und östlich des Wardar machte der Gegner erfolglos Vorstöße.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Der rumänische Bericht.

Bukarest, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 11. Oktober. An der Nord- und Nordwestfront schlugen wir bei Tatrang einen feindlichen Angriff mühelos ab. Bei Ojarez im Cernes-Tal halten unsere Truppen ihre Stellungen. Nördlich Predeal schlugen wir bei Moccinu (nordöstlich Giavala) einen feindlichen Angriff blutig ab. Bei Caineni und auf den Höhen östlich und westlich des Jiu hielten wir einen feindlichen Angriff in der Richtung des Vaguseldes an. An der Front von Orsova Artillerieduell.

Südfront. Unsere Artillerie beschoß Widdin und rief schwere Brände hervor. An der übrigen Donaufront Artilleriekampf. In der Dobrudscha nichts Neues.

Luftkrieg. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Constanza und Städte an der Donau.

Berichte aus Saloniki.

Paris, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 11. Oktober: Auf dem rechten Flügel überschritten britische Streitkräfte heute die Eisenbahn und besetzten Prosenik. Im Zentrum nahmen wir die ersten feindlichen Linien auf den Höhen östlich von Gewgheli. Auf dem linken Flügel erhielt die bulgarische Armee Verstärkungen und leistete verzweifelten Widerstand. Die serbischen Truppen machten vom 1.—10. Okt. 2013 Gefangene.

Ultimatum an die griechische Regierung.

Athen, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Der französische Flottenchef richtete ein Ultimatum an die griechische Regierung, in welchem er mit Rücksicht auf die Sicherheit der Flotte der Alliierten die Auslieferung der gesamten griechischen Flotte, bis auf den Panzerkreuzer Georgios Averoff und die Linienschiffe Lemnos und Kilkisch, bis 1 Uhr nachmittags fordert. Ebenso wird die Herausgabe der Pyräus-Larissa-Eisenbahn verlangt.

Bern, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Uebereinstimmende Blättermeldung der „Tribuna" und des „Secolo" wollen wissen, daß die griechische Regierung in die Auslieferung der griechischen Flotte an die Alliierten gewilligt habe. Laut „Giornale d'Italia" sollen auch die griechischen Eisenbahnen übergeben worden sein.

*

⊙ Rotterdam, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Aus Athen wird berichtet, daß die Vierverbandsflotte, die schon seit geraumer Zeit in den griechischen Gewässern kreuzt, im Pyräus anhielt und an dem Hafen Aufstellung nahm. Dabei wählte sie ihre Stellung derart, daß die im Hafen liegende griechische Flotte im Feuerbereich ihrer Geschütze sich befindet. Eine Abteilung französischer Truppen wurde gleichzeitig gelandet. Der Vierverband fordert die Entfernung aller in Griechenland befindlichen Deutschen und der Naturalisierten. Dazu wird noch gemeldet, daß in vielen griechischen Häfen die Konsuls des Vierverbandes die Regierungsmacht übernahmen und Venizelos als Regierungschef anerkennen.

⚒ Wien, 12. Okt. (Priv.-Tel. z. B.) Einer Meldung der Zeit aus Genf zufolge haben 150 Offiziere der Reservisten-Liga beschlossen, einen freiwilligen Wachdienst am Piräus einzurichten.

⚒ Wien, 12. Okt. (Priv.-Tel. z. B.) Nach einer Zeitmeldung aus Genf berichtet der „Matin" aus Athen, daß das griechische Kriegsschiff „Erissos" nach Saloniki abgegangen sei. Ob es zum Vierverband überging, geht aus der Meldung nicht genau hervor.

⚒ Wien, 12. Okt. (Priv.-Tel. z. B.) Die Zeit drahtet aus Genf: Nach dem „Matin" hat Saloniki zu Ehren Venizelos, dessen Ankunft erwartet wird, geflaggt. Prinz Andreas befindet sich noch in Rom. Er verlangt zu seiner Heimfahrt ein griechisches Torpedoboot.

Von der Salonikifront.

Die Deutschen und Bulgaren erhalten Verstärkungen.

e. Von der Schweizer Grenze, 12. Okt. (Priv.-Tel. z. K.) Nach Baseler Blättermeldungen aus London lauten die neuesten Telegramme, welche die Londoner Blätter aus Saloniki bringen, höchst wenig zuversichtlich. Die Bulgaren hätten nach der Strumafront starke Artilleriemassen zusammengezogen, sowie um Seres Verstärkungen konzentriert. Südlich von Monastir seien frische deutsche Truppen erschienen.

e Von der schweizerischen Grenze, 12. Oktbr. (Priv.-Tel. z. K.) Die Basler Nachrichten melden aus Rom: Starke italienische Kavalleriemassen werden nach Santi Quaranta übergeführt, sodaß ein italienisches Flankenmanöver zu Gunsten der Sarraillschen Armee ersichtlich wird.

Belagerungszustand in Rumänien.

e Von der schweizerischen Grenze, 12. Oktbr. (Priv.-Tel. z. K.) Laut Schweizer Blätter meldet der „Secolo" aus Bukarest: Eine königliche Verordnung verkündet für das ganze Königreich den Belagerungszustand, nachdem dieser bisher nur für die Kriegsgefahrzone erklärt war.

Neue Fliegerangriffe auf Konstanza.

e Von der schweizerischen Grenze, 12. Oktbr. (Priv.-Tel. z. K.) Die schweizerischen Blätter melden aus Petersburg: Aus Reni wird gemeldet, daß feindliche Flieger neuerdings Konstanza, umliegende Orte und Bahnanlagen angegriffen haben. Mehrere Bomben fielen in die Gegend des Hafens und richteten an Gebäuden Sachschaden an. Neun Personen, darunter drei Soldaten wurden getötet und eine Anzahl erlitt Verletzungen. Rumänische Piloten verfolgten die Flieger, die jedoch entkamen.

Die spannende Kriegslage am Balkan.

Die Entwicklung der Kriegslage auf dem Balkan wird man mehr und mehr mit der außerordentlichsten Spannung verfolgen. Die Vertreibung des Rumänen aus Siebenbürgen macht reißende Fortschritte. Auf der ganzen Ostfront wird er verfolgt, wie wir aus dem heutigen Tagesbericht ersehen, im Tal der Maros, deren Oberlauf nur etwa 30 Kilometer von der Grenze entfernt ist, mußte er umfassenden Angriffen weichen, auch weiter nördlich — also bis hart an die Grenze der Bukowina — geht er zurück. Nach ergänzenden privaten Meldungen halten die Rumänen von der früher bis an die Bukowina reichenden Angriffsfront nunmehr nur noch ein Fünftel. Welche Bedeutung das Erscheinen deutscher und österreichischer Truppen an der Südgrenze der Bukowina, also in der Flanke der russischen Stellungen in der Bukowina und Galizien gewinnen kann, bedarf keiner weiteren Erörterung. Mit diesem Erscheinen aber muß man wohl bald rechnen. Die Rumänen werden auf der ganzen Ostfront verfolgt. Die Verbündeten lassen, wie weiter berichtet wird, dem Feind keine Ruhe. Der für den Feind ungünstig verlaufende Ueberzang bedroht sogar den geordneten Rückzug, weil Möglichkeiten gegeben sind, gewisse Paßstrecken abzuschneiden, wenngleich das Tempo der Landsäuberung mit Rücksicht auf die Kraft der eigenen Leute vielleicht auch eine Verlangsamung erfahren könnte, ist heute schon die Lage des Feindes am Gyergio-Gebirge, der einstigen Beckenlandschaft, die die Rumänen noch verteidigen, ziemlich aussichtslos. Wir haben im Mittagsblatt eine Reihe englischer Preßstimmen wiedergegeben, die dahin übereinstimmen, daß Rumänien in Gefahr schwebt und daß ihm schwer zu helfen ist. „Es ist bezeichnend, daß Rumänien, das Siebenbürgen mit eigenen Kräften erobern wollte, jetzt um russische Hilfstruppen bettelt, zum größten Aerger Brussilows, der alle verfügbaren Kräfte in Galizien und der Bukowina zusammenziehen will. Rumänien hat nahezu die gesamte Truppenzahl erhalten, die ihm in dem Augustabkommen zugesagt wurde" — so hat der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow in der schon kurz erwähnten Unterredung mit dem Sofioter Berichterstatter des Blattes Arz Est erzählt. Wir möchten nochmals auf die weiten Perspektiven nach der „Erledigung Rumäniens" hinweisen, die der sicher nicht schwarmgeistige bulgarische Staatsmann aufgetan hat. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Niederwerfung Rumäniens zugleich mit der Flankierung der Russen in der Bukowina und Galizien die Aussichten auf eine Bedrohung Südrußlands, der russischen Kornkammer, der Ukraine eröffnet. Herr Radoslawow hat in diesem Zusammenhang die bedeutsamen, sicher aus guter Kenntnis der Lage entsprungenen Worte gesprochen: „Wenn Südrußland gefährdet ist, werden die Petersburger Kreise nachdenklich werden, und es wird jene Atmosphäre entstehen, welche für gewisse Erwägungen und die Erwägung von Tatsachen besonders geeignet ist."

Wenn man sich diese militärischen und politischen Zusammenhänge und wahrscheinlichen Ergebnisse des schier unabwendbaren rumänischen Zusammenbruchs vergegenwärtigt, so versteht man, warum die Entente oder genauer Engländer und Franzosen ihre letzten verzweifelten Anstrengungen in Griechenland machen. Sie haben die Auslieferung der griechischen Flotte und der vom Piräus nach Norden bis nach Larissa führenden Eisenbahn gefordert. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Italiener große Kavalleriemassen nach Albanien schaffen, um einen Flankenstoß gegen die Bulgaren zwischen Florina und Monastir zu führen. Wir können all diesen Entlastungsmanövern mit um so größerer Ruhe zusehen, als der Feind heute selbst zugesteht, daß die Lage an der Salonikifront nicht besonders günstig sei. Es sind Verstärkungen eingetroffen, wie wir aus gegnerischen Berichten selbst ersehen. Das bunte Gemisch, das unter Sarrails Fahnen erfolglos ficht, wird also immer noch keine Aussicht haben, ungehemmt den 500 Km.-Marsch nach Norden antreten zu können, um die hart bedrängten Rumänen herauszuhauen.

Die Niederlage Rumäniens.

Berlin, 10. Oktober 1916.

Wohl selten hat ein Staat so unverfroren Raubpolitik getrieben wie Rumänien seit Beginn des gegenwärtigen Weltkrieges. Gleich Italien lag es vom ersten Tage des großen Völkerringens an auf der Lauer, um behufs Befriedigung seiner Eroberungsgelüste zu den Waffen zu greifen, sobald der Krieg eine dafür günstige Wendung nähme. Aber es verfolgte seinen Zweck noch skrupelloser als Italien. Denn während dieses nur den geeigneten Zeitpunkt für den Anschluß an unsere Feinde abwartete, wahrte Rumänien sich die Freiheit, gegen oder mit uns in den Kampf einzutreten, und trieb dementsprechend andauernd ein verräterisches Doppelspiel. Seinen Entschluß hat es dann, von Gier getrieben, plötzlich gegen den Vierbund gefaßt, allem Anscheine nach ohne daß über die zu verfolgenden militärischen Ziele eine klare Verständigung mit seinen nunmehrigen Verbündeten vorhergegangen wäre. Während die letzteren gehofft haben werden, daß einerseits das Bündnis mit Rumänien den Russen den Vormarsch nach Konstantinopel erleichtern, andererseits die rumänische Armee mit dem an der mazedonischen Grenze sehnsüchtig auf Hilfe wartenden Ententeheere zusammenwirken würde, um die Verbindung der Mittemächte mit Bulgarien und der Türkei zu unterbrechen, hat Rumänien nichts Eiligeres zu tun gehabt, als sich mit seiner Hauptmacht in entgegengesetzter Richtung auf seine heiß begehrte Beute, Siebenbürgen, zu stürzen.

Die Folgen solcher Planlosigkeit konnten Gegnern von bewährter Tatkraft gegenüber nicht ausbleiben. Während die längs den siebenbürgischen Grenzgebirgen bereit stehende rumänische Hauptmacht am Tage nach der Kriegserklärung (27. August) den Vormarsch in das feindliche Gebiet begann, überschritt schon wenige Tage später eine aus deutschen, bulgarischen und türkischen Truppen gebildete Armee unter Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Mackensen vom Süden her die Grenze der Dobrudscha, bemächtigte sich in schneller Folge der Donau-Brückenköpfe von Tutrakan, wo 22 000 Gefangene und über 100 Geschütze in ihre Hände fielen, und von Silistria, schlug eine ihr im freien Felde entgegentretende rumänisch-russisch-serbische Streitmacht entscheidend und sperrt, nachdem letztere fliehend Aufnahme durch herbeigeeilte Hilfskräfte in stark verschanzter Stellung südlich der Bahnlinie Cernavoda—Constanza gefunden hat, die Dobrudscha für jeden feindlichen Durchmarsch ebenso sicher ab, wie sie stark genug ist, einen Uebergang über die Donau zwischen Rustschuck und Silistria zu verhindern. Ein Uebergangsversuch, den die Rumänen mit etwa 15 Bataillo-

MARCHIVUM

nen am 2. d. M. nahe östlich von Rustschuck, bei Rjahovo, unternommen haben, hat mit deren fast völligen Vernichtung geendigt, und alle bisherigen Angriffe gegen unsere Sperrstellung in der Dobrudscha sind gescheitert.

Der Einmarsch der rumänischen Hauptmacht in Siebenbürgen war inzwischen in drei Gruppen erfolgt. Die 1. Armee hatte mit der Hauptmasse die Richtung über den Rote Turm-Paß auf Hermannstadt, mit einem Seitenkorps über den Szurduk- und den Vulkan-Paß auf Hätzing eingeschlagen. Zu ihrer Rechten war die 2. Armee über die südostwärts vorspringende Grenzstrecke, mit den Hauptkräften über Kronstadt, eingefallen; die 3. (Nord-) Armee nördlich von der 2., über das Gyergyo-Gebirge und südlich desselben, mit ihrem rechten Flügel Anschluß an die in der Bukowina kämpfenden Russen nehmend. Die schwachen österreichisch-ungarischen Sicherungstruppen hatten sich vor der Uebermacht fechtend zurückziehen müssen, bis hinter ihnen ausreichende Kräfte zu energischer Gegenwehr versammelt sein konnten. Das war aber schneller der Fall, als die Gegner gedacht hatten, und der Einsatz der versammelten Kräfte erfolgte in einer Weise, auf die sie nicht vorbereitet waren. Die rumänische 1. Armee war noch kaum über Hermannstadt hinausgelangt, als sie dort von einer aus deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gebildeten, vom General d. Inf. v. Falkenhayn befehligten Armee am 26. September umfassend angegriffen und in viertägiger Schlacht, während ihr auch der Rückzug über den Rote Turm-Paß versperrt wurde, vernichtend geschlagen. Die rumänische 2. und Nord-Armee, die der bedrängten 1. zu Hilfe zu eilen versuchten, kamen zu spät. Die rastlose Offensive Falkenhayns hat sich aber nach dem Siege bei Hermannstadt sofort gegen sie gewandt, in der dreitägigen Schlacht bei Kronstadt (5. bis 7. Oktober) die 2. Armee gleichfalls, ihr schwere Verluste an Menschen und Material zufügend, völlig geschlagen und verfolgt sie gegenwärtig über die Berge und durch die Wälder. Im Anschluß an die 2. befindet sich auch die Nord-Armee nach mehrtägigen, meistens für sie ungünstig verlaufenen Gefechten in vollem Rückzuge ostwärts.

So liegt Rumänien sechs Wochen nach seiner Kriegserklärung halb in Trümmern. Es hat sich verrechnet, als es hoffte, mit Hilfe seiner neuen Freunde billigen Kaufes zu Macht und Ansehen zu gelangen. Rußland, noch anderwärts gebunden, hat sich bisher auf die schwache Hilfeleistung in der Dobrudscha beschränkt. Das große Ententeheer in Griechenland aber hat zwar auf seinen Flügeln die ersten Versuche, sich aus seinen Fesseln zu befreien, unternommen, ist jedoch auf dem mehr als 500 Km. weiten Wege bis zur rumänischen Grenze noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Andererseits haben sich freilich auch die Ententemächte getäuscht, wenn sie von dem Beitritt Rumäniens zu ihrem Bunde eine Erleichterung ihrer Lage erwarteten. Darüber mögen sich aber die Freunde unter sich auseinandersetzen.

Die weitere Entwicklung der interessanten, für uns hoffnungsvollen Lage im Südosten entzieht sich für den Fernstehenden jeder Voraussicht. Wir wollen uns aber inzwischen der ebenso kühn und geschickt angelegten wie glänzend durchgeführten Offensiv-Operation Falkenhayns freuen. Mit der gepriesenen „einheitlichen Offensive" unserer Gegner hält sie den Vergleich aus.

v. Blume, General d. Inf. z. D.

◆ ◆ ◆

Rußland kann keinen dritten Winterfeldzug aushalten

Einen Einblick in die Zustände, die gegenwärtig in Rußland herrschen, gewährt ein Brief eines vor kurzem aus Rußland nach Schweden zurückgekehrten Neutralen, aus dem wir Nachstehendes entnehmen:

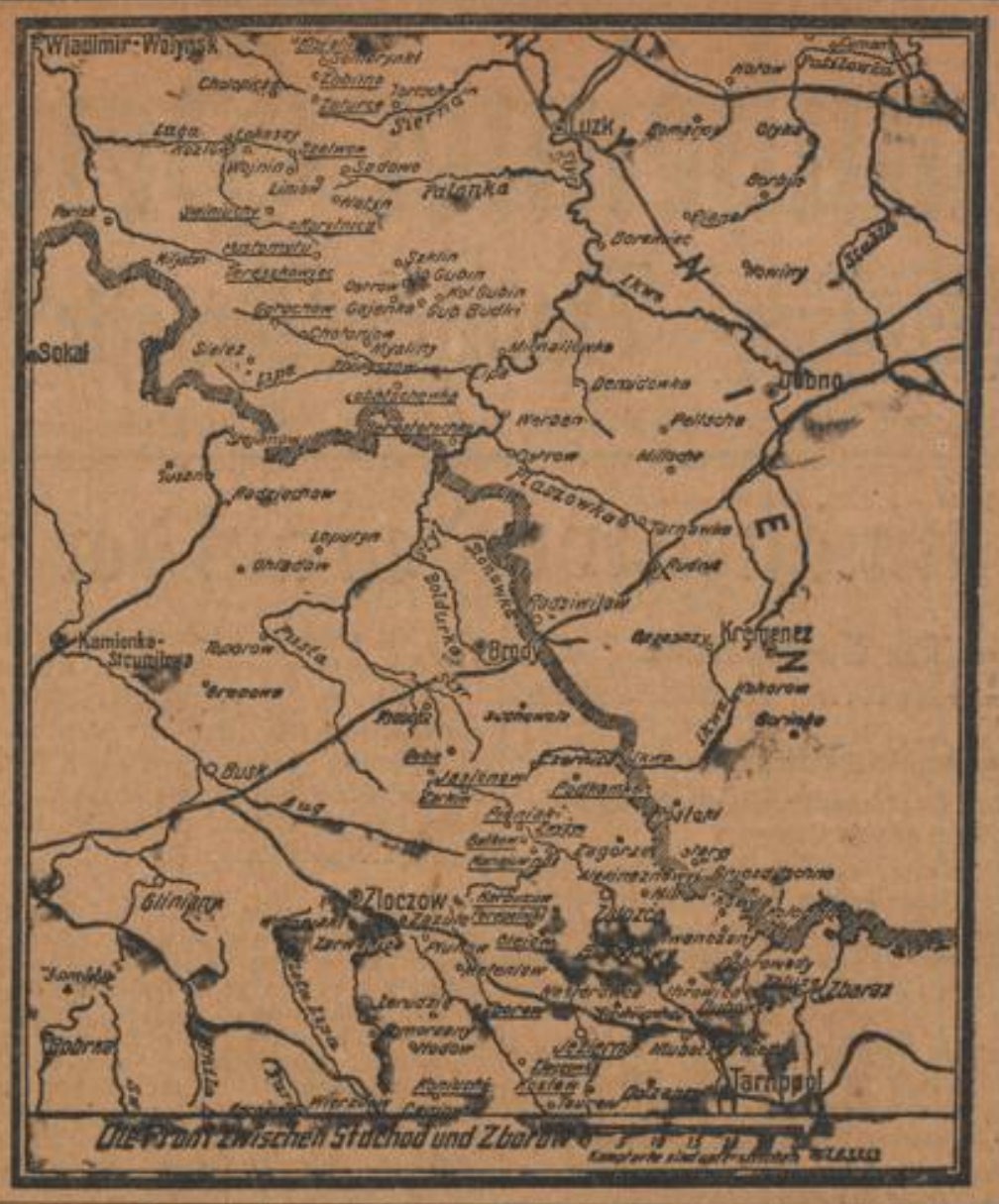
. . . . . Die Lebensmittelpreise steigen ständig. Vieles, wie z. B. Zucker, Kaffee und andere Kolonialwaren, gibt es zeitweise überhaupt nicht. Korken, Lichte usw. sind gar nicht zu haben. Die einzigen Kerzen, die man hier und da durch „gute Bekannte" bekommt, sind die von Angestellten der verschiedenen Bahnen gestohlenen und kosten 1,20 Rbl. (3 Mark) das Pfund. Aber auch alles andere fürs Leben Notwendige steigt im Preise ungefähr in demselben Tempo. Kleider, Wäsche usw. kosten das Drei- bis Fünffache. Manche Kleinigkeiten, wie Stopfgarn, Wolle, verschiedene Arten Knöpfe und anderes gab es für kein Geld mehr. Am schlimmsten aber war es mit Stiefel, Schuhen und überhaupt Leder bestellt. Es gab tatsächlich kein Pastelleder mehr. Alles, was an Leder vorhanden war, ging ans Militär. Ganz gewöhnliche Wasserstiefel kosteten bis zu 32 Rbl. (65 Mark) das Paar, Reitstiefel aber 60 bis 80 Rbl. (125 bis 170 Mark). Ein gewöhnlicher Soldatenmantel, der zu Anfang 7 Rbl. kostete, muß jetzt mit 65 Rbl. bezahlt werden.

Vieh- und Kornpreise sind nicht in dem gleichen Verhältnis gestiegen, aber sind doch außerordentlich hoch: Hafer kostete 2,40 Rbl. das Pud (gleich 15 Mk. der Zentner gegen 5.20 Mk. im Frieden), Roggen 2 bis 2,70 Rbl. das Pud (gleich 17.50 Mk. der Zentner gegen 6.50 Mk. im Frieden). Gerste 1,80 bis 2,20 Rbl. das Pud (gleich 14.30 Mk. der Zentner gegen 6 Mk. im Frieden), Weizen 3 bis 3,40 Rbl. (gleich 22 Mk. der Zentner gegen 9.50 Mk. im Frieden. Vieh je nach Größe und Güte 16—23 Kopeken das Pfund Lebendgewicht (gegen 10—12 Kopeken im Frieden). Das Liter Milch kostet loco Stationen 13—17 Kopeken. Jetzt sollen die Milchpreise auch bereits bis auf 20 Kopeken gestiegen sein (im Frieden war der Preis 5—7 Kopeken). So ist es mehr oder weniger mit allem und jedem. Vor einem Jahr merkte man doch in dieser Beziehung eigentlich noch garnichts vom Kriege. Nach alledem möchte ich sagen, daß ich fest davon überzeugt bin, daß Rußland unbedingt nicht in der Lage ist, einen dritten Winterfeldzug auszuhalten . . . .

c Von der Schweizer Grenze, 12. Okt. (Priv.-Tel. z. K.) Die Basler Nachrichten melden aus Petersburg: Der neue Minister des Innern Protopopow ernannte den früheren Bankdirektor Walz zu seinem ersten Gehilfen.

Lloyd George und Asquith über die Kriegslage

London, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Meldung des Reuter-Büros. Im Unterhause führte Lloyd George in Beantwortung der von Holt (lib.) in seiner bekannten Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter geübten Kritik aus, er habe nur wiederholt, was bereits häufig von Asquith erklärt wurde. Eine Intervention im jetzigen Augenblick würde ein Triumph Deutschlands, das Verderben Englands sein. Er nehme jetzt nicht eine einzige Lüge zurück. (Beifall). Es sei nicht der Ausdruck seiner eigenen Meinung, sondern die Meinung des Kabinetts, des Kriegsausschusses, der militärischen Berater und sämtlicher Alliierten. (Beifall.) Es sei von wesentlicher Bedeutung gewesen, die Erklärung abzugeben, die er gemacht habe. Nach kurzer Diskussion, in der die völlige Zustimmung zu Asquiths Rede und Lloyd Georges Interview,



zum Ausdruck kam, nahm das Haus einstimmig die Kreditvorlage an.

London, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Asquith gab im Unterhause einen Ueberblick über die Kämpfe von den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Die letzten Berichte aus Mesopotamien zeigten, daß die Eisenbahn- und die Wasserverbindungen wesentlich verbessert worden seien. Ein wirksamer Fortschritt wurde in der Ueberwindung der Schwierigkeiten gemacht, die bisher die Kämpfe in Aegypten hemmten. Die Niederlage der Türken bei der Oase Katia am 3. August mit einem Verlust von 3166 Gefangenen und vier Geschützen zwangen den Feind, sich 20 Meilen weit zurückzuziehen. Sie rückten die Gefahr eines Angriffs auf den Kanal in die Ferne und minderten das türkische Ansehen in Syrien und Arabien. An der Westfront von Aegypten seien die Senussi zur Machtlosigkeit verurteilt. Diese Tatsachen bereiteten im Verein mit den Kämpfen in Darfur den türkisch-deutschen Ränken in Aegypten und im Sudan wirksam ein Ende.

In Saloniki erhielten die alliierten Streitkräfte beträchtliche russische und italienische Verstärkungen und sie ergriffen anfangs September die Offensive mit dem Ziel, ihre Tätigkeit mit den russischen und rumänischen Truppen in Siebenbürgen und in der Dobrudscha zu vereinigen. Diese Offensive hatte einen beträchtlichen Erfolg. (!) Auf dem rechten Flügel setzten sich die Briten auf dem linken Struma-Ufer fest, wo sie die bulgarische Stellung nahmen, wiederholt Gegenangriffe abschlugen und dem Feind schwere Verluste zufügten. Auf dem linken Flügel schlugen die Russen, Franzosen und Serben die Bulgaren, nahmen Florina und vertrieben den Feind von den Grenzhöhen. Sie befänden sich nun etwa 8 englische Meilen von der wichtigen Stadt Monastir entfernt. Die Operationen der Alliierten in dieser Gegend brachten nicht nur dem Feind schwere Verluste bei, sondern verhinderten ihn auch, Truppen von Mazedonien nach der Dobrudscha zu schaffen. Sie leisteten dadurch den russischen und rumänischen Alliierten wertvolle Dienste.

Zum Schluß seines Ueberblicks über die militärische Lage sagte Asquith: Es dürfe nicht sein, daß dieser Krieg mit einem nicht von unserem Willen abhängigen entehrenden Kompromiß, mit einem Flickwerk endete, das sich hinter der Maske eines sogenannten Friedens verbirgt (lebhafter Beifall.) Wir sind es denen, die wir lebend dahingaben, schuldig, daß sie das Opfer ihres Lebens nicht vergeblich gebracht haben. Die Ziele der Alliierten sind wohlbekannt. Es sind keine selbstsüchtigen oder rachsüchtigen Ziele, aber sie fordern eine angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft (erneuter Beifall.).

Der neue Abschnitt des Tauchbootkrieges.

Der Standpunkt der Vereinigten Staaten.

m Köln, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet von der Schweizer Grenze: Der Washingtoner Berichterstatter des „Petit Parisien" wurde von einer hohen Persönlichkeit im Staatsdepartement empfangen, mit der er den Standpunkt der Vereinigten Staaten gegenüber dem deutschen Unterseebootkrieg an der amerikanischen Küste besprach. Der Beamte erklärte, die Regierung könne jetzt noch keinerlei Ansicht besitzen oder äußern, da sie noch nicht alle Unterlagen in Händen habe. Eine vollständigere und genauere Untersuchung ist im Gange. Die wichtigste Frage im Auge der Regierung ist die Feststellung, ob die deutschen Unterseeboote Verpflegungsstationen innerhalb der amerikanischen Gewässer besitzen. Sollten derartige Geheimstationen bestehen, so werde von der amerikanischen Regierung sofort eine energische Aktion unternommen werden.

Ueber die weiteren gegenwärtig schwebenden Fragen gab der Beamte folgende Erklärung ab:

1. Der Besuch des Unterseebootes in Newport scheint keine Analogie mit dem Besuch des Unterseebootes in Cartagena zu bieten, da es keine drei Stunden in den amerikanischen Gewässern verblieb und sich dort nicht verpflegte.

2. Das von England bei Beginn des Krieges auf Ersuchen der Vereinigten Staaten gemachte Zugeständnis, die den Hafen von Newyork blockierenden Schiffe zurückzuziehen, kann die Regierung nicht zu der Entscheidung veranlassen, von Deutschland den Rückzug der Unterseeboote zu verlangen. Tatsächlich hatte England Ueberwachungsschiffe am Eingang des Newyorker Hafens aufgestellt, welche Maßnahme die außerordentlich lang gedehnte Form des Hafens, nach dem Wortlaut der rechtlichen Bestimmungen zu rechtfertigen schien. Die deutschen Unterseeboote operieren auf hoher See, weit jenseits der vorschriftsmäßigen Dreimeilenzone.

Die U.-Boot-Tätigkeit im Eismeer.

m. Köln, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Christiania: Der norwegische Dampfer „Parat", der die geretteten norwegischen Mannschaften verschiedener versenkter norwegischer Dampfer in Alexandrowsk abholen sollte, mußte unverrichteter Sache nach Vardö zurückkehren, weil ihm die Weiterfahrt nach Alexandrowsk von einem russischen Torpedojäger verweigert wurde, der, während die „Parat" noch lag, plötzlich von einem deutschen Unterseeboot angegriffen wurde, das, nachdem es den Russen vertrieben hatte, die Feuerstation an Land bombardierte und den Turm zusammenschoß.

Fleischkarte in England.

c Von der schweizerischen Grenze, 12. Oktbr. (Priv.-Tel. z. K.) Schweizerische Blätter melden aus London: Nachdem in zahlreichen großen englischen Städten kürzlich Brotkarten eingeführt wurden, wurden nunmehr in Liverpool, Edinbourg und Southampton das Fleischkartensystem eingeführt, das binnen kurzem auch auf ganz England und Schottland, jedoch nicht auf Irland ausgedehnt werden soll.

Die französischen Berichte.

Paris, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Heeresbericht vom 11. Oktober nachmittags: Südlich der Somme bauten die Franzosen die gestern eroberten Stellungen aus und erweiterten sie an einigen Stellen durch Handgranatenkampf. Die Zahl der Gefangenen beträgt 1377, darunter 26 Offiziere. Nördlich der Somme kein Ereignis von Bedeutung.

In der Champagne und an der Maas im Abschnitt von Fleury wurde ein kleiner deutscher Angriff, ehe er die Gräben erreichte, abgeschlagen. In den Vogesen unternahmen die Deutschen nach heftigen Artillerievorbereitungen einen kräftigen Angriff bei Schönholz. Einzelne Abteilungen erreichten die französischen Gräben, wurden jedoch mit ernsthaften Verlusten vollkommen wieder im Handgranatenkampf vertrieben. Deutsche Flugzeuge warfen Bomben auf Gerardmer und Belfort. Der Schaden ist unbedeutend. Die weittragenden Geschütze warfen fünf Granaten in Richtung Belfort.

Flugdienst: Am gestrigen Tage lieferten die Franzosen außer zahlreichen Ueberwachungs-, Beobachtungs- und Feuerleitungsflügen, 15 Kämpfe in der Gegend von Verdun, 14 südlich der Somme und 40 nördlich dieses Flusses. Im Laufe der letzteren wurden vier feindliche Flugzeuge abgeschossen, darunter eins von Dormas (sein 13). Sechs andere deutsche Flugzeuge wurden ernstlich getroffen und fielen in die deutschen Linien. Biwak- und Lagerstände in der Umgebung von Péronne, der Bahnhof und die Flugzeugschuppen von Turgnier, der Bahnhof von St. Quentin und Guiscard und der Wald von Vorquerieourt wurden ernsthaft beschossen. Ein fahrender Zug zwischen Annoy und Ham wurde mit Bombenwürfen und Maschinengewehren angegriffen. In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober wurden Anlagen in Lörrach in Baden, der Flugplatz in Colmar und der Bahnhof Müllheim mit Bomben belegt.

Paris, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Heeresbericht vom 11. Oktober abends: In der Sommegegend beiderseitige Artillerietätigkeit auf beinahe der ganzen Front Morval—Chaulnes. Der Feind machte zwei heftige Angriffe auf unsere neuen Stellungen im Chaulnes-Wald; er wurde nach lebhaften Nahkämpfen zurückgeworfen. Handgranatenangriffe am Rande des Waldes von St. Pierre-Vaast wurden gleichfalls abgewiesen. Die Gesamtsumme der in den gestrigen Kämpfen südlich der Somme gemachten Gefangenen beläuft sich auf 1752 Mann, darunter zwei Bataillonskommandeure und 25 Offiziere. Auf der übrigen Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit.

Belgischer Bericht: Es ist nichts besonderes zu melden, außer einem kurzen Kampf, in dessen Verlauf die belgische Artillerie deutsche Anlagen östlich Löbtrage unter Feuer nahm.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Mit dem ✠ ausgezeichnet

Vizefeldwebel Georg Bassauer, Inhaber der Badischen silbernen Verdienstmedaille, Sohn des Meisters Georg Bassauer, Burgstraße 4.

◆ ◆ ◆

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielten: Lt. d. R. und Adjutant Hugo Zimmermann, Lehramtspraktikant von Karlsruhe, Vizefeldwebel Alfred Mechling, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, der Badischen silbernen Verdienstmedaille und der Kgl. Sächs. Friedrich-August-Medaille, Sohn des Schreinermeisters Karl Mechling in Heidelberg und Lehrer Willy Görtz von Gonsenheim, Leutnant und Adjutant in einem Inf.-Regt.

Die Milchversorgung Mannheims.

Von der Ersten Molkereigenossenschaft der Milchhändler zu Mannheim wird uns geschrieben:

Es ist eine betrübende Tatsache, daß die Milchzufuhr immer geringer wird. Schon vor Jahresfrist wurde darauf hingewiesen, daß die Preispolitik der Stadt Mannheim keinesfalls der Milchproduktion förderlich ist. Die bekannte Verordnung, wonach die anderen badischen Städte im Rampenpreis Mannheim und Heidelberg gleichgestellt werden, ist für Mannheim keinesfalls nutzbringend und die Interessen Mannheims sollten hier entschieden besser gewahrt werden. Die Einwohnerzahl und die geographische Lage einer Stadt sind bei der Preisbildung mitbestimmend. Nach der Statistik war der Milchpreis in Mannheim bis 1897 zurück immer mindestens einen Pfennig höher als der Landesdurchschnittspreis. In der jetzigen Zeit der Milchnot muß Mannheim als die größte Stadt Badens, die auf weit abgelegene Bezugsgebiete angewiesen ist, einen weit höheren Milchpreis haben, als der Landesdurchschnittspreis ist. Alle Städte Badens liegen gleichsam inmitten der Produktionsstätten oder sind von den Hauptbezugsgebieten nicht allzuweit entfernt. Für Karlsruhe, Mainz und Wiesbaden liegt die wichtigste Bezugszone 11—20 Kilometer vom Zentrum, Frankfurt und Stuttgart 21—30 Kilometer, für Mannheim dagegen 51—60 Kilometer. Diese ungünstige geographische Lage Mannheims im Bezuge auf Milchversorgung teilt unsere Stadt nur noch mit drei Städten Deutschlands, und zwar Saarbrücken, Mülheim an der Ruhr und Essen. Alle anderen Großstädte und größeren Städte Deutschlands liegen in günstigeren Bezugszonen.

Der Milchpreis für Mannheim ist fernerhin niemals mit dem Landesdurchschnittspreis in Einklang zu bringen, da Mannheim vor dem Kriege nahezu 75 Prozent seiner Milch aus Hessen bezogen hat. Mannheim hat im Jahre 1911, in welchem Jahre bekanntlich durch Trockenheit ein Milchmangel herrschte, rund 22 Millionen Liter oder im Durchschnitt 61 000 Liter im Tag bezogen. Von diesen 22 Millionen haben geliefert: Rheinhessen 9,0 Millionen, Ried 2,8 Millionen, Bergstraße und hessischer Odenwald 4,4 Millionen; Hessen zusammen 16,2 Millionen = 74 Prozent, Baden 5,8 Millionen = 26 Prozent, zusammen 22 Millionen = 100 Prozent. Im Juli 1914 hat Mannheim etwas über 100 000 Liter pro Tag bezogen, das Verhältnis der einzelnen Bezugsgebiete hat sich seit 1911 kaum wesentlich geändert. Diese Tatsachen hätten beim Eintreten der Milchknappheit im Herbst 1915 die Stadtverwaltung in der Festsetzung der Milchpreise als Richtschnur dienen müssen. Der Milchpreis wurde für Mannheim zu nieder angesetzt, sodaß bedeutende Quanten an Städte mit günstigeren Frachtsätzen verloren gingen. Von den oben erwähnten 100 000 Litern hat Mannheim heute noch kaum 20 000 Liter. Solchen rapiden Rückgang wird keine zweite Stadt aufzuweisen haben.

Alle Verordnungen wegen Milchversorgung stehen bis heute nur auf dem Papier. Irgend ein positiver Erfolg ist nirgends wahrzunehmen. Nicht nur die ungünstige Preispolitik der Stadt Mannheim, sondern auch die Einführung der Auslandsmilch war für unsere Stadt eine folgenschwere Erscheinung. Die Einführung und die Preise der Auslandsmilch haben bei den Landwirten Mißmut hervorgerufen und die Milchlieferung ungünstig beeinflußt. Es erweckt sonderbare Empfindungen, wenn Inlandsvollmilch nur für 28 Pfg. verkauft werden darf, dagegen Auslandsbutter- und Magermilch 30 Pfg. kostet. Soll Mannheim in den kommenden Wintermonaten nicht fast ohne Milch sein, so ist eine sofortige Festsetzung eines 30 Pfg.-Rampenpreises frei Mannheim unbedingt erforderlich. Eine diesbezügliche Verständigung mit der hessischen Regierung ist anzustreben und auch zu erzielen, da man in Hessen einsieht, daß nur ein entsprechender Preis Besserung schaffen kann. Der Milchproduzentenverband für Unterbaden, Hessen und die Pfalz stellt als Erzeugerpreis für Milch weit über 40 Pfg. fest. Vor kurzem war in den hiesigen Tagesblättern zu lesen, daß bei der Städtischen Milchviehhaltung der Liter sich auf etwa 60 Pfg. stellt, wobei ausdrücklich betont werden muß, daß nur durch die hohen Vieh- und Futtermittelpreise dieser Preis sich ergibt.

Unsere Landwirte fordern einen solchen Preis nicht, doch verlangen sie mit Recht einen höheren Preis. Auf die neue Reichsmilchverordnung dürfen keine allzu großen Hoffnungen gesetzt werden. Auch diese Verfügungen sind theoretisch gut gedacht, doch wird in der Praxis der erwünschte Erfolg ausbleiben. Gegen die Landwirte sollen und dürfen auch keine Zwangsmaßregeln angewendet werden. Die Städte sind einzig und allein auf den guten Willen der Milchproduzenten angewiesen und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß bei besseren Preisen die Milchproduktion sich hebt. Schon vor Jahresfrist war ein etwas höherer Milchpreis erforderlich. Männer der Praxis haben rechtzeitig und eindringlich gewarnt. Wenn die Landwirte bei den bestehenden Preisen heute noch bescheidene Quanten Milch abgeben, so sind hier nur jahrzehntelange freundschaftliche verwandtschaftliche Beziehungen zu den Milchhändlern ausschlaggebend. Wenn heute z. B. die Stadt oder der Kommunalverband als Aufkäufer erscheinen würde, wäre ein weiteres Zurückgehen des Quantums bestimmt zu erwarten.

* **Weggang des Stadtsyndikus Landmann von Mannheim.** Wie die „Frkfr. Volksst." meldet, ist Herr Stadtsyndikus Landmann für die Stelle eines besoldeten Stadtrates in Frankfurt ausersehen. Herr Landmann wird von den Nationalliberalen und Fortschrittlern vorgeschlagen. An seiner Wahl ist nicht zu zweifeln. Als Gegenkandidat fungiert Herr Dr. Quarck.

* **Die Ansprüche der in Feindesland verwundeten oder erkrankten Kriegsteilnehmer an ihre Krankenkassen** regelt die Verordnung des Bundesrats vom 14. Juni 1916. Nach § 214 Absatz 3 der Reichsversicherungsordnung fällt der Anspruch auf die Kassenleistungen fort, wenn das ehemalige Kassenmitglied im Ausland erkrankte oder zu Schaden gekommen ist. Im Ausland mußte aber auch das von unserem Heere besetzte feindliche Land außerhalb der Grenzen unsers Reiches gelten. Diese für die Verhältnisse des Friedens vernünftige Unterscheidung zwischen Fürsorgefällen im Inland und im Ausland erschien sinnlos und hart in ihrer Anwendung auf die Verwundungen und Erkrankungen im Kriegsdienst. Daher hat der Bundesrat jetzt bestimmt, daß diese Unterscheidung für Kriegsteilnehmer fortfällt und zwar mit Wirkung vom Ausbruch des Krieges an. Für Kriegsteilnehmer, die innerhalb des letzten Jahres vor ihrem Eintritt in den Kriegsdienst in Krankenkassen oder Ersatzkassen auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert gewesen waren, und binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden aus ihrer Kasse im feindlichen Land verwundet, erkrankt oder gefallen sind, können daher die Ansprüche auf die Regelleistungen der Kasse auch noch nachträglich geltend gemacht werden, selbst dann, wenn sie schon rechtskräftig abgewiesen waren. Die Anträge sind an die Kasse zu richten, der der Kriegsteilnehmer zuletzt angehört hat. Nur für solche Krankheitsfälle, in denen die Arbeitsunfähigkeit höchstens eine Woche gedauert hat, brauchen die Kassen nicht mehr nachträglich Krankengeld zu zahlen, wenn die Arbeitsunfähigkeit bereits vor dem 16. März 1916 wieder behoben war.

* **Besondere Kriegszulage zur Beschaffung von Wintervorräten.** Ein schönes, für die Jetztzeit sich als besonders segensreich erweisendes Entgegenkommen, das lobende Anerkennung verdient und zur Nachahmung dienen möge, hat die „Wilhelma" in Magdeburg, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Magdeburg, wieder erneut gezeigt. Die Firma, welche seit Jahren auch am hiesigen Platz zwei große Geschäftsstellen besitzt, hat am 1. ds. Mts. ihrem gesamten Büropersonal zwecks Beschaffung von Wintervorräten eine besondere Kriegszulage in Höhe eines Monatsgehaltes gewährt. Außerdem bezieht das Büropersonal während des Krieges, der z. Zt. herrschenden Teuerung hierdurch besonders Rechnung tragend, noch eine allgemeine Teuerungszulage in Gestalt eines Monatsgehaltes, welche zu je einem Viertel am 1. eines jeden Quartalbeginns zur Auszahlung gelangt. Nicht unerwähnt möge noch bleiben, daß durch die vorgenannten Vergünstigungen die alljährliche Weihnachtsgratifikation in keiner Weise berührt wird.

* **Jahresbericht.** Das Mannheimer Fröbel-Seminar, städt. subvent. Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen, beendete am 30. September den ersten 1½jährigen Lehrgang mit staatlich anerkannten Abschlußprüfungen. Nach dem Erlasse des Großh. Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 17. November 1915 wurde zu der diesjährigen Abschlußprüfung im Mannheimer Fröbel-Seminar Herr Kreisschulrat Prof. Dr. Ischler als staatlicher Kommissär ernannt. Die Prüfung fand am 21. (schriftlich), 29. und 30. Sept. statt. 11 Schülerinnen der Oberstufe hatten sich zu der Prüfung gemeldet. Die Prüfung wurde von sämtlichen 11 Schülerinnen bestanden. 7 Absolventinnen traten bereits in verschiedene Mannheimer Anstalten, Horte und Kindergärten als Leiterinnen und Gehilfinnen ein. Die Hausprüfung legten am 6. Oktober zum letztenmal 13 Schülerinnen ab, außerdem wurden 8 Schülerinnen als Fröbelsche Kinderpflegerinnen entlassen. Die Anstalt war in ihren verschiedenen Abteilungen von 92 Schülerinnen besucht, davon besuchten das Kindergärtnerinnen-Seminar 38, die Fröbelsche Kinderpflegerinnen-Schule 54 Schülerinnen. Von Mannheim waren 46 Schülerinnen, aus dem übrigen Baden, aus der Pfalz, aus Württemberg, Hessen usw. kamen 46 Schülerinnen. Dem Kuratorium der Anstalt traten in höchst dankenswerter Weise Frau Oberbürgermeister Dr. Kuhner und Herr Dr. med. Moses bei. Als neue Lehrkräfte wurden im letzten Semester gewonnen: Die Hauptlehrerinnen Frl. Conradi und Ellenberger, die Lehramtspraktikantin Frl. Rödel, die Gesangslehrerin Frau Engel, die Haushaltungslehrerin Frl. Renz und Herr Hauptlehrer Köhler. Der wissenschaftliche Unterricht fand für die Schülerinnen des Kindergärtnerinnen-Seminars im Hause M 1, 6, für die Schülerinnen der Fröbelschen Kinderpflegerinnenschule im Hause B 5, 19 (ab 1. Okt. 1916 Rosengartenstraße 20) statt. Die praktische Ausbildung der Schülerinnen wird in den Kindergärten der Anstalt M 1, 6, Rosengartenstraße 20 und Stamitzstraße 1 erteilt. Letztgenannter Kindergarten wurde am 1. Sept. 1916 neu errichtet. Einerseits konnte dadurch dem langjährigen Wunsche der neckarstädtischen Bevölkerung nach einem Fröbelschen Kindergarten entsprochen werden, andererseits wurde damit den Schülerinnen des Seminars eine neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Die Schülerinnen arbeiteten außerdem abwechselungsweise im Kindertagesheim, in der Krippe, im Kriegskindergarten und im Mütterheim. Auch im laufenden Halbjahre haben eine Anzahl früherer Schülerinnen Anstellungen in Erziehungsheimen, Volkskindergärten und Horten gefunden. Es macht sich z. Z. eine verstärkte Anfrage nach ausgebildeten tüchtigen Kräften, besonders für Kindergärten und Horte bemerkbar, was auf das lebhaftere Erfassen von Fürsorgemaßnahmen für die vorschulpflichtige und schulpflichtige Jugend zurückzuführen ist. Das neue Schuljahr beginnt Montag, den 16. Oktober. Anfragen und Anmeldungen sind an die Verwaltung in M 1, 6 zu richten.

Polizeibericht.

vom 12. Oktober 1916.

Selbstmordversuch. Am 10. ds. Mts. vormittags versuchte sich eine 64 Jahre alte Schreinerswitwe in der Küche ihrer Wohnung in R 7 durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Sie wurde in bewußtlosem Zustande von ihren Angehörigen aufgefunden und mit dem Sanitätswagen ins Allg. Krankenhaus verbracht.

Unfälle. In einem Fabrikanwesen in Sandhofen geriet am 7. ds. Mts. nachmittags ein 55 Jahre alter verwitweter Fabrikarbeiter von Viernheim mit dem linken Arm zwischen eine Kellergangtüre und erlitt dabei einen Bruch desselben. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er mit dem Fabrikkrankenwagen nach Sandhofen ins dortige Krankenhaus verbracht. — Eine 16 Jahre alte Fabrikarbeiterin von hier stürzte am 10. ds. Mts. vormittags in einem Fabrikhofe in Neckarau infolge Ausrutschens zu Boden und brachte dabei den rechten Fuß unter das Vorderteil eines Rollwagens. Sie erlitt dabei erhebliche Quetschungen des Fußes. — Am gleichen Tage nachmittags öffnete sich an einer Rangierabteilung im Fruchtbahnhof hier an einem mit Kohlen beladenen Wagen die Türe. Ein 59 Jahre alter verheirateter Rottenführer von hier wurde von der Türe am Kopfe getroffen und erheblich verletzt. — An einem Kaminneubau in einem Fabrikbetriebe in Neckarau stürzte am 10. ds. Mts. vormittags ein 16 Jahre alter Technikerlehrling von dort durch den Kaminschacht drei Stockwerke herunter und trug dabei eine erhebliche Verstauchung beider Füße davon. — Im Hause Kolonie 52 in Wohlgelegen fiel am gleichen Tage, mittags 12 Uhr, ein 11 Jahre alter Volksschüler von dort eine 4 Meter hohe Treppe herunter und erlitt dabei eine leichte Gehirnerschütterung. Sämtliche Verletzte fanden Aufnahme im Allg. Krankenhaus hier.

Verhaftet wurden 19 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter eine Fabrikarbeiterin von Frankfurt am Main wegen Betrugs, ein Hoteldiener aus Grötzingen wegen Diebstahls, eine Taglöhnerin von Dallau wegen schweren Diebstahls und ein Postbote von Aichen wegen Unterschlagung.

Aus dem Großherzogtum.

* Heidelberg, 11. Sept. Das Rote Kreuz Heidelberg hat die bisher achtlos weggeworfenen Obstkerne gesammelt, um sie zur Gewinnung von Oel zur Verarbeitung zu bringen. Das Ergebnis war recht günstig. Zur Ablieferung sind bis jetzt rund 100 Zentner gekommen. Da es von Interesse war, festzustellen, welches Quantum Oel die gesammelte Menge Obstkerne ergeben würde, wurde ein Laboratoriumsversuch angestellt. In Arbeit genommen wurden 10 Kilo Obstkerne, welche 1,9 Kilo Kerne ergaben. Aus diesen 1,9 Kilo Kernen erhielten wir 400 Gramm Oel, mithin rund 20 Prozent. Auf diese 100 Zentner Obstkerne berechnet, hätten wir also 200 Kilo Oel zu erwarten. Im Großbetrieb stellt sich das Ergebnis aber wesentlich günstiger, da nach der Literatur 31 Prozent Oel erhalten werden sollen, was einem Ertrag von 310 Kilo Oel entsprechen würde. Was die Qualität des Oeles anbelangt, kann es dem besten Oliven- oder Mandelöl an die Seite gestellt werden.

* Karlsruhe, 11. Sept. Am Freitag stürzte das 4 Jahre alte Kind einer Kriegerwitwe in einem unbewachten Augenblick aus dem Küchenfenster der im 4. Stock eines Hauses der Morgenstraße gelegenen elterlichen Wohnung in den Hof, erlitt einen Schädelbruch, wurde nach dem städtischen Krankenhaus verbracht und starb dort am Montag.

* Unteröwisheim, 10. Okt. Von einem tragischen Geschick wurde die Familie Karl Friedrich Becker hier heimgesucht. Ihr Sohn August, der schon seit Beginn des Krieges als Kanonier im Felde steht, war dieser Tage auf Urlaub gekommen, um seinen Eltern bei den landwirtschaftlichen Arbeiten zu helfen. Nun ereilte ihn laut „Bruchs. Ztg." bei Ausübung dieser friedlichen Arbeit infolge eines Herzschlages schon am 2. Tage seines Urlaubs der Tod. Ein

Wissenschaftliche Begabungsfeststellung und Berufseignungsprüfung.

Man schreibt uns: Einen Höhepunkt in der Rede des Reichskanzlers vom 28. September bildet die Stelle, die dem großen Gedanken der Erneuerung des Staates in der künftigen Friedenszeit durch das ganze Volk gewidmet ist. Welchem Vaterlandsfreund würde es da nicht warm ums Herz, als der Reichskanzler von dem ungerreißbaren Bande sprach, das alle Söhne des Vaterlandes umschließt, die in diesem Kriege die Heimat verteidigen mit der unverdorbenen Kraft der Arme und der Herzen, die in dem Urgrund des Volkes liegt, aus dem in ewiger Erneuerung die Geschlechter heraufsteigen! „Es ist eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Hindernisse durchsetzen wird, diese Kräfte, die da im Feuer geglüht sind, die noch Wirken und Schaffen rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle! Das muß unsere Losung sein." Ja, soll unser Volk den um ein Vielfaches gesteigerten Anforderungen der Zukunft gewachsen sein, dann heißt es Menschenökonomie treiben, d. i. „den rechten Mann auf den rechten Platz bringen". Das bedeutet negativ ausgedrückt: die Verkümmerung von Talenten und die falsche Wahl von Berufen möglichst zu verhindern, und positiv ausgedrückt: die Individuen richtig, d. h. den Fähigkeiten entsprechend auf die Berufe zu verteilen, jede Begabung an derjenigen Stelle des nationalen Schaffensprozesses einzusetzen, wo sie ihr Bestes leisten kann. Nur schade, daß die Hauptvoraussetzung für ein solches rationelles Wirtschaften mit dem kostbarsten Nationalgut heute noch so wenig erfüllt ist. Wohl haben wir von allen möglichen Rohstoffen, die unser Vaterland nach Menge, Art und Verteilung in seinem Schoße birgt, eine genaue Kenntnis, und wir verwenden diese Kenntnis zur Sicherung und Förderung unseres materiellen Daseins mit Geschick und Erfolg. Aber wie beschämend wenig wissen wir im Gegensatz hiezu von der Größe und der Art unseres nationalen Schatzes an geistigen Rohstoffen, den Begabungen? Wahrlich, da erwächst der Wissenschaft von der Erforschung des Seelenlebens, der Psychologie von heute, die hehre Aufgabe, dem glänzenden Vorbild der Naturwissenschaft und der Technik nacheifernd, sich praktische Ziele zu stecken, indem sie die Erforschung und Erkenntnis jenes geistigen Nationalschatzes systematisch in die Wege leitet und für pädagogische und Berufseignungsfragen nutzbar macht. Wie lebhaft beklagen es heute noch die Berufsberatungsstellen, daß sie zwar über die Aussichten, Berechtigungsforderungen, äußeren Vorbedingungen der einzelnen Berufe genügend orientiert sind, hingegen über die geistige Eignung der ihren Rat Suchenden zumeist im Dunkeln tappen. Wie schmerzlich empfinden sie die Unzulänglichkeit der Schulzeugnisse, die nur über den äußeren Leistungseffekt, dagegen nichts Bestimmteres über die dabei beteiligten Fähigkeiten, nur über die in der Schule betriebenen Unterrichtsfächer und die sogen. Schulbegabung, nichts aber über den ganzen Menschen, seine mancherlei in der Richtung der Lebensbegabung liegenden Eigenschaften enthalten und selbst über jene wenigen Punkte nur ein schematisches, durch die Notenskala beschränktes Urteil geben. Indessen — wenigstens die Anfänge einer ausführlicheren Seelendiagnose sind bereits zu verzeichnen. In Hilfsschulen, in Anstalten für Schwachsinnige und für Fürsorgezöglinge, also für die Sorgenkinder der Gesellschaft, werden schon seit längerer Zeit Individualbogen geführt, die neben dem körperlichen Befund auch Charakteristiken der seelischen Eigenart enthalten. Der Nutzen dieser Individualbogen neben dem schematischen Schulzeugnis ist handgreiflich, er wird von den richterlichen und militärischen Instanzen aufgrund der Einsichtnahme in bestimmten Fällen rückhaltlos anerkannt. Es ist deshalb eine wohlberechtigte Forderung, daß künftighin für jedes Kind ohne Ausnahme eine solche Individualitätsliste geführt wird, wie dies in einigen fortgeschrittenen Schulen bereits üblich ist.

Außer der Individualitätsbeschreibung hat aber die wissenschaftliche Begabungspsychologie noch ein zweites Mittel anzuwenden begonnen: die experimentelle Fähigkeitsprüfung. Das Wesen dieser Methode besteht darin, daß durch wohlerwogene, ausgeprobte Anforderungen, Fragestellungen und Versuche gewissermaßen Stichproben der zu prüfenden Fähigkeiten von den Individuen genommen werden. Auf diesem Wege vermag man durch Abstufung und Messung der Anforderungen Begabungsgrade und Begabungsarten exakter (zahlenmäßiger) zu bestimmen. Wegen seines amerikanischen Ursprungs hat sich für dieses Verfahren der Ausdruck „Test" (= psychische Stichprobe) eingebürgert. Freilich wurden diese Tests in Amerika lange unwissenschaftlich angewendet, so daß von einem ernsthaften Nutzen noch nicht die Rede sein konnte. Es ist jedoch erfreulicherweise in den letztverflossenen Jahren durch das vereinigte Bemühen der Psychologen vieler Länder, insbesondere durch das Eingreifen der deutschen Psychologen, das Test-Verfahren so vervollkommnet worden, daß von ihm Bedeutendes für die Begabungsdiagnose erwartet werden darf.

Neben der Schule hat die Berufsberatung und Berufszuweisung die Bedeutung der Begabungstests praktisch zu würdigen begonnen. Dies ist leicht erklärlich. Wenn schon längst die physiologische Prüfung auf Farbentüchtigkeit bei bestimmten Berufen (z. B. dem des Lokomotiv- und des Schiffsführers) für selbstverständlich gilt, weshalb sollte nicht mit gleichem Recht auch der psychologische Aufmerksamkeitstypus derjenigen Leute geprüft werden, die Straßenbahnführer, Kraftfahrer, Flieger werden wollen? In der Tat sind für diesen Zweck schon Tests ausgebildet worden, die in überraschend kurzer Zeit ein Urteil darüber ermöglichen, ob der Prüfling die für jene Berufe erforderliche Fähigkeit zu lang anhaltender und zugleich auf wechselnde Reize schnell sich umstellender Aufmerksamkeit sowie zu treffsicherer, geistesgegenwärtiger Reaktion besitzt oder nicht. Die bisher vorliegenden durch die Praxis erprobten Erfolge berechtigen zu der Hoffnung, daß noch weitere beruflich geforderte Fähigkeiten der experimentellen Prüfung zugänglich gemacht werden können, — wenn wir nur erst die psychologischen Arbeitsstätten, die diesen Untersuchungen dienen, haben werden. Und solche Laboratorien der angewandten Psychologie werden in der nächsten Zukunft auch bei uns erstehen. Als verheißungsvolle Anfänge hiezu sind aufzuführen: 1. Um die als Kraftfahrer geeignetsten Leute herauszufinden, hat man militärischerseits begonnen, den Fahrschulen experimentelle Prüfungslaboratorien zuzugesellen, nachdem sich ein erstes derartiges Laboratorium ausgezeichnet praktisch bewährt hat. 2. Der Verlag der „Deutschen Optischen Wochenschrift" in Berlin beabsichtigt, zur Ergänzung seines „Sprechsaales für Berufskunde und Berufsberatung" ein Laboratorium für experimentelle Prüfung der Berufseignung zunächst für die optischen und feinmechanischen Zweige einzurichten. 3. Die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt" in Berlin hat sich entschlossen, sich in größerem Umfang mit der Frage der Berufsberatung zu befassen. Sie hat zu diesem Zwecke einen Arbeitsausschuß eingesetzt, dem Volkswirtschaftler, Vertreter der sozialen Fürsorge, Mediziner, Pädagogen und Psychologen angehören, und eröffnet zum Studium des Problems der psychischen Berufseignung in diesen Tagen ein psychologisches Laboratorium, das von zwei erfahrenen Vertretern der Experimentalpsychologie, Dr. Otto Lipmann und Dr. Curt Piorkowski, geleitet wird. Virant sequentes!

Kunst und Wissenschaft.

Gemäldesammlung Schmeil, Dresden.

Am 17. Oktober gelangt unter Leitung von Hugo Helbing bei Paul Cassirer in Berlin die Gemäldesammlung Schmeil.

MARCHIVUM

zweiter Sohn, Theodor, fiel schon bei Mülhausen auf dem Felde der Ehre.

)(Bruchhausen bei Ettlingen, 12. Okt. Beim Aufspringen auf einen schon in Fahrt befindlichen Personenzug stürzte der ledige, 17jährige Postunterbeamte Held von hier ab und wurde überfahren. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit nach dem Unfall starb.

* Baden-Baden, 11. Okt. Herr Schreinermeister Albert Weiß beging in geistiger und körperlicher Rüstigkeit die Feier der goldenen Hochzeit.

)(Freiburg, 11. Okt. Auf dem hiesigen Exerzierplatz ist gestern vormittag ein Flugzeug abgestürzt. Der Insasse ist tot.

* Lörrach, 11. Okt. Einem herben Geschick ist heute Nacht Herr Medizinalrat Dr. Grether zum Opfer gefallen. Als er um halb 12 Uhr, von einem ärztlichen Besuch kommend, seiner Wohnung zustrebte, wurde er von einem Unglücksfall ereilt, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Während Dezennien hatte Dr. Grether, selber ein Sohn des Markgräfler Landes, in unserer Stadt als praktischer Arzt geamtet. In allen Kreisen der Bevölkerung genoß er großes Vertrauen. Trotz der großen Inanspruchnahme als Zivilarzt hatte er sich auch noch dem Militärsanitätswesen zur Verfügung gestellt. Zuletzt war er mit der Leitung eines Lazaretts betraut.

Kommunales.

* Freiburg, 9. Okt. Um ein möglichst ausgedehntes Sammeln der Bucheckern (Bucheln, Büchele) zu ermöglichen, werden die städtischen Waldungen vom Stadtrat für jedermann freigegeben.

* Offenburg, 9. Okt. Der Streit im Bürgerausschuß, der in der letzten Sitzung wegen der Besetzung der Stadtrechnerstelle entstanden ist, ist dadurch beendet worden, daß der vom Stadtrat empfohlene und von der Mehrheit ebenfalls als Stadtrechner in Aussicht genommene Finanzsekretär Ackenheil seine Bewerbung zurückgezogen hat. Auch der von der Minderheit als Stadtrechner gewünschte Revident Ruf hat seine Kandidatur zurückgezogen.

§ Zweibrücken, 10. Okt. Eine Milchpreiserhöhung wird mit Zustimmung der Preisprüfungsstelle hier durchgeführt. Die bisherigen Preise von 28 Pfennig für den Liter wurden auf 30 Pfennig hinaufgesetzt. Die Neufestsetzung erfolgte besonders mit Rücksicht auf den benachbarten Amtsbezirk Pirmasens, der höhere Milchpreise hatte als Zweibrücken und infolgedessen bemüht war, Milch von hier einzuführen. — Dem 7 Uhr-Ladenschluß haben sich bisher die Mehrzahl der hiesigen Ladenbesitzer aus dem Textilgewerbe, dem Schuhhandel, Kolonialwaren usw. sowie sämtliche hiesigen Buchhandlungen und Schreibmaterialgeschäfte angeschlossen. Die Inhaber der Zigarrenläden haben sich bisher passiv verhalten, da sie durch Verkauf von Rauchwaren in den Wirtschaften Schädigungen erwarten.

Regierung und Volk.

Die Nationalliberale Correspondenz faßt das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen im Reichstag in folgenden Sätzen zusammen:

Das Ergebnis der Aussprache war die Erkenntnis, daß das Wichtigste der Vorgänge in dem Ausschuß unausgesprochen bleiben soll und vermutlich bleiben wird. Bassermann hat dafür gewichtige Gründe ins Feld geführt. Die Oeffentlichkeit wird sie in dem Glauben gelten lassen, daß das Vaterland es fordert und die Lösung der Streitfragen letzten Endes in guter Hand ruht.

Deutscher Reichstag.

⊡ Berlin, 12. Oktober.
(Von unserem Berliner Büro.)

Der Reichstag begann heute nachmittag die Beratung der unterschiedlichen Interpellation zur Kartoffelfrage, deren Wortlaut wir bereits im Mittagsblatt mitgeteilt haben. Gleich zu Beginn der Sitzung erklärte Staatssekretär Helfferich sich bereit, die Interpellationen sofort zu beantworten. Dann hob der Reigen der Begründung an. Zunächst sprach der Abgeordnete Schiele für die Konservativen, die das Hauptgewicht auf die Herbeischaffung von Arbeitern zur Hebung der Kartoffelernte legen und in deren Mangel sie die eigentliche Quelle der Not sehen. Dann erhielt für die Sozialdemokraten Abgeordneter Sachse das Wort.

Liebknecht.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags verhandelte am Samstag über den Antrag des Abgeordneten Bernstein und Genossen (sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das bei dem Militärgericht gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht anhängige Strafverfahren und die Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben. Weiter war ein Schreiben des Gouvernementsgerichts in Thorn eingelaufen, das um Genehmigung des Reichstags zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Dr. Liebknecht wegen Vergehen gegen die §§ 110 und 130 Strafgesetzbuch ersucht. Die Vorfälle, auf die sich dies Strafverfahren stützt, liegen schon längere Zeit zurück und stehen mit den Vorfällen, wegen denen der Abgeordnete Dr. Liebknecht vom Militärgericht verurteilt worden ist, in keinerlei Verbindung. Abgeordneter von Payer (Fortschrittliche Volkspartei), der wiederum als Berichterstatter fungierte, besprach zunächst die Vorfälle, die dem neuen Ersuchen um Einleitung des Strafverfahrens zu Grunde liegen. Es ist dies die Abhaltung eines sozialdemokratischen Jugendtages in Jena zu Ostern vorigen Jahres, an dem die Abgeordneten Dr. Liebknecht und Rühle sich beteiligt haben sollen. Die vorgeschriebene Genehmigung zur Abhaltung dieses Jugendtages ist nicht eingeholt worden. In den Beschlüssen dieser Veranstaltung erblickt das Gouvernementsgericht eine Aufforderung zum Landesverrat und hat daher gegen Liebknecht, der damals bereits als Landsturmmann im Militärverhältnis stand, ein neues Strafverfahren eingeleitet.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, diesem Fall die Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung zu versagen. Die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten schlossen sich dem Antrag des Berichterstatters an, und raten für eine grundsätzliche Entscheidung ohne jede Rücksicht auf die Persönlichkeit Dr. Liebknechts ein, während die Nationalliberalen, die Konservativen und die deutsche Fraktion betonten, daß die zuständige Anklagebehörde zunächst einmal eine genauere Darstellung der Handlung geben müßte, die Dr. Liebknecht zur Last gelegt wird. Aus dem bisher vorliegenden Material geht das nicht hervor. Im Gegensatz hierzu führte ein Zentrum-Abgeordneter aus, daß es nicht Sache des Reichstags sein könnte, sich mit einer solchen Aufforderung an die zuständige Anklagebehörde zu wenden.

Es bleibe vielmehr nichts weiter übrig, als das Ersuchen abzulehnen. Die Kommission beschloß darauf einstimmig, das Ersuchen des Gouvernementsgerichts in Thorn abzulehnen. Dann wandte sich die Kommission dem Antrag Bernsteins selbst zu, der eine Wiederholung des vom Reichstag in einem früheren Stadium des Verfahrens bereits abgelehnten gleichen Antrages darstellte. Berichterstatter Abg. v. Payer erklärte, daß irgendeine Aenderung der Sachlage seit dem vorigen Beschluß des Reichstags nicht eingetreten sei. Andererseits habe der Reichstag irgendeine Benachrichtigung über den gegenwärtigen Stand des Verfahrens nicht erhalten. Der Revisionstermin vor dem Reichsmilitärgericht sei auch noch nicht festgesetzt, so daß es sich empfehlen dürfte, die Akten einzufordern. Einem Mitglied der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die in der Geschäftsordnungskommission selbst nicht vertreten ist, wurde ausnahmsweise das Wort verstattet, um den Antrag Bernstein zu begründen. Er führte Beschwerde wegen der einseitigen Berichterstattung der Presse über die Verurteilung Liebknechts und auch darüber, daß der Presse jede Kritik an dem Urteil verboten worden sei. Es erwecke den Anschein, als ob man nur darauf ausgehe, den Wahlkreis Liebknechts möglichst schnell freizumachen. Nach längerer Aussprache wird gegen die Stimme des nationalliberalen Kommissionsmitgliedes beschlossen, dem Plenum die Einforderung der Akten durch Vermittlung des Stellvertreters des Reichskanzlers zu empfehlen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Der Reichshaushaltsausschuß setzte heute Vormittag seine Verhandlungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen fort. Von nationalliberaler Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Bewachungsmannschaften für die Gefangenenlager vielfach zu schwach seien. Der passive Widerstand, namentlich der russischen Kriegsgefangenen nehme vielfach zu. Das zeige sich besonders in ihrem Verhalten gegen die Arbeitgeber. Die Ueberwachungsmannschaft käme infolge der ihnen anbefohlenen Zurückhaltung in eine schwierige Lage. Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, daß die Kriegsgefangenen in Deutschland nicht recht- und schutzlos seien. Die deutsche Heeresverwaltung schreite streng gegen jede Verletzung des die Gefangenen schützenden Rechtes ein. Der Redner bezeichnete die Ueberwachung der Gefangenen als ein immer schwieriger werdendes Problem, da die Zahl der Gefangenen ständig zu-, die der Wachmannschaften abnimmt. Er betont weiter, daß es in unserem eigenen Interesse liege, die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitsfreudigkeit der Gefangenen zu steigern. Ein sozialdemokratischer Redner empfiehlt eine von seiner Fraktion eingebrachte Resolution zur Annahme, die den Reichskanzler ersucht, zu veranlassen, daß die Löhnung unserer Gefangenen an deren Angehörige in allen Fällen ausbezahlt werde, wo dies zur Unterstützung der Gefangenen notwendig erscheine. Ein konservativer Redner empfiehlt, bei der Auswahl der Offiziere zur Leitung der Gefangenenlager solche Herren vorzugsweise zu berücksichtigen, die nach ihrer Zivilstellung gewohnt sind, mit einfachen Leuten umzugehen. Von Regierungsseite wird erklärt, daß die Bemühungen um den Austausch der Internierten fortgesetzt werden. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, daß die Heeresverwaltung sich bemühe, in den okkupierten Gebieten moralische Eroberungen zu machen. Deshalb sollte man auch den Gedanken abweisen, der vielfach vertreten werde, die internierten polnischen, landwirtschaftlichen Kontraktarbeiter zwangsweise zurückzuhalten. Der Redner fragte an, welchen Beschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit die in den besetzten Gebieten angeworbenen Fabrik- und landwirtschaftlichen Arbeiter unterworfen würden, nachdem sie nach Deutschland verbracht worden sind. Er bringt ferner den vielbehandelten Abtransport von Bevölkerungsteilen im besetzten Nordfrankreich zur Sprache. Wenn auch diese Maßnahme aus verschiedenen Gründen nicht zu beanstanden sei, so müsse natürlich verlangt werden, daß bei ihrer Durchführung mit der erforderlichen Rücksicht verfahren werde.

Staatssekretär Dr. Helfferich erinnerte daran, daß die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte aus bekannten Gründen zu den wichtigsten Problemen gehöre. In Deutschland fehle es an Arbeitskräften, deshalb könne auf die Kräfte in den besetzten Gebieten nicht verzichtet werden. Selbstverständlich werde das Völkerrecht bei der Beschäftigung der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung der besetzten Gebiete gewahrt, aber passiver Widerstand könne nicht geduldet werden. Ministerialdirektor Dr. Krieger erklärte, daß die Heranziehung von Leuten aus Lille zu landwirtschaftlichen Arbeiten in Uebereinstimmung mit der Landeskriegsordnung geschehe. Der landwirtschaftliche Boden in den besetzten Gebieten müsse bestellt und voll ausgenutzt werden, da wir nicht in der Lage sind, dorthin Lebensmittel auszuführen. Da die Stadtverwaltung freiwillig nicht zu bewegen war, Arbeitskräfte zu stellen, so mußte die militärische Befehlsgewalt eingreifen. Dabei hätten sich Mißgriffe nicht völlig vermeiden lassen, aber unbestreitbar sei, daß wir das Recht zu einer solchen Maßnahme hatten. Eine Reihe von Beschwerden wird erörtert und von den Regierungsvertretern aufgeklärt. Die Verhandlungen sind zeitweilig vertraulich.

Dresden zur Versteigerung. Es sind vorwiegend deutsche Meister, unsere Besten, vertreten. Von den ausländischen hat der Schöpfer der Sammlung aufgenommen was sich an unbedingt wertvollen Werken gelegentlich zu günstigen Bedingungen bot, ohne daß dabei eine Vollständigkeit oder Abgeschlossenheit nach dieser oder jener Richtung erstrebt worden wäre. Als Brennpunkte des deutschen Teiles der Sammlung kann man die Großmeister Leibl und Diez bezeichnen, von denen der erstere mit glänzenden Porträts in Oel und ganz prachtvollen graphischen Arbeiten vertreten ist, während die Freunde der Diez'schen Kunst sich wieder einmal an dem köstlichen „Hl. Martin" erfreuen können. Als in unmittelbarem Zusammenhange mit Leibls Kunst stehend sind dann die Arbeiten von Trübner, Thoma, Schuch, Hagemeister, Haider und Buzo zu betrachten; namentlich sei auf die köstliche, urdeutsche Schwarzwaldlandschaft Thomas, auf Schuchs großes Matteo-Stillleben, auf Haiders „Neuer Stutzen" hingewiesen. Wir nennen weiter Böcklins „Susanne im Bade", Spitzweegs „Urlauber", Dachauer Frankreichmaßzug" und das „Frauenbad in Dieppe", Selbstporträt von 1893 und „Die Reue" von Hugo von Habermann, Alb. von Keller „Römisches Frauenbad". Vertreten sind ferner H. von Zügel, H. von Heyden, M. Liebermann, Lenbach („Bismarck"), Kaulbach, Defregger, Faber du Faur, Hagemeister, Kuehl, Fuhrerer, Leipold, Leistikow, Mayr-Graz, Munkacsy, Püttner, Stuck, Willroider, Zimmermann, Stadler, Stähli, Welti. Von den Ausländern seien Courbet, Segantini, Hodler mit Bildern aus seiner Frühzeit, Israels und Martel angeführt. Jeder von ihnen ist mit einem oder mehreren Werken vertreten, über die der glänzend ausgestattete Katalog (Mit Vorwort von F. von Ostini und 123 Tafeln, Preis 30 Pfg.) Auskunft gibt. Die Versteigerung dieser Sammlung verspricht auf dem deutschen Kunstmarkte ein Ereignis von größter Bedeutung zu werden.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Joh. Seb. Bach-Abend in der Christuskirche.

Unter den großen Orgelwerken Bachs sind nicht zwei inhaltlich gleich und so bedeuten die diesen Montag, den 16. Oktober von Arno Landmann vorgetragenen Präludien und Fugen in Wirklichkeit eine abwechslungsreiche Auswahl interessantester und charakteristischster Stimmungsbilder. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß Bach seine Werke ohne Vortragsangabe hinterließ, die Deutung des Inhalts somit Sache des Vortragenden bleibt, daß nahezu alle Stücke in neuer Instrumentation und Bearbeitung vorgetragen werden, und der reiche Orgel unsrer Christuskirche die dramatischen ebenso als auch die lyrischen Stücke liegen". Eintrittskarten in den Musikalienläden und an der Abendkasse. Das Orgelkonzert beginnt bereits um 8 Uhr.

Der italienische Bericht

Rom, 12. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 11. Oktober: Auf dem Pasubio fand gestern ein sehr lebhafter Kampf statt, der mit einem glänzenden Erfolg für uns endete. Nachdem wir während der Nacht heftige feindliche Gegenangriffe abgeschlagen hatten, begannen wir wieder in der Frühe trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse die starke wirksame Beschießung der feindlichen Linien mit Kanonen und Bombenwerfern. Darauf bemächtigte sich unsere Infanterie in wütendem Sturm des ganzen dichten Netzes der feindlichen Schützengräben. Im Abschnitt von Cosmagnon dehnten wir unsere Besetzungen auf die Abhänge des Menerle und auf die ersten Südhänge des Valle-Tales aus. Bisher zählten wir 350 Gefangene, darunter 10 Offiziere. Wir erbeuteten außerdem eine große Menge Waffen und Munition. Im Travignolo-Tal gelang es dem Gegner am Abend des 9. Oktober durch einen mit starken Kräften unversehens unternommenen Angriff an einem Punkt in unsere vorgeschobenen Gräben einzudringen. Er wurde jedoch durch einen Gegenangriff sofort wieder hinausgeworfen. An der Front der Julischen Alpen herrschte auch gestern starke Artillerietätigkeit, die vormittags durch Nebel behindert wurde. Nachmittags drang unsere Infanterie durch einen entschlossenen Angriff im Gebiet östlich Vertoibizza in einen Abschnitt der feindlichen Linien zwischen Sober und Vertoibizza ein. Wir machten 851 Gefangene, darunter 25 Offiziere, und nahmen drei Maschinengewehre. Auf dem Karst ging unsere Infanterie, nachdem das Netz der feindlichen Verteidigungslinie durch das heftige genaue Feuer der Artillerie und Bombenwerfer zerstört war, zum Sturm über und eroberte fast die ganze Linie der zahlreichen feindlichen Schützengräben im Abschnitt der Front zwischen Wippach und der Höhe 208. Nova Ville und die sehr stark befestigten Höhen rings um die Höhe 208 wurden von uns nach erbittertem Kampf besetzt. Bisher zählten wir 5034 Gefangene, darunter 104 Offiziere. Wir machten reiche Beute an Waffen und Munition.

Albanische Front: Eine unserer Abteilungen, die vom Arguro Kastro abmarschiert war, besetzte am 9. Oktober Premeti an der Vojusa südöstlich Klissura und stellte schnell die Verbindung mit diesen Plätzen her.

Die Iren im englischen Heere.

London, 11. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Lordleutnant von Irland sagte in einer Rede in Dublin, daß vor dem Kriege 34 822 irische Katholiken und 16 224 irische Protestanten in der Armee waren. Seit der Mobilmachung seien 157 594 irische Rekruten in die Armee eingetreten, darunter 92 405 Katholiken, 62 391 Protestanten und 2 789 Männer, deren Religion nicht angegeben wurde.

Lebensmittelausstellung im Reichstag.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Im Reichstag ist auf Zimmer 19 eine Ausstellung von Lebensmitteln, wie sie dem Heer zugeführt werden, hergerichtet worden. Die Lebensmittel sind in Natura ausgestellt. Man sieht Schinken, Fett, Käse, Konserven usw. Ergänzende Statistiken sind beigefügt. Die Besichtigung der nur für die Reichstagsabgeordneten geöffneten Ausstellung wird voraussichtlich morgen neun ein halb Uhr erfolgen.

Kleine Kriegsnachrichten.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Die Mitglieder des Reichstags werden kommenden Samstag die Kriegseinrichtungen der Stadt Berlin besichtigen. Sie werden am Vormittag der Vieh- und Fleischverteilung auf dem städtischen Viehhof beiwohnen. Mittags begeben sich die Abgeordneten dann nach der Zentralmarkthalle, um der Massenvolksspeisung beizuwohnen.

Stuttgart, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) In Begleitung des Generaladjutanten, der beiden Flügeladjutanten und seines Leibarztes hat sich gestern Nachmittag, laut Hofbericht, der König in das Kaiserliche Große Hauptquartier begeben. Die Rückkehr des Königs wird in einigen Tagen erfolgen.

Wien, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Im Ministerium des Innern ist ein Ernährungsamt errichtet worden, zu dessen Sektionschef Ritter von Keller ernannt wurde.

Kopenhagen, 12. Oktbr. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung des Ritzauschen Büros: Nach neuer Nachricht soll die von einem Unterseeboot beschossene drahtlose Station Zeylavallt unbeschädigt sein.

Bardoe, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Meldung des Ritzau'schen Büros. Das Telegraphenamt in Alexandrowsk ist in See abgebrannt und durch Feldtelegraphen ersetzt worden.

Christiania, 12. Okt. (WTB. Nichtamtl.) Meldung des Ritzau'schen Büros. Die Regierung erließ ein Ausfuhrverbot für Zement, das heute in Kraft tritt.

Tagesneuigkeiten.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Der Bund der Industriellen hat seine Mitglieder für Dienstag, den 24. Oktober nach Berlin zu einer nichtöffentlichen Generalversammlung eingeladen. Der Versammlung gehen Sitzungen des Vorstandes und des großen Ausschusses voraus.

⊡ Berlin, 12. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird das preußische Abgeordnetenhaus voraussichtlich am 16. November zusammentreten. Der preußische Landtag war seiner Zeit durch königliche Verordnung bis zum 14. November vertagt worden.

Danzig, 12. Oktbr. (Priv.-Tel.) Ein Orkan von seltener Heftigkeit mit Hagelböen suchte Danzig heim. In der Kaserne des Telegraphenbataillons an der Chaussee Langfuhr-Broesen stürzte eine kurz vorher von Soldaten gefüllt gewesene Reithalle wie ein Kartenhaus zusammen. Von den draußen stehenden Landsturmleuten wurden einer getötet, drei schwer und einer leicht verletzt.

Elektrische
Ventilatoren
für Lüftung und Kühlung.
BROWN, BOVERI & Cie A.-G.
Abteilung Installationen
O 4, 8/9. Fernspr. 682, 980, 2032, 7465.
Hauptniederlage der Osramlampe.

MARCHIVUM

Stenographischer Reichstagsbericht
des
Mannheimer Generalanzeigers.

Mb. Deutscher Reichstag.

64. Sitzung, Mittwoch, den 11. Oktober 1916.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, v. Jagow, Dr. Solf, Lisco, Graf Rordern.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß er dem König von Württemberg zu seinem Regierungsjubiläum die Glückwünsche des Reichstags ausgesprochen habe.

Der Fall Liebknecht.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des schleunigen Antrags Bernstein (Soz. A.-G.) auf Aufhebung des gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht bei dem Militärgericht anhängigen Strafverfahrens und Aufhebung der Untersuchungshaft für die Dauer der Tagung.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) beantragt, den Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Abg. Bassermann (Natl.): Meine politischen Freunde haben beschlossen gegen diese Ueberweisung an den Ausschuß zu stimmen und den Antrag ohne Ausschußberatung abzulehnen. Der Reichstag hat bereits in eingehender Ausschußberatung die Angelegenheit behandelt, ein ausführlicher Bericht ist von dem Abgeordneten v. Payer erstattet worden. Eine Entscheidung ist also vom Reichstag in diesem Verfahren bereits gefällt worden. Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens wurde damals abgelehnt. Damals lag nur die Anklage gegen Liebknecht vor, heute haben wir zwei Urteile, bei denen die Rechtskraft allerdings noch nicht eingetreten ist. Die Sache ist ausreichend geprüft, zu einer neuen Ausschußberatung liegt kein Anlaß vor.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir stimmen dem Antrage Spahn zu.

Abg. Graf Westarp: Wir werden dagegen stimmen, da die Angelegenheit genügend geklärt ist.

Abg. Haase (Soz. A.-G.): Wir würden die Angelegenheit gern gleich besprechen. Aber nachdem eine große Partei die Ausschußberatung gewünscht hat, sind wir nicht dagegen. Wir stehen freilich auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß der Reichstag jedem Mitgliede die Möglichkeit verschaffen muß, an den Beratungen teilzunehmen.

Abg. Freiherr v. Gamp (Dtsch. Fr.): Wir schließen uns den Ausführungen Bassermanns an.

Abg. v. Payer (Fortschr. Vp.): Man sollte den gewöhnlichen Geschäftsgang einhalten und, wie üblich, den Antrag dem Ausschuß überweisen.

Der Antrag geht darauf gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten an den Geschäftsordnungsausschuß.

Die Schutzgebietsrechnung für 1910 wird erledigt.

Die Verlängerung der Legislaturperiode.

Ein Gesetzentwurf bestimmt die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags um ein Jahr. Ein weiterer Entwurf setzt das gleiche für den elsaß-lothringischen Landtag fest.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir stimmen den Gesetzentwürfen zu.

Abg. Haase (Soz. A.-G.): Die Gesetze sind nur ein Notbehelf. Am besten wäre es, wenn die Wähler ihre Meinung wieder zum Ausdruck bringen könnten. Das ist jetzt freilich unmöglich.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Wir würden gerne unsere Mandate in die Hände der Wähler zurückgeben. Eine Wahl jetzt im Kriege ist aber nicht durchführbar.

Die Gesetzentwürfe werden darauf in allen drei Lesungen angenommen.

„Nationalstiftung" und „Marinestiftung".

Ein Gesetzentwurf trifft besondere Bestimmungen zum Schutze der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung". Gewerbliche Betriebe, die an diese Stiftungen eine Abgabe leisten, sollen die Erlaubnis erhalten, ihre Erzeugnisse mit einem besonderen Hinweis darauf zu versehen. Die Stiftungen sollen dort helfend eingreifen, wo die Fürsorge des Reiches nicht oder nur in nicht ausreichendem Maße gewährt werden kann.

Abg. Giebel (Soz.): Durch diese Stiftungen darf die Verpflichtung des Reiches, in großzügiger Weise für die Opfer des Krieges zu sorgen, nicht berührt werden. Wenn solche Privatinstitute einen mehr oder minder amtlichen Charakter, einen weitgehenden Schutz und wichtige gesetzliche Vorrechte erhalten sollen, dann muß auch die Oeffentlichkeit und vor allem der Reichstag ein Kontrollrecht erhalten. Hierüber wird im Ausschuß zu sprechen sein.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Besorgnisse, durch dieses Gesetz sollten die Pflichten des Reiches gegenüber den Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten irgendwie eingeschränkt werden, kann ich zerstreuen. Daran hat kein Mensch gedacht. Die Zusicherungen der verbündeten Regierungen hinsichtlich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen werden durch das Gesetz in keiner Weise beeinträchtigt. Es soll hier nur ein Namensschutz gewährt werden.

Abg. Bassermann (Natl.): Auch in unserer Fraktionssitzung sind Bedenken gegen einige Bestimmungen der Vorlage laut geworden. Ich schließe mich dem Antrag auf Ausschußberatung an.

Abg. Arendt (Deutsche Fraktion): Die Kriegswohltätigkeit wird häufig von Unbefugten ausgenutzt. (Sehr richtig!) Im Ausschuß müssen wir prüfen, wie wir diesen von der Bevölkerung vielfach recht unangenehm empfundenen Uebelständen abhelfen können. Die Kriegswohltätigkeit darf nicht zur Einnahmequelle für gewerbliche Unternehmungen und verkrachter Existenzen werden.

Abg. Henke (Soz. A.-G.): Wir glauben nicht an die Versicherung des Staatssekretärs, daß der einzige Zweck dieser Vorlage ist, einen Namensschutz für die betreffenden Stiftungen zu erzielen, sondern wir glauben, daß dieser gesetzliche Schutz nicht unbewußt dazu herbeigeführt werden soll, der späteren Fürsorge für das Reich vorzuarbeiten.

Präsident Dr. Kaempf: Der Vorredner hat ausgeführt, daß der Staatssekretär nicht unbewußt, also bewußt etwas anderes gesagt hätte, als seiner innersten Ueberzeugung entspricht. Ich halte diese Ausdrucksweise für der Ordnung des Hauses widersprechend und muß sie auf das entschiedenste rügen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Ich halte diese Bedenken gegen die Vorlage nicht für berechtigt. Warum sollen wir der öffentlichen Wohltätigkeit von vornherein Mißtrauen entgegenbringen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Die Aenderung des Gerichtskostengesetzes.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird auf Antrag Dr. Spahn (Ztr.) einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die Auswärtige Politik.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Ausschusses über die auswärtige Politik.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg erscheint im Saale.

Abg. Bassermann (Natl.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses: Die Beratungen über die auswärtige Politik im Ausschuß trugen vertraulichen Charakter. Ich bin also nicht in der Lage, über die Einzelheiten unserer viele Tage in Anspruch nehmenden Verhandlungen zu berichten. Ich darf nur feststellen, daß alle Fragen, die für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage wesentlich sind, in eingehender Aussprache besprochen und gewürdigt worden sind. Vor allem darf ich wohl sagen, daß bei Besprechung der Kriegslage der allgemeine Eindruck der war, daß sie als allseitig befriedigend und hoffnungsvoll bezeichnet werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Ausschuß besprach die Lage der Dinge im feindlichen Ausland und würdigte eingehend die Entwicklung der Politik gegenüber Rumänien. Dabei behandelte er auch Bedeutung, Haltung und Tätigkeit unserer Diplomatie vor dem Weltkrieg und während des Weltkrieges bis zum Ausbruch des Krieges mit Rumänien. Eingehend wurde dabei die auf Täuschung berechnete Politik des Ministerpräsidenten Bratianu und die Politik des Königs gewürdigt. Es wurden besprochen die wirtschaftlichen Verträge, die wir während des Weltkrieges und vor dem Kriegsausbruch mit Rumänien abzuschließen in der Lage waren, und endlich diejenigen Ereignisse und Faktoren, die zum Krieg mit Rumänien geführt haben.

Weiterhin wurden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den neutralen Staaten und die Lage der Dinge in ihnen besprochen, vor allem in Griechenland, das sich ja heute in schwerster Krisis befindet. Alle die Erdrosselungsmaßregeln, die von der Entente, vor allem von England, gegenüber den neutralen Staaten, in erster Reihe wieder gegen Griechenland, angewendet werden, wurden eingehend erörtert. Die bewundernswerte Haltung des Königs von Griechenland, der sich gegen die Gewalttätigkeit unserer Feinde wehrt und bemüht ist, die Neutralität Griechenlands auch unter den schwierigsten Verhältnissen aufrecht zu erhalten, fand volle sympathische Würdigung im Ausschuß. (Lebhafter Beifall.) Es ist in der Tat ein bewundernswerter Widerstand, gegen eine so starke Uebermacht und gegen alle diese Treibereien, die in ihren Endzwecken dahin abzielen, nicht nur die Monarchie zu erschüttern, sondern auch eine vollständige Anarchie im Lande herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Gründe, die zu einer Ueberführung eines griechischen Armeekorps nach Görlitz geführt haben, wurden besprochen. Auch hierüber sind die nötigen Aufklärungen von den verbündeten Regierungen und ihren Vertretern gegeben worden.

In eingehenden sorgfältigen Beratungen hat sich der Reichshaushaltsausschuß auch mit der Frage der Kriegsmittel befaßt, die uns zur Verfügung stehen. Bei der Bedeutung, die den Unterseebooten zukommt, mußte naturgemäß auch die Frage des Unterseebootkrieges im Ausschuß im Vordergrund stehen, wo sie zu den eingehendsten Verhandlungen Veranlassung gegeben hat. Angesichts der Wichtigkeit dieser Frage hat der Ausschuß den mündlichen Bericht über die Frage des Unterseebootkrieges an das Plenum des Reichstages im Wortlaut festgestellt. Ich darf diese Feststellung verlesen:

In eingehenden Beratungen hat sich Ihr Ausschuß mit der Frage des Unterseebootkrieges befaßt. Mitglieder aller Fraktionen und die Vertreter der verbündeten Regierungen haben sich daran beteiligt. Alle marinetechnischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte wurden gründlichst geprüft und gewürdigt. Die Ausführungen standen unter dem Eindruck der hohen Bedeutung der Angelegenheit und waren allseitig getragen von rein sachlichen Erwägungen und dem Bestreben, dem vaterländischen Interesse zu dienen. Eine Einigung war im Ausschuß nicht zu erzielen. Er verzichtete auf eine Beschlußfassung. Für die Verhandlung im Reichstag empfiehlt der Ausschuß, von einer Besprechung des Unterseebootkrieges abzusehen. Dies geschieht in der Erwägung, daß eine eingehende Verhandlung der marinetechnischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einzelheiten ohne Schädigung der vaterländischen Interessen nicht möglich ist, daß andererseits aber ohne eine erschöpfende Behandlung der Sache eine volle Aufklärung nicht erzielt werden kann. (Sehr richtig!)

Diese Empfehlung für die Art der Behandlung erfolgte im Wege der Abstimmung mit 24 gegen 4 Stimmen. (Lebhaftes Hört, hört!)

Bei seinen Beratungen war der Ausschuß erfüllt von dem Gefühl der Bewunderung und der Dankbarkeit für unser Heer und unsere Flotte (Beifall), von der Anerkennung ihrer unter hervorragender Leitung errungenen Erfolge. Er sieht der Weiterentwicklung der kriegerischen Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen mit vollem Vertrauen entgegen. (Beifall.) Das Ergebnis der neuesten Kriegsanleihe hat erneut die Festigkeit der Kriegszuversicht unseres Volkes erwiesen. Wehrmacht und Volk stehen in dem uns aufgedrungenen Verteidigungskrieg in geschlossener Einigkeit zusammen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Der ganze Reichstag stimmt der vom Reichskanzler und vom Reichshaushaltsausschuß unseren und den Truppen unserer Verbündeten ausgesprochenen Anerkennung von Herzen zu. (Lebhafter Beifall.) Der Reichskanzler hat die Kriegslage treffend gekennzeichnet. Seit seiner Erklärung haben sich die Heeresleistungen noch gesteigert. Wir brauchen nur hinzublicken auf die Kämpfe, die auf dem blutüberschwemmten Gelände an der Somme stattfinden, auf die Anstürme in Wolhynien, sowie auf die Kämpfe in Siebenbürgen und Rumänien. Unserer Kolonialkriege möchte ich dabei nicht vergessen. (Beifall.) Die Mauer, die unsere Truppen um Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit ihren Leibern in den Boden eingebaut haben, hat sich als unerschütterlich gezeigt. Der Tag muß kommen, an dem unsere Gegner die Zwecklosigkeit des Ringens einsehen. — Aus der Ausschußberatung möchte ich noch hervorheben, daß uns dargetan worden ist, daß uns ausreichender Ersatz für die Ergänzung unseres Bedarfes an Rohstoffen, Waffen und Munition voll zur Verfügung steht. (Beifall.) Die Beschränkungen, die wir uns in der Lebensmittelfrage auferlegen müssen, sind bedauerlich, können unsere Kriegsbereitwilligkeit jedoch nicht hemmen, uns nicht hindern, unsere Pflicht gegen Volk und Vaterland dauernd zu erfüllen. Unsere Gegner sind zum Frieden noch nicht bereit gewesen.

Der Reichskanzler hat die militärische Lage als ernst und schwer bezeichnet, aber hinzugefügt, daß sie vom Generalfeldmarschall Hindenburg und seinem Generalquartiermeister, die das Vertrauen des deutschen Volkes und seiner Verbündeten genießen, als durchaus vertrauensvoll beurteilt wird. (Beifall.) Der Reichskanzler hat aber auch England als den selbstsüchtigsten, hartnäckigsten, erbittersten Feind bezeichnet. Ich möchte hinzufügen: England ist auch der berechnendste von allen unseren Gegnern. Nach napoleonischer Taktik besteht die wichtigste Aufgabe im Kriege in der Eroberung des feindlichen Feldherrnzeltes. Das feindliche Feldherrnzelt steht in England. Wir müssen alles daran setzen, was geeignet ist, dieses Feldherrnzelt erobern zu helfen.

Wenn erwähnt worden ist, daß die Dardanellenfrage für Rußland den Anlaß zum Krieg hätte geben können, so sage ich: wir und Oesterreich-Ungarn waren schon vor Jahren bereit, uns mit Rußland über die Regelung der Dardanellenfrage zu verständigen.

Ueber den Unterseebootkrieg bestehen gewisse Differenzen, die nicht vertieft werden sollten. Vielleicht macht der Reichskanzler darüber in der Oeffentlichkeit einige Mitteilungen. Italien hat den Palast des österreichischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl besetzt. Die Veröffentlichung des Protestes hiergegen im „Osservatore Romano" hat die italienische Zensur verhindert. Dieses ganze Vorgehen Italiens kann als ein Zusammenbruch des Garantiegesetzes für den Heiligen Stuhl bezeichnet werden und hat in der ganzen katholischen Welt tiefe Erregung hervorgerufen. Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rede auch innerpolitische Fragen gestreift. Dazu gehört auch die Neuorientierung. Er hat sich aber nicht so ausgedrückt, daß wir dazu Stellung nehmen könnten. Nur den Satz möchte ich hervorheben „Freie Bahn für alle Tüchtigen!" und den Reichskanzler darauf aufmerksam machen, daß bei der Besetzung der Stellen die konfessionellen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Seit der Reichskanzler das letzte Mal hier gesprochen hat, haben die Verbündeten auf den siebenbürgischen Schlachtfeldern Proben ihrer Kraft abgelegt. Durch den Eintritt Rumäniens in die Reihe unserer Gegner schien uns eine Katastrophe zu drohen. Jetzt dürfen wir aufatmen. Die Gefahr ist gebannt, die Hoffnungen unserer Gegner sind enttäuscht. Die Stimmung schwankt hüben und drüben. Neurastheniker gibt es zu viel in der Welt, und zwar mehr hinter der Front als vor der Front. (Sehr richtig!) Wehe dem Lande, das sich von Fanatikern regieren läßt. Nicht wer am lautesten schreit, wird recht behalten. Wir Sozialdemokraten wollen internationale Streitigkeiten nicht durch brutale Gewalt, sondern durch internationale Verträge regeln. Solche Abmachungen müssen auch gehalten werden. Die Politik muß die Kriegführung bestimmen und nicht umgekehrt. Die Regierung darf nicht plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Friedensaussichten sind zurzeit schlecht. Wir müssen abwarten, es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Hoffen wir, daß bald die Ernüchterung kommt, daß die Vernunft kommt auf beiden Seiten. Wir haben uns nie darüber getäuscht, daß dieser Krieg von uns in Wirklichkeit nur als ein Verteidigungskrieg geführt werden kann, selbst wenn dieser und jener anders gedacht haben mag. Das Vertrauen zu unserm Volke, das sich in diesen schwersten Prüfungen behaupten wird, hat in unseren Herzen keinen Augenblick geschwankt. Weil Briand und Lloyd George den Krieg bis zum Ende predigen, so kann der Reichskanzler — wie gesagt wird — nicht vom Frieden sprechen, aber wir können es.

Wir sprechen laut und offen, daß das Volk den Frieden will. Das spreche ich als deutscher Sozialdemokrat, aber dasselbe kann auch ein französischer, ein englischer, ein russischer Sozialdemokrat sprechen. Wenn in irgend einem Lande das Gegenteil gesagt wird, so ist das nur Kriegsschwindel. Alle Völker haben es satt, sich immer von neuem in die Vernichtung locken zu lassen. Die Franzosen wissen nicht — weil die Zensur es nicht zuläßt —, daß sie die Befreiung ihres Landes sowie Belgiens von den deutschen Truppen schon heute haben können, ohne einen weiteren Blutstropfen, ohne einen Fuß Boden ihres Landes zu verlieren. Wofür kämpfen sie noch? Was französisch ist, soll französisch sein, was belgisch ist, belgisch, was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Das ist die Hauptgrundlage, auf der der kommende Friede sich aufbauen wird. Not herrscht im Lande, in allen Ländern. Die englischen Marktpreise reden eine deutliche Sprache. Das Brot kostet in England mehr als bei uns. Mehr als eine Million Kinder sind in England in der Entwicklung so zurückgeblieben, daß sie dem Schulunterricht nicht mehr folgen können. Aus Frankreich kommen die ergreifendsten Klagen. Italien hat ja schon im tiefsten Frieden Hungersnot. Von Rußland will ich gar nicht reden. Europa erlebt seit zwei Jahren einen Generalstreik seiner wirtschaftlichen Kräfte. Millionen verbrauchen, ohne zu erzeugen.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sind bei uns schwere Fehler gemacht worden. Man hat von vornherein nicht die ganze Wahrheit gesagt. Man sagte: Es ist alles da! Es kann aber nicht alles da sein. Dann die Mängel der Organisation. Das Material wächst Tag für Tag Berge hoch an. Es wird von oben ungenügend eingegriffen. Ich bitte die Regierung dringend, die Erscheinungen auf dem Kartoffelmarkt zu beachten und für schleunige Abhilfe zu sorgen. (Lebhafte Zustimmung.) Aufreizend wirken die hohen Höchstpreise. Wie es draußen aussieht, beleuchten blitzartig die verschiedenen zornglühenden Erlasse einzelner Landräte, die sie an gewisse Großgrundbesitzer richten müssen. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Ich wünsche den Herren von Herzen gute Besserung. Das notwendigste Lebensmittel, das Brot, ist erfreulicherweise genügend vorhanden. Die Regelung hat sich glänzend bewährt. Sie ist gesichert. Vollständig zusammengebrochen ist die Zensur und der Belagerungszustand. Die Erfahrungen beweisen in allen Ländern, daß man mit Stimmungsmache keinen Krieg gewinnen kann. Man kann Meinungen nicht unterdrücken. Was öffentlich nicht gesagt werden darf, das flüchtet sich zwischen die Zeilen. Ich mißbillige durchaus die Behandlung der extremen Richtungen auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken. Wir können gegen Bestrebungen, die wir bekämpfen, nicht nur offen heraussagen, was wir aussprechen möchten, weil wir fürchten müssen, dadurch den Anlaß zu behördlichem Vorgehen zu geben. Wir verurteilen das Eingreifen der behördlichen Gewalten in den Kampf der Geister. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der mehr als siebzigjährige Schriftsteller Dr. Franz Mehring befindet sich seit längerer Zeit in militärischer Schutzhaft. Er wird unter Umständen gefangen gehalten, wie sie beispielsweise gefangenen feindlichen Offizieren unmöglich wäre. (Hört, hört!) Die Wühlarbeit der extremen Rechten ist allerdings viel gefährlicher als die Tätigkeit der äußersten Linken. Dort ist ja die Macht. Diese Wühlarbeit soll man nicht im Dunkeln ersterben lassen; ans Licht gezogen verliert sie viel von ihrer

MARCHIVUM

Gefühlsichkeit. Was von jener Seite geleistet wird, dafür ein Beispiel. Ein Admiral a. D. erhebt in einem Schreiben an den Fürsten Salm-Horstmar den Vorwurf, der Reichskanzler verhindere absichtlich den Sieg Deutschlands, weil er den Sieg nicht wolle, und greife in militärische Maßnahmen ein, damit sie nicht zum Nachteil eines bestimmten Gegners ausschlügen. (Lachen.) In einer Immediateingabe des Fürsten an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts heißt es, daß der Krieg schon längst siegreich beendet sein würde, wenn . . . na, Sie wissen schon. Und diese Eingabe ist auch von dem Dr. Wildgrube, dem Kandidaten der Konservativen in Oschatz, unterzeichnet. (Hört, hört! links.) Wer den Kampf so führt, hält sich selbst für die Blüte der Nation. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle diese Schriften die Angst vor dem Heraufziehen der Demokratie. Es heißt dort immer: Hinter uns steht das deutsche Volk! Aber um Gottes willen soll das deutsche Volk keinen Einfluß auf seine Geschicke haben. (Sehr gut! links.)

Bei allen den vielen Kriegserklärungen hat man die Kriegserklärung vergessen, die die Fronde gegen den Reichskanzler beschloß, als dieser das Wort von der Neuorientierung sprach. Sie geht aber aus der ganzen Literatur deutlich hervor. Der Fürst Salm-Horstmar hat an den Kaiser selbst geschrieben, als überzeugter Anhänger des monarchischen Gedankens und der Einrichtung eines starken Königtums wolle er auf die heraufziehende Gefahr einer Schattenmonarchie hinweisen, denn dazu müßte die Würde des Deutschen Kaisers herabsinken, wenn die parlamentarische Regierungsform in Deutschland Einzug gehalten hätte. (Hört, hört, links.) Das sind die Patrioten, die staatserhaltenden Elemente. Eine dünne Gesellschaftsschicht maßt sich an, über die Schicksale des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit allein zu bestimmen. Zur Erreichung ihres Zieles schrecken sie vor keinem Mittel zurück. Alles ist ihnen recht, um die Erfüllung der Versprechungen zu verhindern und der Freiheit, die kommen muß, mögen jene Versprechungen gehalten werden oder nicht, den Weg zu versperren. (Sehr richtig! links.) Was sich da entwickelt, ist ein Chaos, eine Ochlokratie. Dazu rechne ich auch alle diese unabhängigen Volks- und sonstigen Ausschüsse.

Gegen dieses Treiben gibt es nur ein Mittel: wirkliche Ordnung, wie sie heutzutage nur die Demokratie verbürgt. Für die Schaffung solcher Ordnung ist der Deutsche Reichstag, die einzig wahre deutsche Volksvertretung, dem deutschen Volke verantwortlich. Jene Leute wollen einfach Klassenherrschaft der oberen Zehntausend, sie führen den Klassenkampf von oben, während das Volk für den Sieg auf den Schlachtfeldern blutet und zu Hause darbt. Mögen jene Kreise den Reichskanzler stürzen, wenn sie es können: der Streit um Deutschlands Zukunft muß hier entschieden werden, nicht in den Kellern, wo jene Geheimschriften gedruckt werden, und nicht in den Winkeln jener gewiß sehr vornehmen Lokale, wo getuschelt und intrigiert wird. Wir kämpfen nicht für diesen oder jenen Reichskanzler, wir kämpfen für unsere Ueberzeugung, für das, was nach unserer Ueberzeugung dem Wohle des ganzen Volkes dient. Die Reichspolitik muß eine der beiden Richtungen steuern, die in der Oeffentlichkeit miteinander streiten. Die Zeit der mittleren Linie ist vorbei, der Zickzackkurs ist gefährlich. Klare Richtlinien der inneren und äußeren Politik sind notwendig, wenn es um Tod und Leben geht. Deshalb wünschen wir uns eine Regierung, die alle Kräfte der Verteidigung organisiert, aber unablässig auf den Frieden hinarbeitet. Eine solche Regierung festigt im Volke das Vertrauen, daß es nur für seine eigene Sache kämpft. Der Sieg muß dem Volke nicht nur so viel Brot geben, wie da ist, sondern auch so viel Rechte, wie ein Volk nur irgend haben kann.

Beim Brote zwingt uns die Not, sparsam zu sein, mit Rechten braucht man nicht zu geizen. Eine solche Regierung würde uns einen ehrenvollen Frieden sichern. Wir fordern deshalb, Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes, Herstellung voller Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller in Sicherheitshaft befindlichen Deutschen, Amnestie für alle politischen Verurteilten, Heranziehung der Volksvertretung zu den verantwortlichen Geschäften des Reiches, Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für Staat und Gemeinden. Wir brauchen das alles zur Organisierung der nationalen Verteidigung bis zum äußersten und allerletzten. (Beifall.) Dann weiß das Ausland, daß es einer wirklichen Volksregierung gegenübersteht, durch deren Mund das ganze Volk zu ihm spricht, weiß, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen, der kein Volk vergewaltigt, weiß aber auch, daß das deutsche Volk bereit ist, sein Gebiet und die Stellung, die es vor dem Kriege bei den Völkern eingenommen hat, zu verteidigen bis zum letzten Bissen Brot und bis zum letzten Tropfen Blut. (Lebhafter Beifall.) Ein solches Volk ist unüberwindlich, kein Feind wird glauben, es zerschmettern zu können. Beschämen Sie das parlamentarische England und das republikanische Frankreich durch die Rechte, die sie mitten im Kriege dem deutschen Volke einräumen. Das Reich ist stark genug, seinen Bürgern jede Freiheit zu geben, und es wird sie nicht mißbrauchen! Unser Volk ist zu Leistungen und höchsten Opfern fähig wie vielleicht kein anderes Volk der Welt. Oeffnen Sie seine verborgenen Schatzkammern, holen Sie das Höchste und Letzte heraus, dann erst haben Sie Ihre Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes ganz getan. Für ein Reich des gleichen Rechts kämpfen wir, für das, was Deutschland werden soll, bluten draußen unsere Söhne und Brüder, kämpfen wir alle, draußen und daheim, ein Volk, ein Ziel: Friede und Freiheit. (Beifall.)

Abg. **Gossermann** (Natl.): Nachdem wir uns in den Beratungen des Ausschusses bemüht haben, Aufklärung zu erlangen, soll in der heutigen Aussprache Antwort gegeben werden auf die Darlegungen des Reichskanzlers und seine Rede vom 9. September. Der Reichskanzler hat die erfolgreiche Abwehr aller feindlichen Angriffe, die Durchkreuzung der feindlichen Absichten und das Scheitern der feindlichen Pläne festgestellt. Das Ausland hat die Rede des Reichskanzlers so ausgelegt, als ob Deutschland nun einsehe, daß es nur noch darum sich handelt, seine Existenz zu retten. Eine solche Deutung verträgt sich weder mit dem Wortlaut, noch mit dem Sinne der Kanzlerrede. Die Franzosen feiern Verdun als ihren Sieg und täuschen sich über die enormen Verluste, die sie dort erlitten haben und daß Frankreich den größten Teil seiner Armee dort einsetzen mußte, der dann für andere Zwecke nicht verwendbar war. Unsere Truppen wehren sich an der Somme wunderbar gegen feindliche, durch Uebermacht getragene Angriffe und stehen in dem furchtbarsten Trommel- und Sperrfeuer, alle beseelt nur von dem einen Gedanken der Verteidigung des Vaterlandes. Im Osten haben wir es freudigen Herzens erleben können, daß unter der bewährten Führung Marwitzens und Linsingens die Russen aufgehalten wurden. (Beifall.) Unsere Feinde behaupten, daß uns das Gesetz der Kriegführung von ihnen auferlegt sei, daß wir in die Defensive gedrängt seien. Im gleichen Augenblick erleben wir jauchzend, wie der deutsche Offensivgeist im Kriege gegen Rumänien, in Siebenbürgen, in der Dobrudscha und in den Donaukämpfen seine Erfolge feiert. (Beifall.)

Wir vertrauen der Kriegskunst unserer Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, daß es gelingen wird, auch im Südosten der europäischen Kriegsschauplätze aus der defensiven Stellung wieder offensiv zu werden. Mit Stolz dürfen wir auf die Erfolge unserer Flotte hinweisen, auf den Seesieg vom Skagerrak und die glänzende Führung der Admirale Hipper und Scheer. (Beifall.) In diesen Taten unserer Flotte, der Führung unserer Seeoffiziere, der Leistung unserer todesmutigen Mannschaft erkennen wir den Geist des Großmeisters der deutschen Flotte, des Großadmirals v. Tirpitz (Beifall), dessen jahrelanger Tätigkeit an der Spitze der Marine wir das verdanken. Auch wir begrüßen die Erfolge unserer Unterseeboote im Eismeer und im Atlantischen Ozean, von denen uns diese Tage melden, und wir beglückwünschen unsere Marine zu diesen neuen Erfolgen deutschen Soldatengeistes. (Beifall.) Wir sind getragen von der Ueberzeugung, daß die deutsche Disziplin die Führer der U-Boote in jenen Gebieten innerhalb ihrer Instruktion hat verfahren lassen, so daß ein Grund zur Beschwerde gegen diese Kriegführung nicht vorliegt. Auch wir erkennen den großen Ernst der Sachlage an, aber wir verbinden damit den Ausdruck der Ueberzeugung, daß der Kriegswille unseres Heeres, unserer Flotte und unseres Volkes ungebrochen ist, und wir vertrauen rückhaltlos unserer in dem Namen Hindenburg verkörperten Heeresleitung. So sehen wir voll Zuversicht den Waffentaten des dritten Kriegsjahres entgegen, in dem festen Willen, den Krieg siegreich zu beenden, frei von allem Pessimismus, der angesichts der bisherigen Entwicklung kein Recht auf Existenz in deutschen Landen hat, in Anbetracht der heldenmütigen Leistungen unserer Armee.

Aus der Rede des Reichskanzlers haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Gegensätze, die zu diesem Krieg geführt haben und die in diesem Krieg vorherrschen, ungeschwächt fortdauern; wenn man feindliche Aeußerungen ins Auge faßt, könnte man sagen: eine Verschärfung erfahren. Diese Tatsache weist uns auf eine längere Kriegsdauer hin, auf die wir uns einrichten müssen. Der untere dem Einflusse Briands stehende „Matin" schreibt: Deutschland muß für immer unschädlich gemacht werden, es ist ein reißendes Tier, das niedergeschlagen werden muß. Wir hören, daß Deutschland nach Wiederherstellung des Friedens unter Vormundschaft gestellt werden soll. Aus dem Munde des Chefs des britischen Generalstabs, Robertson, entnehmen wir: Das Ende ist noch nicht gekommen, wir müssen darauf gefaßt sein, für eine Zeitperiode, deren Länge sich noch nicht abschätzen läßt, mit dem Krieg fortzufahren. Kampf bis ans Ende ist die Losung, und der Kriegsminister Lloyd George hat in einem Interview jede Einmischung eines Neutralen schroff zurückgewiesen.

In vollem Umfange billigen wir den Ausspruch des Reichskanzlers, daß wir heute Friedensangebote nicht machen können, nachdem unsere Gegner einen baldigen Frieden als eine Erniedrigung, jeden Gedanken an Frieden als eine Herausforderung und Schmach bezeichnen. Die wiederholten Erklärungen der Friedensbereitschaft haben dem Reichskanzler Lob aus feindlichem Munde nicht eingetragen, sondern vielfach Spott und schroffe Zurückweisung, und die Aeußerung, daß wir am Ende unserer Kraft sind. Ist das so, dann ist in der Tat der Standpunkt des Reichskanzlers in vollem Umfange zu billigen, und ich meine auch, daß wenn im Lande Friedensagitationen einsetzen, wenn man mit Petitionen von Haus zu Haus geht, daß solche Tätigkeit uns dem Frieden nicht näher bringt, weil sie im Ausland als ein Zeichen der deutschen Erschöpfung aufgefaßt wird und damit den Kriegswillen des Auslandes nur stärkt. (Beifall). Den Frieden werden wir nur vom besiegten Feind erhalten. Soweit sind wir noch nicht. Von der Energie unserer Heeresleitung erwarten wir, daß alles geschieht, um unsere Kriegsmittel aller Art imstande zu halten und zu mehren. Alle Mittel zur energischen Durchführung des Krieges, mögen sie Opfer auf dem Gebiet der Materialbeschaffung oder auf dem der Beschaffung des ständig wachsenden Munitionsbedarfs, wie er sich besonders an der Somme herausgestellt hat, darstellen, wird der Reichstag und das deutsche Volk selbstverständlich für die Heeresleitung bewilligen.

Die Auslandsstimmen vom Durchhalten kann man nicht einfach als Lug und Trug einschätzen. Neutrale Mitteilungen über den Kriegswillen in England gehen übereinstimmend dahin, daß er stärkere ist, als er je zuvor war, und daß das Ziel der Vernichtung Deutschlands heute Gemeingut der englischen Nation geworden ist. In Frankreich steht trotz der kolossalen Verluste an Menschen und obwohl die Formationen nicht mehr aufgefüllt werden können, der Kriegs- und Siegeswille weiter im Bann der Briandschen Politik.

Gegenüber dem Vorredner, der erneut jeden Annexionsgedanken abgelehnt hat, möchte ich hervorheben, daß der Reichskanzler nach seiner letzten Rede einen festen und dauerhaften Frieden erstrebt, der Deutschland für alle Zeit gegen jeden Angriff schützt. Das ist in anderer Umschreibung die Wiederholung der Ziele, die er erstmals in seiner Rede vom 28. Mai 1915 aussprach, worin er von den notwendigen Garantien und Sicherheiten redete, die geschafft und erkämpft werden müssen, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen würde, Gedankengänge, die er in späteren Reden näher darlegte. Diese klaren Ausführungen können nicht die Auslegung finden, die wir aus sozialdemokratischem Munde gelesen haben, wonach dieser Reichskanzler keinerlei Eroberungen will. Gegen eine solche Auslegung der Kanzlerrede müssen wir doch Verwahrung einlegen. (Sehr richtig!)

Es liegt ein gewisses System darin, den Reichskanzler dem Volk darzustellen, als ob er im Banne der Pazifisten und der ausgesprochenen Nichtannexionisten stände, was mit seinen Reden im Reichstag in keiner Weise vereinbar ist. Ich möchte unterstreichen, was er über England und seine Kriegsziele gesagt hat: „Unser Leben als Nation soll zerstört werden. Militärisch wehrlos, wirtschaftlich zerschmettert und boykottiert, von aller Welt zu dauernbem Siechtum verurteilt, so sieht das Deutschland aus, das England sich zu Füßen legen will. Auf dem ohnmächtigen Deutschland soll der Traum englischer Weltherrschaft verwirklicht werden. Darum ist England vor allem unser selbstsüchtigster, hartnäckigster und erbittertster Feind."

Damit ist wohl nach manchen Schwankungen doch ein fester Standpunkt, ein Boden gewonnen, auf dem auch wir heute stehen, und der sich mit den Stimmungen, die wir allseitig im Lande finden, durchaus deckt. Auch hier sieht man eine andere Interpretation. Mit Staunen habe ich gelesen, daß man die Kanzlerrede als eine Orientierung unserer Politik nach Westen, nach der Seite der Kultur, der Industriepolitik und der Handelsbeziehungen fassen will. Das kann man aus der Rede beim besten Willen nicht herauslesen. Die Ueberzeugung, daß wir in England den Hauptfeind erblicken müssen, hat sich mit elementarer Folgerichtigkeit in unserem Volke durchgesetzt. In England dient dem politischen Gedanken der Weltherrschaft alles. Es ist ein weltumspannender Krieg. England führt einen Krieg, der sich schließlich nicht auf die Kriegführung gegen Deutschland beschränkt. Es legt seine schwere Hand infolge der durch die französischen Verluste bedingten Verlängerung seiner Front in Frankreich immer mehr auf französisches Gebiet und behält sich damit die Beherrschung der Kanalküste auch auf der französischen Seite für die Zukunft vor.

Portugal liegt unter englischen Kanonen. In jeder Stunde kann dies Land unter die Botmäßigkeit Englands kommen. England ist willens, diesen Krieg bis zum letzten Ende durchzuführen, bis zum letzten Mann sein Blut zu lassen und den letzten Groschen in die Taschen seiner Bundesgenossen fließen zu lassen. Für die Stimmung in Deutschland gegenüber England darf ich auf Kundgebungen aus den Hansestädten hinweisen, in denen aufgefordert wird, England niederzuringen, in der klaren Erkenntnis, daß England unser Feind ist. Das ist charakteristisch, weil es die Kreise sind, die am meisten unter dem Krieg und unter dem Abbruch der Beziehungen zu England leiden, wie zum Beispiel die Hamburgischen Reeder. Gerade im Kreise dieser Patrioten findet der energische Kriegswille gegen unseren Hauptfeind England Nahrung. In der Niederkämpfung Englands empfinden wir das Hauptziel. Wir freuen uns, daß dieser Gedanke in den Ausführungen des Reichskanzlers seinen Ausdruck gefunden hat.

Bei seinen Ausführungen über Rußland hat der Reichskanzler sich bemüht, die Legende zu zerstören, daß wir uns in die russischen inneren Verhältnisse einmischen wollen. Diese Feststellung war ja wohl notwendig, nachdem er in der Rede vom 15. April 1916 von der Befreiung der Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen, vom Regiment des reaktionären Rußlands gesprochen hat. Wir teilen den Standpunkt, daß ausschließlich deutsche Interessen für unsere Beziehungen auch gegenüber Rußland maßgebend sein müssen, und daß es uns als Deutsche vollständig gleichgültig sein kann, ob dies Rußland reaktionär oder freiheitlich regiert wird. Niemand sollte die Größe der russischen Gefahr für die Zukunft verkennen, aber sie tritt hinter Englands Todfeindschaft, die uns den Lebensnerv abschneiden will, zurück. Die Bemerkung des Vorredners, daß die Politik die Kriegsführung bestimmen müsse und die Reichsleitung sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen dürfe, ist ein durchaus wichtiger Grundsatz, der in diesem Weltkriege unbedingt Geltung haben muß. In einem Weltkrieg, in einem Koalitionskrieg, der die Verhältnisse der Völker untereinander so unendlich kompliziert und so viele Kriegsschauplätze zeitigt, wird es notwendig sein, der Kriegsleitung das große Ziel, das erreicht werden soll, in seinen Umrissen anzuzeigen. Das wird auf die Kriegführung selbst Einfluß haben.

Der Kanzler sprach vom Kriegswillen, und daß ein deutscher Staatsmann, der sich scheute, gegen England jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Mittel anzuwenden, gehängt zu werden verdiente. Der starke Ausdruck ist als Protest gegen den Vorwurf gebraucht, daß sich die Haltung des Reichskanzlers aus Zusammenhängen erklären lasse, die das Licht des Tages scheuen. Die Feststellung des Reichskanzlers deckt sich mit unserer Auffassung. 27 Monate dauert dieser furchtbare Krieg. Er kann nur durch die größte Energie, dem schärfsten Kriegs- und Siegeswillen beendet werden. Der Zweck des Krieges ist die höchste Schädigung, ist die Vernichtung des Feindes. Wir erwarten, daß alle Mittel, die uns Erfindungsgeist, Genie und Industrie zur Verfügung stellen, schonungslos und nicht beengt durch falsche Humanität gegen unsere Feinde zur Anwendung gebracht werden (lebh. Beifall) und daß jedes taugliche, den Krieg abkürzende Mittel gegen England zur Anwendung kommt. Mit Genugtuung begrüße ich, daß der Reichskanzler das feierlich und klar ausgesprochen hat. Einmütig sind wir der Ueberzeugung, daß, wenn der Krieg so geführt wird, damit der Krieg wirklich abgekürzt wird und wir dem Frieden und dem Siege näherkommen. (Lebh. Sehr richtig!) Die Ernährungsfragen spielen gewiß als Kriegsmittel eine Rolle. Wenn wir durchhalten und siegen wollen, ist eine ausreichende Ernährung unseres Volkes notwendig. Für die Vorbereitung auf einen Wirtschaftskrieg kündigte sich das Problem doch wohl schon vor dem Krieg in seinen Umrissen an. Es fehlte für die Vorbereitung an einem wirtschaftlichem Generalstab.

Der Abgeordnete Scheidemann ist auf die Angriffe gegen den Reichskanzler und auf die Neuorientierung der deutschen Politik eingegangen. Es sind Angriffe gegen den Reichskanzler von verschiedenen Seiten gerichtet worden und es kann ja wohl niemand leugnen, daß sie zum Teil im Auslande den Eindruck erweckt haben, daß es mit der Einigkeit bei uns zu Ende wäre. Man hat darauf weitgehende Hoffnungen im Auslande gebaut — mit Unrecht: trotz aller Meinungsverschiedenheiten ist in unserem Volk der feste Wille unvermindert, den Krieg siegreich zu Ende zu führen (sehr richtig!) und mehr wie je hat sich die Ueberzeugung durchgerungen, daß wir siegen müssen, wenn wir nicht untergehen wollen. Namens meiner Freunde sage ich: den Ton, mit dem vielfach in den anonymen Schriften gearbeitet wird, die Ausfälle, die die persönliche und politische Integrität des Reichskanzlers antasten, die ihm andere als lediglich sachliche Beweggründe unterschieben, die seinen guten Willen angezweifelt, mißbilligen wir selbstverständlich. Ebenso fern liegt es uns, Denkschriften, Briefe und dergleichen zu billigen, in denen wahre und falsche Tatsachen gemischt vorgebracht werden, die von nicht genügend orientierter Seite auf Grund zugetragener unverbürgter Mitteilungen, die vielfach im Volke falsche Meinungen hervorrufen: auch die geben wir ohne weiteres preis.

Aber zu den Personen, die in Frage kommen, ein Wort: unter denen, die als „Kanzlerfronde" bezeichnet werden, befinden sich wertvollste Teile unseres Volkes, Angehörige deutscher gelehrter Berufe, Leute aus Industrie und Handel, Leute, die nach Vergangenheit und Charakter turmhoch über dem Verdacht stehen, daß sie aus anderen als rein vaterländischen Gründen vorgehen (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), denen es fern liegt, aus Eigennutz oder aus materiellen Interessen den Kampf zu führen oder aus Lust an der Intrige oder weil sie die Entwicklung unserer innern Politik fürchten, die der Kanzler angekündigt hat. Auch diese Männer kämpfen für ihre Ueberzeugung und sind erfüllt von dem Gedanken, daß die Fragen, zu denen sie sich äußern, überhaupt die Fragen sind, von deren Lösung die Entscheidung über Leben und Tod Deutschlands abhängt. Ich will nicht Namen nennen, ich könnte hinweisen auf Admiral Knorr, auf die Herren Körting, Kirdorf und andere, die turmhoch über diesem Verdacht stehen. Die Leute, die mit Professor Schäfer den Unabhängigen Ausschuß ins Leben gerufen haben, und auch die bayerische Bewegung, bei der sich in zum Teil sehr erregten Verhandlungen Angehörige aller Parteien zusammengefunden haben, kann man nicht mit einer leichten Handbewegung abtun. (Sehr richtig! bei den Natl.)

Ich treffe mich aber mit Herrn Scheidemann darin, daß, wenn die Behauptung richtig ist, es sei eine Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Verbreitung unbewiesener Behauptungen, durch Schmähschriften und anonyme Machenschaften vorhanden, der Herr Reichskanzler das Mittel in der Hand hat, hier Wandel zu schaffen. Der Zustand, der heute besteht, hat sich aus der politischen Zensur entwickelt, deren Beseitigung wir fordern. (Sehr richtig! bei den Nl.) Einem intelligenten Volk mit allgemeiner Wehrpflicht und dem Reichstagswahlrecht kann man in einer Zeit, in der es wörtlich ums Ganze geht, den Mund nicht verbinden. (Erneute Zustimmungen bei den Nationalliberalen.) Man kann von unserer Intelligenz, von unseren Politikern draußen im Lande nicht verlangen, daß sie schlechtweg auf den Boden des beschränkten Untertanenverstandes treten, sie werden sich Kritik und Aeußerungen nicht versagen lassen. Aus der Hinderung der öffentlichen Meinungsäußerung entsteht der heute von uns allen beklagte Zustand. Während aber der Reichskanzler sich selbst wiederholt für die Milderung der politischen Zensur ausgesprochen hat, mußte die Vertreterversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse am 24. September in Berlin erklären, daß teilweise sogar eine Verschärfung eingetreten sei (Hört, hört!), was diese Herren von der Presse aller Parteien nicht ohne genaue Kenntnis und ohne unzweifelhafte Beweise getan haben werden.

Wenn also der Reichskanzler in seiner letzten Rede wieder von dunklen Machenschaften gesprochen hat, so möge er doch von dem Mittel der Aufhebung der politischen Zensur Gebrauch machen. Wir sind überzeugt, daß dies eine Gesundung der politischen Entwicklung herbeiführen wird und daß viele, die heute mit verstecktem Visier kämpfen, dann offen ihre Meinung zum Ausdruck bringen werden. (Sehr richtig!) Wenn gesagt wird, daß die Autorität des Reichskanzlers gegen versteckte Angriffe geschützt werden muß, dann erheben wir auch Einspruch gegen die Angriffe auf den hochverdienten Großadmiral v. Tirpitz (Zustimmung), die geeignet sind, die Vertrauenswürdigkeit und die Wahrheitsliebe dieses hochverehrten Mannes zu bezweifeln. Wir verehren in dem Großadmiral v. Tirpitz den Mann, dessen Name mit unvergänglichen Lettern in die deutsche Geschichte eingezeichnet ist, den Mann, der es als Organisator unserer Flotte verstanden hat, unser ganzes Marinekriegsvolk mit dem Geiste zu erfüllen, daß wir sehen, wie mit einem Hoch auf den Kaiser auf den Lippen unsere Braven draußen auf den Meeresgrund sinken. (Lebhafter Beifall.) Es müßten also auch diese Angriffe gegen Herrn v. Tirpitz unterbleiben.

Darin hat Abgeordneter Scheidemann recht: wer den Reichskanzler bekämpft, weil er die von ihm proklamierte Politik der Neuorientierung nach dem Kriege für verderblich und verfehlt hält, der möge das mit offenem Visier tun. Man möge, wenn man die Neuorientierung nicht will, das klar und deutlich sagen. Meine politischen Freunde stehen durchweg auf dem Boden, daß wir in manchen Dingen eine Neuorientierung unserer Politik wünschen. (Sehr richtig! bei den Natl.) Dieses Volk, das sich so wunderbar in diesem Kriege bewährt hat, wird nach dem Kriege mit Recht die Beseitigung veralteter Schranken und die Erweiterung seiner Rechte fordern dürfen und daraus ergibt sich für uns als liberale Partei ohne weiteres auch der Satz, daß, soweit nationalliberale

MARCHIVUM

Kreise in Opposition gegen den Reichskanzler stehen, Gründe der inneren Politik und der Neuorientierung vollständig ausscheiden. (Sehr richtig! bei den Natl.) Es war richtig, daß der Reichskanzler bei der Neuorientierung auf die gewaltigen unzerstörbaren Fundamente hinwies, auf denen unser Haus aufgebaut ist.

Man darf die Neuorientierung nicht in dem Sinne auffassen, daß alles Alte einzureißen und nach neuen Prinzipien aufzubauen wäre. Daß sich vor dem Kriege die bürgerlichen Parteien in den großen Fragen der Wehrmacht geeinigt und mit diesen imposanten Mehrheiten die letzten Militärvorlagen bewilligt haben, daß wir bei der Kostendeckung auch die Unterstützung der Sozialdemokratie fanden, ist gewiß eine durchaus erfreuliche Entwicklung gewesen, die unsere Erfolge im Weltkrieg mit vorbereiten half, das ist der vielgeschmähte Militarismus, den unsere Feinde zerschlagen wollen: es war die Erkenntnis unseres Volkes, daß wir einer Weltkatastrophe entgegentreiben und gegen diese Deutschland rüsten müssen. (Sehr richtig!) Aber auch wirtschaftlich haben wir die Fundamente gebaut, auf denen wir den Krieg gewinnen: die Schutzzollpolitik, die unsere Landwirtschaft zu diesen Leistungen befähigte, die uns allein ermöglicht haben, mit der Ernährung durchzukommen und den Krieg zu führen. (Sehr richtig!)

Unter richtigem Schutz hat sich unsere Industrie glänzend entwickelt, so daß sie den Stürmen des Krieges gewachsen war und die Umstellung mit Genialität und Energie bewirken konnte, die uns allein ermöglicht, in der Munitionserzeugung der ganzen Welt die Stange zu halten. Gerade die Unabhängigkeit der kühnen deutschen Privatindustrie, die nur eingeengt war durch die absolut notwendigen Schranken der deutschen Sozialpolitik, hat diesen Aufschwung ermöglicht. Die Einigkeit, mit der wir in den Krieg gezogen sind, war die Folge der vom Fürsten Bismarck begonnenen Sozialpolitik, die zuerst bekämpft wurde und dann nach und nach Gemeingut aller politischen Parteien geworden ist. Ihre energischen Wirkungen haben mit dazu beigetragen, daß die Liebe zum Vaterlande und der Drang, mit dabei zu sein und das Beste herzugeben fürs Vaterland, in der deutschen Arbeiterschaft erblüht sind. An der Sozialpolitik werden wir auch nach dem Kriege festhalten und hier weiterbauen, was so verständnisvoll und erfolgreich begonnen wurde.

Der Handel hat während des Krieges viele Einschränkungen und zum Teil eine völlige Ausschaltung erfahren. In formalen Zeiten aber kann der freie Handel weitaus am besten den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht werden. Wir müssen ihn daher nach Beendigung des Krieges wieder in seine früheren Rechte einsetzen. In der Frage der Neuorientierung ist die nationalliberale Fraktion mit unseren Freunden im Lande durchaus einig. Das geht auch aus unseren Anträgen hervor. Die Neuorientierung erfordert nicht bloß Reformen im Reiche, sondern auch in den Bundesstaaten, vor allem in dem größten Bundesstaate, wobei wir es unseren Freunden dort überlassen, wie sie vorgehen wollen. Ich erinnere nur an die Rede Friedbergs bei seinem Parlamentsjubiläum. Der Reichskanzler hat die Grenzen der Neuorientierung nicht näher umschrieben, aber seine Forderung „Freie Bahn für alle Tüchtigen" haben wir im Reichstage Jahr für Jahr erhoben. In einer Zeit, wo wir die Besten bluten sehen, wo wir so unendliche Verluste an deutscher Jugend und Manneskraft erleiden, ist diese Forderung doppelt wichtig, wenn wir die Schäden wieder ausbessern wollen, die der Krieg herbeigeführt hat. Hier müssen wie alle Schichten des deutschen Volkes heranziehen, alle bureaukratischen und konfessionellen Schranken müssen fallen.

Vorurteilslos müssen wir den Arbeiter, auch die Sozialdemokratie berücksichtigen. Möge es unserer Regierung nicht an Kraft fehlen, den Widerständen zu begegnen, die zweifellos eintreten. (Beifall.) Manche Wünsche aus dem Lande konnten wir allerdings nicht berücksichtigen aus Gründen, die zwingender und wichtiger als die innere Politik sind. Je länger der Krieg dauert, um so notwendiger ist die Einigkeit und Geschlossenheit unseres Volkes. Sie besteht, das zeigt das glänzende Ergebnis der letzten Kriegsanleihe. Die silbernen Kugeln rollen in Deutschland. Der Erfolg ist um so größer, als man durch mancherlei Gerüchte, auch durch Auslandsemissäre, versucht hat, die Stimmung im Lande zu trüben. Mit Recht können wir auf das glänzende Ergebnis der deutschen Finanzpolitik in diesem Kriege hinweisen. Einigkeit und Geschlossenheit unseres Volkes — fürwahr, dieser Gedanke, den jeder Patriot im Herzen trägt, ist er nicht berechtigt, wenn wir an unser siegreiches Heer denken, an unsere stahlharten Helden, die jeden Fußbreit Landes gegen feindliche Uebermacht mit Trommelfeuer verteidigen, die im Sturm ihr kostbares Leben einsetzen, wenn wir denken an unsere siegreiche Flotte, und schließlich, daß unsere oberste Kriegsleitung in den Händen eines Hindenburg liegt. Das sind Faktoren, die uns zuversichtlich und siegesbewußt der Zukunft ins Auge sehen lassen. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Naumann** (Freis. Vp.): Mit Freuden haben wir alle von dem gemeinsamen Vorgehen der deutschen und der österreichischen Truppen in Siebenbürgen gehört. Es erfüllt uns mit besonderer Genugtuung, daß die deutschen Städte Hermannstadt und Kronstadt unter der Führung Falkenhayns von Soldaten aus der alten deutschen Heimat befreit worden sind. Oft klagte man früher in Oesterreich, die Heimat kümmere sich zu wenig um die Deutschen dort. Jetzt greift die Hilfe der Heimat bis nach Siebenbürgen hinüber. Aber nicht wir allein als Reichsdeutsche, österreichische Deutsche und ungarische Deutsche kämpfen zusammen, wir müssen auch der anderen Bundesgenossen gedenken, mit denen wir jetzt gemeinsam den langen, zähen und großen Widerstandskampf gegen die Umkreisung durchkämpfen. Mit Bewunderung schauen wir, wie die Türken unter osmanischer Führung, nachdem so viele Jahrzehnte die Großmächte in Konstantinopel beieinander sahen, als hätten sie bereits über einen Teilkranken untereinander zu beschließen, auf fünf, sechs oder sieben Kriegsschauplätzen in Asien, an der afrikanischen Grenze, bei Saloniki und in Galizien ihren Mann stehen, mit der militärischen Tüchtigkeit und Treue, die schon seit Jahrhunderten ihre Auszeichnung gewesen ist. (Beifall.) Wir schauen, wie die Bulgaren, nachdem sie schon zwei Kriege hinter sich haben und einen Teil ihres Volkes in früheren notwendigen Kämpfen schon verloren haben, nun mit einer absoluten Energie in Nord und Süd in diesen Kampf erfolgreich eingetreten sind. Wir freuen uns ihrer Erfolge, als ob es die unsrigen wären. (Beifall.)

Wir haben alle Ursache, anzuerkennen, daß im Anfang des Krieges die österreichische und ungarische Waffenmacht den allergrößten und gewaltigsten Anstürmen der russischen Menge in Südpolen und an der galizischen Grenze auszuhalten hatte. Wer etwa da und dort glaubt, zu einem Worte der Kritik berechtigt zu sein, vergißt viel zu sehr, welche erste große Belastung im Kriege gerade die österreichischen und ungarischen Truppen in einer Zeit auf sich genommen haben, wo der russische Kolaß noch ungebrochen in seiner ganzen Gewalt entgegengerollt ist. Und wie wir unserer Helden von der Somme gedenken, so auch der Helden an der Isonzofront, die nach der siebenten Schlacht nicht ermattet sind und jetzt in die achte hineingehen. Wir freuen uns über den weisen Entschluß des Kaisers Franz Joseph, in Harmonie mit dem Deutschen Kaiser den Oberbefehl an der Ostgrenze zu vereinheitlichen. Wir haben dort bereits Formen der gemeinschaftlichen Entwicklung, Lebensformen für das Zusammenarbeiten im Kriege, bei denen wir uns als Brüder und Kriegsgenossen fühlen. Die Lebensgemeinschaft der mitteleuropäischen Waffenbrüder und Kampfgenossen ist heute noch nicht Gegenstand parlamentarischer Erörterungen, aber protestieren müssen wir schon heute gegen die Auffassung auf der Pariser Wirtschaftskonferenz, als ob schon der engere wirtschaftliche Zusammenschluß von Deutschland und Oesterreich-Ungarn einen Angriff auf die freie Entwicklung des Welthandels nach dem Kriege böte.

Wir wollen uns nicht nach dem Kriege gegen die Außenwelt abschließen. Wer so wie die Gemeinschaft der mitteleuropäischen Nationen als großer Käufer und Verkäufer auf dem Weltmarkt auftreten muß, der muß auch versuchen, so bald wie möglich wieder in die Weltwirtschaft unter geordneten Bedingungen einzutreten. Wir wollen weder auf wirtschaftlichem noch auf kulturellem Gebiet ewige Scheidewände aufrichten. Nach dem Kriege muß wieder eine Zeit des gemeinsamen Lebens der Nationen kommen. Es ist notwendig, daß die kommende Gemeinschaft zwischen Deutschland und seinen näheren Bundesgenossen vor einem späteren allgemeinen Friedensschluß vorbereitend geregelt wird. Dazu zwingt uns schon die Erinnerung an den Wiener Kongreß. Heute beschäftigt uns aber nur die gemeinschaftliche Gesinnung, wie sie in den verschiedenen Begrüßungen zum Ausdruck gekommen ist. Die deutschen Abgeordneten sind in der Türkei mit herzlicher Wärme empfangen worden und haben uns berichtet von dem, was sie dort an Eifer und Treue, an Hingebung und Freundschaft gefunden haben. Eine Anzahl von uns war in Bulgarien. Wir können nicht genug rühmen, welches Entgegenkommen wir beim Zaren und seiner Regierung wie insbesondere bei der gesamten bulgarischen Bevölkerung gefunden haben. In Budapest hat sich das alte Gefühl der Zusammengehörigkeit wieder befestigt. Wir erfuhren, wie notwendig es ist, daß diejenigen, die miteinander in die gleiche geschichtliche Gefahr und Zukunft hineingehen, sich auch untereinander noch mehr und noch besser kennenlernen müssen als bisher.

Vor dem Kriege ist unser Blick einseitig nach dem Westen gerichtet gewesen. Wir haben für das stolze Eigengefühl, zu dem die Ungarn berechtigt sind, und für die Ziele aller aufstrebenden Nationen und Völker bisher zu wenig Aufmerksamkeit gehabt. Auch die Westslawen begegnen bei uns leider vielfach noch nicht dem notwendigen Verständnis. Die Polen gehören im Gegensatz zu den Russen zur westlichen Kulturgemeinschaft, das zeigt schon ihre Religion. Wir müssen den kleinen Völkern gegenüber das zu sein uns bestreben, was England bisher angeblich sein wollte, jetzt, seit der Behandlung Griechenlands, wird es das allerdings nicht mehr behaupten können. England sammelt die Völkerwelt gegen Deutschland und seine Bundesgenossen. Es hat die lateinische Rasse außer Spanien an sich gezogen, es drängt Griechenland mit Härte in denselben Zusammenhang, es verengt den Lebensspielraum der Skandinavier, es sucht überseeische Länder in seinen Herrschaftsverband hineinzuziehen und will dadurch den Zusammenschluß der kultivierten Menschheit herbeiführen, von dem nur wir ausgeschlossen sein sollen. Wir erkennen an, was in England, insbesondere auch von kirchlicher Seite, für deutsche Verwundete und Internierte geschieht, sei es von dem Bischof von Winchester oder dem Erzbischof von Canterbury. Wir erkennen das ebenso an, wie man in England es tatsächlich anerkennt, was in Deutschland auf diesem Gebiete geschieht. In England steigt ein Feindschaftsgefühl in die Höhe, das sich zu solchen Behauptungen versteigt, wie sie Lloyd George als Miles gloriosus gegenüber einem amerikanischen Berichterstatter ausgesprochen hat.

Lloyd George hat sich dahin ausgesprochen, daß die Deutschen dieses unsägliche Elend über die Welt gebracht haben. Er will daher, daß dieses Verbrechen gegen die Menschheit durch eine schwere Strafe gesühnt wird. Nicht um Lloyd George zu bekehren, beschäftigen wir uns mit seinen Worten, sondern um vor der übrigen Menschheit und vor unserem eigenen guten Gewissen ein Zeugnis der Wahrheit abzulegen. Wie steht es denn mit dem deutschen Militarismus? England hat leicht reden, denn es ist eine isolierte Insel, Deutschland aber war — seine Geschichte beweist das — von jeher feindlichen Angriffen ausgesetzt. Solange Deutschland kein eigenes Militär hatte, konnte jeder mit ihm machen, was er wollte. Einsichtige Engländer haben auch immer anerkannt, daß Deutschland ohne eine bedeutende Rüstung nicht existieren kann. Deutschland liegt im Herzen von Europa, es hat Frankreich auf der einen und Rußland auf der anderen Seite. Angenommen, wir hätten in England eine ähnliche Koalition, würden wir nicht rüsten? Natürlich würden wir rüsten. So sprach sich 1908 derselbe Lloyd George aus, der sich heute in so weltauffälliger Weise darüber aufregt, daß der deutsche Militarismus der Urgrund des ganzen gegenwärtigen Entsetzens sei. (Hört! Hört!)

Was die andere Behauptung anlangt, daß die deutsche Regierung im Juli 1914 den englischen Friedensvorschlag abgelehnt und damit die Menschheit in das unendliche Unglück gestürzt hat, so spricht der Gang der Ereignisse von damals, den niemand abstreiten kann, eine ganz andere Sprache. Es wird übersehen, daß Deutschland und die ihm verbündete österreichisch-ungarische Doppelmonarchie nicht einen Frieden um jeden Preis, sondern nur einen Frieden in Ehren annehmen könnten. Da der Mord von Serajewo eine Ehrenkränkung im allerstrengsten Sinn des Wortes war, so konnte Oesterreich-Ungarn es nicht von der Lage anderer Großmächte abhängig sein lassen, ob und in welcher Art ihm Genugtuung zuteil wurde. Auch das ist von einsichtigen Engländern wiederholt anerkannt worden. Mit Recht haben sie hervorgehoben, was in England geschehen würde, wenn der englische Thronfolger an der afghanisch-indischen Grenze ermordet worden wäre. Der englische Pazifist Norman beantwortete diese Frage wie folgt: Würde in diesem Fall England etwa einem russischen Vorschlage zugestimmt haben, diesen Zwischenfall einer internationalen Konferenz zu unterbreiten? Wir meinen, daß England in einem solchen Fall, ebensowenig wie Oesterreich, auf eine Strafexpedition verzichtet hätte, und wissen nur nicht, ob England von vornherein, so wie Oesterreich, von einem Landerwerb dabei abgesehen hätte. (Sehr gut!)

Wenn also Deutschland seinen Bundesgenossen in einer tödlichen Ehrenkränkung nicht allein lassen wollte, so durfte es den englischen Vorschlag vom 26. Juli 1914 nicht annehmen. Es gab nach Ansicht des englischen auswärtigen Amtes einen besseren Weg zum Frieden, nämlich die Einleitung eines direkten russisch-österreichischen Meinungsaustausches. Deutschland ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen, auf diesem Wege den Krieg zu vermeiden. Dieser Weg wäre nach menschlicher Wahrscheinlichkeit auch aussichtsreich gewesen, wenn England in Petersburg dieselbe Rolle gespielt hätte wie Deutschland in Wien. (Hört, hört!) Aber, als gerade alles in guter Entwicklung war, erfolgte der verhängnisvolle Schritt der russischen Mobilmachung. Diesen verhängnisvollen Schritt konnte England verhindern, wenn es rechtzeitig das Wort Neutralität für diesen Fall ausgesprochen hätte. Wie sehr England die Gefährlichkeit einer vorzeitigen russischen Mobilmachung erkannte, ersieht man daraus, daß am 25. Juli der englische Botschafter Buchanan den russischen Minister Sasonow davor warnte, durch eine Mobilisierung die deutsche Kriegserklärung hervorzurufen. Zur Vermeidung der russischen Mobilisierung und damit des Weltkrieges würde genügt haben, wenn der englische Minister des Auswärtigen dieselben Worte nach Petersburg hin gesprochen hätte, wie der deutsche Reichskanzler am 20. Juli in Wien sagen ließ: Wir weigern uns, in einen Weltbrand hineingerissen zu werden dadurch, daß unsere Verbündeten unseren Rat mißachten. England hat dieses rettende Wort nicht gesprochen, sondern im Gegenteil der russischen Regierung die Gewißheit gegeben, daß ihr unter allen Umständen englische Hilfe zur Verfügung steht. (Hört, hört!) Nur auf englischem Hintergrunde konnte Rußland zur Mobilmachung schreiten. Also die deutsche Regierung kann in dieser Sache ein gutes Gewissen haben.

Das deutsche Volk ist ein friedliches Volk gewesen und ist es noch heute mitten im Kriege. (Sehr richtig! links.) Es ist falsch, wenn man glaubt, es sei ein Zeichen von Schwäche, seinen friedfertigen Charakter zu betonen. Ein Zeichen von Schwäche würde es sein, zur Unzeit und unnötigerweise demütig um einen Frieden zu bitten. Aber es ist kein Zeichen von Schwäche, darüber zu reden, daß alle kämpfenden Völker Europas nur ein Gefühl haben, das Gefühl der Sehnsucht nach der Wiederkehr geordneter Verhältnisse. (Sehr richtig!) So oft unsere Truppen draußen das Lied von der Heimat singen, in der es ein Wiedersehen gibt, so sehr wünschen sie den Augenblick herbei, wo sie wieder zu Frau und Kind, zu Haus und Hof zurückkehren können. Also wir können ruhig bekennen, daß wir ein Volk friedlicher Gesinnung waren und es in der Tiefe der deutschen Seele noch heute so gut sind wie je. (Lebhafte Zustimmung.) Aber weil man uns den Frieden nicht gönnt, bleiben wir tapfer, so lange es notwendig ist, und in dieser Tapferkeit sind wir einig. So sehr es bei uns zu Hause bisweilen auch erscheinen mag, als hätten wir unüberwindliche Gegensätze und könnten uns überhaupt nicht mehr verstehen, so sind doch alle Berichte der wirklichen Kämpfe darüber einig, daß dies Gespräche der Zuhausegebliebenen sind und daß der Wille, das Vaterland zu erhalten und zu verteidigen, heute noch genau so vorhanden ist wie am 4. August 1914, wo noch keine Menschenseele ahnte, zu welch technischen Greueln der Krieg dieser modernen Zeit fortschreiten kann.

Inmitten dieser Kriegstechnik so als ein geschlossenes Volk durchzuhalten, das ist etwas Großes und Bewundernswertes (Beifall). Daß wir heute mitten in Europa noch so dastehen, daß die Fläche Mitteleuropas frei und friedlich ist, während der Kampf an den Grenzen und in den Ländern der Feinde tobt, das ist eine Leistung, die allem herumschleichenden Pessimismus gegenüber in ihrer ganzen weltgeschichtlichen Größe ausgesprochen werden muß. In der Vergangenheit wurden die Kriege auf deutschem Boden geführt, heute geht ganz Mitteleuropa von Helgoland bis Konstantinopel friedlich seiner Arbeit nach, während der Krieg jenseits der Grenzen tobt. Das dies möglich geworden ist, und wir nicht der Kampfplatz geworden sind, wie es früher bis zur Schlacht bei Leipzig der Fall war, ist eine Tatsache, der gegenüber alle sogenannten Richtungsbildungen und Streitigkeiten über Kriegsführung kleinlich erscheinen (Sehr richtig! links.) Der Krieg selber ist unendlich viel größer als die Fragen, über die im einzelnen gestritten wird. Man soll bei diesen Dingen doch nicht glauben, daß es jemals möglich sein könnte, komplizierte Fragen der Heeres- oder Marineführung, verbunden mit wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten von äußerster Schwere und Verwickeltheit, zum Verständnis jedes einfachen Mannes zu bringen. (Sehr wahr!)

Wir reden so viel von unserer Verantwortung als Abgeordnete. Aber jeder einzelne von uns ist doch froh, wenn er persönlich eine Verantwortung in diesen Dingen hat. Wie sollen nun Leute, die die Möglichkeit der Orientierung noch weniger haben, ein fertiges Urteil gewinnen können? (Sehr richtig!) Es ist eine falsche Beeinflussung des Volkes, wenn man ihm beibringt, es könnte Dinge entscheiden, zu deren wirklicher Entscheidung die Voraussetzungen notwendig fehlen müssen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein gewisses Maß von Vertrauen ist in der Kriegführung notwendig. Das war immer so und wird immer so bleiben. Auch bei der republikanischsten und demokratischsten Verfassung müssen die Völker in solchen schwierigen Tagen von einigen Trägern geführt werden. Dieses Vertrauen ist einer der Materialbestände, und zwar einer der wichtigsten der Kriegführung überhaupt. (Sehr richtig! links.) Theoretisch kann man sich vielleicht den Fall denken, daß eine Führung so ungenügend ist, daß sie erledigt ist. Aber dieser Fall ist nicht unser Fall.

Wir haben in zwei Jahren gegenüber übermächtigen Angriffen standgehalten und halten noch heute stand auf der ganzen Linie. Das beweist allein schon, daß wir unser Vertrauen nicht vergeblich verschenkt haben. (Beifall.) Das soll natürlich nicht bedeuten, daß jede einzelne Handlung durchaus die Billigung dieser oder jener Gruppe zu haben braucht. Das bedeutet auch nicht die Zustimmung zur Auswahl jeder einzelnen Person in staatlichen Aemtern, keineswegs eine Billigung jedes Tagewerkes der Politik. Das Volk im Ganzen fragt sich, ob es eine ehrliche, sachliche und tapfere Leitung hat. Wenn es den Eindruck gewinnt, daß diese vorhanden ist, dann gehen die Leute ihrer Pflicht nach. Man soll sie aber nicht irre machen in diesem Vertrauen, weil dieses Vertrauen absolut notwendig ist für den gemeinsamen Kampf. (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen eine Regierung, die den Krieg wie eine Schicksalspflicht führt, die ihr von einer höheren Macht aufgezwungen worden ist, nicht wie eine Willkür der Völker, die den Zeitpunkt abwarten, wann sie in den Krieg eintreten wollen. Wer glaubt, der Krieg könne wie ein Schachspiel gespielt werden, dem kann es so gehen, wie es hoffentlich den Rumänen auch weiter gehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Regierung, die das deutsche Volk, ganz abgesehen von allen religiösen Schattierungen, braucht, ist eine Regierung, die daran glaubt, daß die Welt selbst mit uns in gewissem Sinne noch etwas vorhat in der Weltgeschichte. Mit den Idealen, die uns Kant, Fichte, Schleiermacher und unsere großen Philosophen gegeben haben, kann Deutschland auch in solchen schweren Zeiten durchhalten. Das deutsche Volk wünscht sich eine Regierung, die über den Krieg hinausgeht, weil wir auch nach dem Kriege wieder Volk unter Völkern sein müssen. Das deutsche Volk will einen Frieden in Ehren, der seine politische und wirtschaftliche Existenz sichert. Das Vertrauen des Volkes gilt nicht einer einzelnen an der Spitze stehenden Person, es gilt der Gemeinschaft, die, auf Stufen geordnet, im Pflichtbewußtsein in diesen zwei Jahren zusammengestanden hat und weiter zusammenstehen wird bis zum Ende dieser Prüfung. (Beifall.) Dieses Vertrauen auszusprechen, haben wir ein Recht, denn das ist nicht mehr eine technische Frage, sondern eine innere Frage des Volkes in seiner Stellung zu dem Kampfe, der sein schwerstes und größtes Erlebnis ist. (Lebhafter Beifall.) Man hat gesagt, daß die Stellungnahme zu den unvermeidlichen Auseinandersetzungen vielfach davon abhängt, welche Hoffnungen, Erwartungen oder Befürchtungen der einzelne in der inneren Politik hat. Ich glaube nicht, daß das in so großem Umfange der Fall ist, wie es vielfach ausgesprochen wird.

In der außerordentlich warmen und ergreifenden Darstellung, die der Abg. Scheidemann von der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer politischen Neuorientierung gegeben hat, ist der einzige Punkt, in dem ich nicht mit ihm übereinstimme, der Gedankengang, als ob unsere Auseinandersetzungen hierüber wesentlich nur eine Fortsetzung der alten Kämpfe um das Herrschaftsprinzip im Innern wären. Es spielt da vielmehr bestimmend mit, daß in einer Zeit, die voll ist von Problemen der auswärtigen Politik, sich nun auch die Formeln der auswärtigen Politik in den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und mit der Regierung einzustellen anfangen. Wir lehnen es jedenfalls ab, daß unser Vertrauen zur Regierung sich darauf gründet, daß sie eine Neuorientierung versprochen hat. Wir wollen dasselbe von der Gegenseite annehmen und nicht glauben, daß sie ihre politischen Entschlüsse aus innerpolitischen Erwägungen heraus faßt. Was später einmal wird, wenn der Krieg zu Ende ist, dazu sind wir beiderseits noch Wanns genug, um das miteinander abzumachen. (Sehr richtig und Zustimmung.) Zunächst haben wir alle miteinander nur das eine ungeheure Bedürfnis, siegreich und erfolgreich aus diesem Kriege hervorzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Was nützen uns alle Reformen, wenn wir mit einer Niederlage belastet, geschlagen durch die künftige Weltgeschichte gehen müssen. Dann sind alle Reformen nutzlos an ein ungeeignetes Objekt verschwendet. Nach dem Kriege kommt eine Neuorientierung von selbst, nicht so sehr auf Grund gegebener Versprechungen (Sehr richtig!). Die Versprechungen, die die Regierung in dieser Beziehung gegeben hat, sind außerordentlich lustartig (Heiterkeit). Will man feststellen, was vom Reichskanzler, von Dr. Delbrück oder dem jetzigen Staatssekretär Dr. Helfferich uns versprochen worden ist, dann greift man und greift man und kann es antragsmäßig doch nicht ausdrücken (Sehr richtig!) Wir verstehen, daß das so ist. Man will dem Volke sagen, daß es nach dem Kriege anders kommen wird, aber man will während des Krieges nicht den Streit um Paragraphen hervorrufen. Vielleicht ist das sogar sehr klug. Aber es gehört vielleicht in jene Klugheit hinein, die letzten Endes gar zu schlau ist, in jene Klugheit, bei der die Masse nur das Versprechen hört und sagt, daß Versprechungen allein keine Bedeutung haben (Sehr richtig! links).

Nehmen wir aber wirklich einmal an, es kommt einmal so, wie man es, biblisch ausgedrückt, mit den Worten bezeichnen kann, daß Pharao nichts mehr wußte von Joseph und seinen Brüdern. (Stürmische Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt.) Was würde dann? Daß nach diesem Kriege, wenn die Millionen nach Hause kommen, alles genau so bleiben wird, wie es vorher war, das glaube, wer das glauben kann.

MARCHIVUM

(Sehr richtig! links.) Denn dieser Krieg ist eine solche Aufrüttelung und Durchschüttelung aller Menschenkinder, eine solche absolute Hinlenkung jedes einzelnen auf die Notwendigkeit des Staates und seiner Organe, daß etwas Neues kommen muß. (Erneute Zustimmung links.) Was bedeutet es allein, daß die Frau jetzt in ihrem Haushalt so unendlich reglementiert wird, daß sie in einer vor dem Krieg ungeahnten weise geradezu kodifiziert worden ist. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Auch die Männer, die aus vor dem Krieg ungeahnten Weise geradezu kodifiziert worden ist. hinausgegangen sind, segnend gedenkend der Toten, die zu Hunderttausenden draußen geblieben.

Aber kann man es sich wirklich denken, daß unsere Soldaten nach Hause kommen und sozusagen mit dem Kaiser an der Spitze durchs Brandenburger Tor einziehen und daß man ihnen dann sagt: So, jetzt seid ihr wieder durch das Brandenburger Tor eingezogen, jetzt bleibt daheim alles, wie es vorher war! (Sehr gut! links.) Das ist eine glatte seelische Unmöglichkeit. (Lebhafter Beifall links.) Wer glaubt, wir könnten es wirklich ertragen, daß nach dem Kriege politische Rechte so verteilt sind, daß, wer infolge von Dienstuntauglichkeit seinen Besitz wesentlich vermehren konnte, höher steigt in politischen Rechten, und daß, wer durch den Dienst an der Front in seinem Besitz herabsank, politisch degradiert ist, der mag das tun. Ich halte das für eine solche glatte Unmöglichkeit, daß ich mir kein Volk unseres Bildungsstandes auch nur vorstellen kann, daß sich nach einem solchen Kriege in der alten Weise klassifizieren läßt. (Stürmischer Beifall links.) Und dann die preußischen Polen! Sie haben tadellos ihre Pflicht getan. Sie kommen auch mit zurück. Glaubt man, daß man ihnen dann sagen kann, daß sie ein fremder Staatskörper in unserem Staate seien? Blut ist Blut. Ein jeder hat nur ein Leben zu vergeben. Das ist sein Bürgerrecht und seine Bürgerpflicht. Aber der Staat kann doch nun nicht sagen: Dein Leben, das rechne ich nicht. Er muß sagen, daß, wer mitgekämpft hat, auch zu uns gehört. (Beifall links, im Zentr. und bei den Polen.)

Wir werden auch andere Unterscheidungen fallen lassen müssen. Geistliche Orden, mögen sie uns lieb oder nicht lieb sein, können nach dem Kriege, nachdem sie draußen mit Seelsorge geleistet haben, nicht wieder in einen Rechtszustand versetzt werden, der mit der Tätigkeit im Kriege im Widerspruch steht. (Zustimmung im Zentrum.) Da hilft alles nichts. Nun wäre es ja viel einfacher, daß dies alles nicht erst durch Kämpfe der Parteien erreicht wird, sondern daß wir unter Vorantritt des Kaisers mitten im Krieg einmal einen Tag der großen Freiwilligkeiten bekommen würden. (Stürmischer Beifall.) Dieser Tag würde ein Tag sein, an dem in allen Schützengräben die Empfindungen des 4. August wieder in ihrer ursprünglichen Gewalt und Stärke sich zeigen würden. Ich bezweifle, ob wir diesen Tag großer Freiwilligkeit erleben werden. Aber in der jetzigen gespannten Lage des Krieges unter dem Bleigewicht des Uebermaßes der Feinde haben wir die Gesinnung aus den Freiheitskriegen bitter notwendig. Materiell sind wir gegenüber den Feinden die Schwächeren. Was wir an Plus haben, das ist das Innerliche, das Seelische, das Volkstümliche, der geschlossene Wille eines ganzen Volkes von unten bis oben. Wir haben vor dem Kriege unser Volk verkannt. Wir haben es erst in diesem großen Kriege richtig kennen gelernt in seiner Zähigkeit, in seinem Willen zur Ordnung und Pflicht. Das wird noch hundertfältige Frucht bringen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Freie Bahn für jeden Tüchtigen! hat der Reichskanzler gesagt. Vielleicht meinte er nur: freie Bahn in der diplomatischen Karriere! (Heiterkeit.) Wieviel Leute ohne geordnetes Examen haben das Examen des Lebens draußen glänzend bestanden. (Lebhafte Zustimmung.) Das gibt nach dem Kriege eine Neuorientierung nicht nur der politischen Rechte, sondern auch der ganzen Erziehung, der Fürsorge für das Volk im ganzen von oben bis unten. Ueber alle Parteien hinweg spricht die politische Heimat. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern. Und die draußen stehen, antworten: wir wollen sein wie die Väter waren: eher den Tod als in der Knechtschaft leben. Und darauf wollen wir antworten: wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Auch meine politischen Freunde beklagen tief und schmerzlich die ungeheuren Opfer, die der Krieg erfordert. Auch wir fühlen mit der Masse des Volkes die vielen Erschwernisse, auch wir haben einen Blick für die Schädigung des Wirtschaftslebens, für die Schädigung materieller und ideeller Güter, die der Krieg, je länger er dauert, mit sich bringt.

Es gibt niemand, der nicht ein baldiges Ende des Krieges herbeiführen wollte. Verbrecher sind Ausnahmen. Und den verbrecherischen Gedanken, daß jemand um eigenen Gewinnes willen eine Verlängerung des Krieges wünschen wollte, wird man im deutschen Volke nicht finden. Kein Stand, keine Gruppe, keine Partei wird eine Verlängerung des Krieges um des Krieges selber wollen. Aber mit diesen Wünschen nach einem baldigen Frieden ist das entscheidende Wort nicht gesprochen. Auch darüber besteht wohl im ganzen deutschen Volke Einigkeit. Nur mit einer Gruppe ist eine Auseinandersetzung darüber nicht möglich. Die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft haben am 15. Dezember Beschlüsse gefaßt, die, wenn sie ausgeführt worden wären, die Regierung gezwungen hätten, aus Mangel an finanziellen Mitteln unsere Grenzen zu entblößen und den Feind ins Land hineinzulassen. Diese Herren haben das Recht verwirkt, daß man ernstlich über diese Fragen mit ihnen verhandelt. (Sehr richtig, rechts.)

Es handelt sich nicht um Entscheidungen des Tages und für den Tag. Wir kämpfen nicht nur für die jetzige Generation, sondern für Kinder und Kindeskinder, und turmhoch über dem Einzelschicksal steht das Schicksal und die Entwicklung des deutschen Volkes. Um diese Entwicklung und diese Zukunft geht der Kampf. Darum ist es notwendig, die Not des Tages um der höheren Ziele willen, der deutschen Zukunft willen, zu ertragen. Einigkeit besteht darüber, daß nur ein Friede in Frage kommen kann, und sollten wir noch monatelang, noch jahrelang darum kämpfen müssen, der die Zukunft des deutschen Landes und des deutschen Volkes sichert.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in seiner Kundgebung als Friedensziele formuliert die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands. Das sind Ziele, denen man wohl zustimmen kann. (Lachen bei der Soz.-Arb.) Meinungsverschiedenheiten können nur darüber entstehen, wie dieses Ziel zu erreichen ist, daß uns z. B. England in Zukunft nicht überall, wo wir uns betätigen wollen, sein „Hände weg" zuruft. Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auch auf die Mittel zur Erreichung der Ziele. Der Abg. Scheidemann sagte, die Franzosen sollten erfahren, daß ihnen kein Fußbreit französischen oder belgischen Bodens verloren zu gehen brauchte. Dagegen muß ich den schärfsten Widerspruch erheben. Davon kann keine Rede sein. (Hört, hört! und Unruhe bei den Soz.) Nein, was wir mit unserem Blute erobert haben, das halten wir fest (erneute Unruhe bei den Soz.; sehr richtig! rechts), so lange und so weit es nötig ist, um die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist wichtig, diese Meinungsverschiedenheit gleich festzustellen. Unser Volk will den schleunigen, aber auch den siegreichen Frieden. Der Kampf wird nicht im Inlande, sondern draußen geführt, wo unsere heldenmütigen Truppen unter dem Oberbefehl des Kaisers und unter Führung der Helden von Tannenberg und Skagerrak allen Feinden trotzen. Dieser Kampf wird geführt, zu Wasser und zu Lande, oben in der Luft mit der bewundernswerten Tapferkeit unserer Luftschiffbesatzungen, ebenso aber auch durch unsere herrlichen Unterseeboote (lebhafter Beifall), die trotz erschwerender Verhältnisse auf allen Meeren der Welt den Kampf führen, der uns aufgezwungen worden ist. Schon heute ist unsere militärische Lage gesichert. Die Feinde kommen nicht durch. Was wir draußen haben, das halten wir fest. (Beifall rechts.) Meine Freunde und ich haben von Anfang an den Gedanken vertreten, daß die Niederringung Englands das Hauptziel dieses Krieges sein muß. Dieser Gedanke hat mehr und mehr im Volke Verbreitung gefunden. (Sehr richtig!) Wir freuen uns, daß nicht mehr gesagt werden kann, dies sei die Auffassung irgendeiner Gruppe oder Partei. Wir sind auch einverstanden mit dem, was der Reichskanzler in dieser Beziehung am 28. September ausgesprochen hat, vor allem mit dem Gedanken, daß gegen England alle Kampfmittel eingesetzt werden müssen. Mit hoher Bewunderung und Dankbarkeit gedenken wir dabei unserer Flotte und unserer Zeppelin-Luftschiffe. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß wir durchaus der Meinung sind, die Angriffe unserer Luftschiffe werden von keinerlei politischen Einwirkungen und Hemmnissen gehindert. Wir freuen uns dieser Angriffe, weil sie den Engländern zeigen, daß der Krieg nicht ein Sport ist, sondern am eigenen Leibe gespürt wird. (Beifall rechts.)

Mit dem Berichterstatter sind wir einverstanden, daß eine eingehende Besprechung der militärtechnischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen des U-Bootkrieges dem vaterländischen Interesse nicht dienlich wäre. Die Wahl des Zeitpunktes muß natürlich auch der militärischen Oberleitung überlassen bleiben. Wir müssen aber aussprechen, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedensten neutralen Ländern uns in der Ueberzeugung bestärkt hat, daß die kräftige Einsetzung unserer U-Boote dringend notwendig ist, um uns dem Sieg über England näher zu bringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die innerpolitischen Erörterungen können jetzt gewissermaßen nur als Hilfsstellung für den Kampf draußen dienen. Wir glauben, daß wir unsern Kämpfern draußen keine Hilfe damit leisten, wenn wir über diese Fragen jetzt erbitterte Kämpfe führen. Die Versuche, die der Abg. Scheidemann vor dem Kriege und während des Krieges gemacht hat, um auf die sozialistische Internationale einzuwirken, haben uns keineswegs dem Ziele näher geführt. Er hat schon vor dem Kriege der internationalen Sozialdemokratie gegenüber den Friedenswillen der deutschen Arbeiterschaft betont. Aber die Antworten, die von drüben zurück tönten, haben auch ihn sicher enttäuscht. (Sehr richtig! rechts.)

Die italienische und die rumänische Kriegserklärung waren Ereignisse von ernster und schwerer Bedeutung, die zu einem durchaus nicht günstigen Augenblick eingetreten sind. Und wenn man auch die militärischen Erfolge in der Dobrudscha und in Siebenbürgen inzwischen diese Ereignisse ihrer Drohung und Gefahr im wesentlichen beraubt haben, so wird man auf der andern Seite sagen können, daß in diesen Kriegserklärungen ein besonderer Erfolg unserer auswärtigen Politik nicht zu verzeichnen ist. Die Gründe, die dazu führten, sind im Augenblick schwer zu beurteilen, und ich bin durchaus der Meinung, mir vorsichtige Zurückhaltung auferlegen zu müssen. Mancher Zweifel ist aber übrig geblieben und auch durch die Kommissionsberatungen nicht ganz beseitigt worden.

Der Reichskanzler hat mitgeteilt, daß im August 1914 König Karol selbst der Meinung gewesen sei und sie energisch vertreten habe, die Bündnispflicht erheische Rumäniens Beitritt zu den Zentralmächten. Wäre es nicht möglich und nützlich gewesen, gleich von vornherein in Uebereinstimmung mit dieser Meinung des Königs auch von unserer Seite den Zutritt Rumäniens zu den Zentralmächten zu fordern und die Durchsetzung dieser Forderung im gegebenen Augenblick zu versuchen? Diese Frage mußte sich in den letzten zwei Jahren wiederholt aufdrängen, das endgültige Urteil muß der Geschichte überlassen bleiben. Wir haben gehört, daß die Leitung unserer auswärtigen Politik gewußt hat, daß Bratianu mit der Entente verhandelt und abgeschlossen hat, aber auch hier sind die Zweifel nicht ganz von der Hand zu weisen, ob bei so genauer Kenntnis nicht noch andere Vorbereitungen hätten getroffen werden können. Die rückschauende Kritik an sich hat wenig Zweck und Wert. (Sehr richtig!) Aber sie ist doch insoweit nötig und berechtigt, als sie dazu führt, für die Fortführung der Politik Bestimmtes auszusprechen.

Was erleben wir in unserem Verhältnis zu den Neutralen? England übt den allerrücksichtslosesten Druck, damit die Neutralen sich ihm anschließen und uns schädigen. Da war der Wunsch berechtigt, daß unsere Politik unsere berechtigten Interessen mit allem möglichen Nachdruck geltend mache. Gewiß, die Achtung vor den berechtigten Interessen liegt uns Deutschen im Blut, aber jedes Recht hat seine Grenzen an den Rechten des anderen, und Deutschland hat in dem Kampf um sein Dasein volle Berechtigung, seine Rechte zu verteidigen und unsere auswärtige Politik hat die Pflicht, diese Rechte auch allen anderen Staaten gegenüber mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Die Frage der Neuorientierung können und dürfen wir in dem gegenwärtigen Augenblick gar nicht anders betrachten als von dem Gesichtspunkt aus: wie ist es möglich, dabei die Einigkeit unseres Volkes zu erhalten? So töricht wird niemand sein, leugnen oder die Augen davor verschließen zu wollen, daß nach dem Frieden neue Aufgaben und Ziele kommen, die neue Anschauungen und Grundsätze bringen werden, und da wird man auch uns an der Arbeit finden. (Zustimmung rechts. Lachen links.) Was aber unter Neuorientierung in erster Linie verstanden wird, das ist die Demokratisierung all unserer Einrichtungen, wie die Rede des Abgeordneten Scheidemann bewiesen hat. Ich möchte davor warnen, jetzt während des Krieges an das vom Abgeordneten Scheidemann entrollte Programm heranzugehen. Nach dem Frieden werden wir unsern Standpunkt vertreten, daß die Grundlagen der Monarchie und auch die Grundlagen der Autorität und Disziplin (Aha-Rufe und Lachen links), die sich herrlich bewährt haben im Kriege (Beifall rechts) zu erhalten sind. Jetzt während des Krieges kann über diese Dinge nicht verhandelt werden, ohne die innere Einigkeit auf das schwerste zu gefährden. Eine Reichsregierung, die auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie steht, wird die Forderungen des Abgeordneten Scheidemann nicht restlos erfüllen können. Würde jetzt an diese Probleme herangetreten werden, so würden ganz gewiß die Freunde des Abg. Scheidemann mit dem, was so gewährt werden wird, nicht zufrieden sein und es wird auch nach jener Seite hin die Einigkeit im deutschen Volke nicht erreicht werden. (Sehr wahr rechts.)

Die innere Einigkeit unseres Volkes schließt ganz gewiß Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Kriegs- und Wirtschaftsführung nicht aus, auch nicht, daß sie ausgetragen werden können und müssen. Ausgeschlossen sein sollte alles das, was man mit Recht als Treibereien und Fronde bezeichnen kann. Ich brauche gar nicht erst darüber zu reden, daß wir alles auf das strengste verurteilen, was auf schlechten Glauben, auf egoistischer Parteitaktik beruht, daß Klatsch, der aus der Eitelkeit, gut informiert zu sein, und aus Oberflächlichkeit entsteht, uns höchst unsympathisch ist. Auch hier gibt es Erscheinungen, die einen trüben Ausblick in die Zukunft eröffnen können. Aber ich stimme dem Abgeordneten Bassermann darin zu, daß es ernste patriotische opferwillige Männer sind, die sich beschwert und beunruhigt fühlen und sich mit öffentlichen Fragen beschäftigen — das liegt in der Luft des Krieges und in seiner langen Dauer, auch in der nicht zu umgehenden Unklarheit über manche Dinge und in der vielfachen Erschwerung der Aufklärung durch ungeeignete Maßnahmen der Zensur.

Unter den Kritikern aber sind Männer, die weit erhaben sind über den Verdacht, auch nur fahrlässig gehandelt zu haben. Verurteilt man die Auswüchse auf der einen Seite, so darf man nicht zurückhalten in bezug auf die Treibereien gegenüber dem Großadmiral v. Tirpitz. Die Behauptung, daß er über die Zahl der Kampfmittel falsche Angaben gemacht habe, ist in der Kommission restlos widerlegt worden. Es waren in einem Bundesratsausschuß Angaben von einer Minderzahl der Teilnehmer mißverstanden worden, was dazu geführt hat, daß in der nächsten Sitzung derselbe Kommissar des Staatssekretärs v. Tirpitz seine Angaben wiederholte. Dies ließ eine scheinbare Unstimmigkeit übrig.

Nach dem Brief des Professors Cohmann handelte es sich übrigens nicht um die Zahl der Kampfmittel, sondern um den versenkten oder zu versenkenden Frachtraum, aber auch nach dieser Richtung wurde völlige Klarheit in der Kommission geschaffen, daß Herr v. Tirpitz genau dieselben Angaben, vielleicht nur in etwas vorsichtigerer Form gemacht hat, wie sie nachher von anderer Seite gemacht wurden. Es ist weiter dahin gekommen, daß nicht nur Professor Valentin, über dessen Qualifikation zum Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt und über dessen weitere Verwendbarkeit dazu die Meinungen wohl geteilt sein dürften, sondern auch von anderer Seite Angriffe unter Berufung auf amtliche Informationen erhoben wurden. In der Kommission wurde festgestellt daß weder solche Informationen erteilt wurden, noch irgend eine Berufung jener Behauptungen auf eine amtliche Persönlichkeit berechtigt waren. Diese Gerüchte sind ausgenutzt worden, um Stimmung zu machen gegen den Gedanken, um den es sich hier handelt.

Ein anderes Moment liegt in der Person des Großadmirals von Tirpitz. (Sehr richtig! rechts.) Es ist heute darauf hingewiesen worden, daß dem Großadmiral eine konservative Kandidatur im Wahlkreise Oschatz-Pirna angeboten worden ist, daß er aber abgelehnt hat. Das ist geschehen. Es ist geschehen, ohne daß wir uns darüber informiert, ohne daß wir festgestellt haben, ob der Großadmiral von Tirpitz der konservativen Partei beizutreten geneigt sei. (Verhaltene Ah-Rufe.) Es ist geschehen von den Konservativen Sachsens in dem Wunsche, eine Persönlichkeit, von der sie eine besondere Sachkunde und eine besonders energische Vertretung auswärtiger Fragen überhaupt erwarten durften, dem Reichstage zur Verfügung zu stellen. (Unruhe.) Also um Parteizugehörigkeit handelt es sich nicht, wenn ich auf das schärfste verlange, die Verbreitung von herabsetzenden Gerüchten gegenüber einem Manne zu unterlassen, ohne dessen Lebenswerk unsere Flotte nicht die technische, militärische und disziplinarische Vollkommenheit erreicht hätte, mit der der Sieg vom Skagerrak errungen worden ist, mit der all die herrlichen Leistungen unserer Flotte erreicht worden sind. (Stürmischer Beifall.)

Auch wir haben unter unrichtigen Darstellungen zu leiden gehabt. Auch von seiten der offiziösen Presse, auch von seiten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ist in allen diesen Dingen doch nicht immer in der Weise verfahren worden, wie wir es von einem amtlichen Organ voraussetzen mußten (Unruhe), weil die Form, mit der da gekämpft worden ist, uns der Größe der Zeit und der Sache nicht immer ganz würdig zu sein schien. Auch die demokratische Presse hat bedauerliche Vorwürfe gegen uns erhoben. Mein unmittelbarer Vorredner hat in durchaus zutreffender Weise davor gewarnt, die Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der Kriegführung und der auswärtigen Politik immer wieder auf innerpolitische Herrschaftsbestrebungen und auf innerpolitische Motive zurückführen zu sollen.

Auch in den heutigen Besprechungen ist viel von Kanzlerfronde und von Kanzlerstürzerei die Rede gewesen. Der Abg. Scheidemann hat manchen Einzelfall anführen zu sollen geglaubt. Aeußerungen einzelner, beispielsweise des Fürsten Salm. Man weiß nicht recht, wie die mitgeteilten Briefe in seine Hände gekommen sind (Unruhe links), und ob das nicht auch unter das Schlagwort der Treibereien subsumiert werden könnte. Bei diesen ganzen Auseinandersetzungen klingt, nicht gerade ausdrücklich ausgesprochen, aber doch sehr deutlich erkennbar, immer ein gewisser Hinweis auf die Partei der Konservativen hindurch, die Extremen von der rechten Seite und ähnliche Aeußerungen. Es ist ja taktisch eine ganz glückliche Situation, wenn man solche Vorwürfe erhebt, ohne gerade eine bestimmte Stelle zu nennen, an die man sie richtet, wenn diese Stelle doch sehr deutlich erkennbar ist. Wenn der andere nicht antwortet, kann man sagen: er gibt es zu, und wenn er antwortet, kann man sagen: wen's juckt, der kratzt sich. (Heiterkeit.) Diese Art der Kampfesweise möchte ich nur kurz charakterisieren. Auf solche unsubstanziierten Versuche zu antworten, Erklärungen einzelner der Partei in die Schuhe zu schieben, empfiehlt sich nicht. Es war aber notwendig, diese Dinge zu berühren, obwohl sie wahrhaftig nicht der Einigkeit im Volke förderlich sind. (Lebhafte Zustimmung.) Denn nicht durch Vertuscheln und Verschleiern, sondern nur durch offene Aussprache dient man dem Ganzen. (Sehr richtig!)

Wenn wir nun das große Ganze ins Auge fassen und wieder den Blick dahin richten, wohin er sich heute von selbst richtet, dann kommt es im gegenwärtigen Augenblick auf Worte und selbst auf Beschlüsse viel weniger an, es kommt auf die Taten an, und da hat unser Volk doch in den letzten Tagen wieder durch eine große, durch eine glänzende Tat bewiesen, daß es einig und geschlossen hinter seinem Heere steht; ich denke an den Ertrag der Kriegsanleihe. Der Dank gebührt dem großen Zeichner, der Tausende und Millionen gezeichnet hat, der Dank gebührt aber auch dem kleinen und kleinsten Zeichner, auch er kann wissen, daß sein Betrag zum finanziellen Erfolg der Anleihe notwendig war, vor allen Dingen hat er aber die Zahl der Zeichner für seine Person erhöht. Darauf kommt es an, um den Beweis zu führen, daß unser Volk geschlossen und einig hinter dem Heere steht. (Beifall.)

Nach den Darlegungen, die wir von einem tapferen Kämpfer der Flotte gehört haben, sind die Voraussetzungen des Sieges darin zu suchen, daß in der Flotte, als sie in die Schlacht vom Skagerrak hineinfuhr, kein Mann gewesen wäre, der nicht den festen Willen zum Sieg, aber auch den festen Glauben an den Sieg gehabt hätte. In diesem festen Willen und Glauben zum Siege weiß ich heute Volk und Heer einig. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Halem** (Dtsch. Fr.): Mit inneren Reformen können wir uns erst nach siegreicher Beendigung des Krieges befassen.

Abg. **Haase** (Soz. A.-G.): Die Sehnsucht nach Frieden besteht bei allen Völkern. Keine Mächtegruppe wird die andere niederringen. Das Völkerrecht ist in diesem Kriege in Stücke geschlagen. Dennoch können wir diesem Kriege nur durch eine Verständigung der Völker ein Ende bereiten. Der Sonderfriede mit Rußland ist nur eine Illusion. Von Annexionen darf keine Rede sein. Das muß der Reichskanzler offen aussprechen, sonst werden die Feinde nicht aufhören, an seinen Friedensangeboten herumzumäkeln. Von der Neuorientierung versprechen wir uns nicht viel. Volksrechte werden nicht geschenkt, sie werden erkämpft. Ueberall macht sich jetzt in kriegführenden Ländern die Reaktion breit, auch bei uns. Der „Vorwärts" ist verboten worden wegen eines Artikels „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde". Darf man denn nicht einmal mehr die Kanzlergegner kritisieren? Die wirtschaftliche Lage wird immer schlechter. Die Geduld der Völker ist nicht unerschöpflich.

Abg. Dr. **David** (Sozd.): Der entscheidende Punkt ist der: Soll man auf Grund der jetzigen Kriegslage Frieden schließen oder soll man ihre günstigere Gestaltung abwarten? In diese beiden Gruppen scheidet sich alles. Der Reichskanzler hat schon unsere Bereitwilligkeit zum Frieden erklärt. Die Gegner wollen aber keinen „vorzeitigen" Frieden „vor der Niederschmetterung Deutschlands". Der rücksichtsloseste Krieg mit England, d. h. der verschärfte U-Boot-Krieg, würde den Krieg nur verlängern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir begreifen den Zorn und den Haß, der jetzt im deutschen Volk gegen England vorhanden ist. Englands Aushungerungskrieg hat die Ernährungsschwierigkeiten verschuldet. Aus dem diplomatischen Aktenmaterial ergibt sich, daß Deutschland bei Oesterreich alles getan hat, um den Krieg zu verhindern, England und Frankreich haben Rußland gegenüber das nicht getan.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Damit ist die Aussprache über die auswärtige Politik erledigt.

Abgeordneter **Bassermann** berichtet noch über den Ausschußantrag, der dem Reichshaushaltsausschuß das Recht gibt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges auch während der Vertagung zusammenzutreten, dann vertagt sich das Haus.

Donnerstag, 3 Uhr: Interpellationen der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie über die Mißstände auf dem Kartoffelmarkte, kleine Vorlagen.

MARCHIVUM

Handel und Industrie.

Die 13. englische Kriegskreditvorlage.

WTB. London, 12. Okt. (Nichtamtlich.) Meldung des Reuterbüros. Im Unterhause brachte Asquith eine neue Kreditforderung im Betrage von 300 Millionen Pfund Sterling ein. Er erklärte dabei, dieser Kredit erhöhe den Gesamtbetrag für das laufende Finanzjahr auf 1350 Mill. und den Gesamtbetrag der seit Kriegsausbruch bewilligten Kredite auf 3132 Millionen. Die gegenwärtigen Kriegsausgaben belaufen sich auf etwa 5 Millionen täglich. Die Ausgaben des Heer wiesen eine geringe Verminderung auf, aber die Ausgaben für Munition seien erheblich gewachsen. Der Voranschlag in dem Budgettitel Anleihe der Verbündeten und den Kolonien sei überschritten worden und wenn diese Anleihen in dem gegenwärtigen Maßstabe zu wachsen fortfahren sollten, würden sie die im Budget veranschlagten 450 Millionen sehr erheblich überschreiten.

Aber kein Teil der Kriegsausgaben sei wichtiger für die Sache der Alliierten, als dieser. England habe in dieser Beziehung seine selbstsüchtigen Interessen, und obwohl die Ausgaben für die Voranschläge hinausgingen, handelt es sich hier um Ausgaben, die er nicht bedauere und die das Haus der Regierung nicht kürzen werde. (Beifall.) Vom 1. April bis 24. September machten diese Anleihen der Alliierten und der Kolonien 300 Millionen aus. Seitdem wurden neuerlich 96 Millionen Vorschüsse gegeben.

*

Es ist der dreizehnte Kriegskredit, den die englische Regierung jetzt mit mehr oder weniger fadenscheiniger Begründung einfordert. Die ersten drei Kriegskredite fielen in das am 31. März v. J. abgelaufene Finanzjahr 1914-15 und waren noch allzumäßig bescheiden: der ursprüngliche Kriegskredit vom August 1914 betrug bloß 100 Mill. Pfd., ihm folgte für die erste Kriegsanleihe eine Novembernachforderung von 225 Mill. Pfd. und, da auch das nicht genügte, eine Februarnachforderung von 225 Mill. Pfd., sodaß sich der gesamte Kriegskredit bis zum 31. März 1915 auf 362 Mill. Pfd. gleich 7384,80 Mill. M. belief.

Im Finanzjahr 1915-16, das voll in die Kriegszeit fiel, machte sich auch der volle Ernst des Krieges bemerkbar. Dem ursprünglichen Kriegskredit von 250 Mill. Pfd. folgte im Juni für die zweite Kriegsanleihe eine Nachforderung von 250 Mill., die schon im Oktober durch eine weitere Kreditvorlage von 150 Mill. Pfd. ergänzt werden mußte. Dann kam für die Anleihe in Amerika eine Septemberforderung von abermals 250 Mill. Aber schon im November wurde eine weitere Kreditvorlage von ganzen 400 Mill. Pfd. eingebracht werden, mit der man mindestens bis zum Schluß des Kalenderjahres auszukommen glaubte. Da das nicht möglich war, mußten im Februar weitere 120 Mill. Pfd. gefordert werden, sodaß im Finanzjahr 1915-16 im ganzen 1420 Mill. Pfd. gleich 28 400 Mill. Mark verlangt und bewilligt wurden.

Das am 1. April 1916 begonnene laufende Finanzjahr sieht noch 300 Mill. Kredite vom März und Mai und einer Juli-Nachforderung von ganzen 450 Mill. Pfd. nun schon die vierte Kreditvorlage. Man beschränkte sich, da die Ausgabe einer fundierten Anleihe abermals hinausgeschoben wurde, wieder auf 300 Mill. Pfd. Die Steigerung der englischen Kriegskosten, das immer schnellere Anwachsen der Kredite ist aber unverkennbar. Obgleich wir uns jetzt in der ersten Hälfte des Oktober befinden, erreichen die Kriegskredite des laufenden Finanzjahres einschl. der neu eingebrachten Summe bereits 1350 Mill. Pfd. gleich 27 540 Mill. Mark. Sie sind also nur um 70 Mill. Pfd. kleiner, wie die gesamten Kriegskredite des vorhergehenden Finanzjahres.

Die Steigerung der Kosten wird mit dem großen Munitionsverbrauch und den vermehrten Vorschüssen an die Verbündeten begründet. Der erste Posten entzieht sich der Beurteilung, der zweite hat schon jetzt den Voranschlag überschritten.

Da auch der neue Kredit, wie uns ergänzend berichtet wird, im Unterhause angenommen ist, so belaufen sich die englischen Kriegskredite jetzt insgesamt auf 3132 Mill. Lstrl. gleich 63,89 Milliarden Mark!

Unser Kriegskredit beläuft sich bisher bloß auf 52 Milliarden Mark. Davon haben wir rund 47 Milliarden durch feste Anleihen aufgebracht. England konnte dagegen nur 18½ Milliarden Mark durch Anleihen aufbringen. Es hat eine schwebende Schuld von mehr als 1 Milliarde Lstrl. oder rund 21 Milliarden Mark aufgenommen und muß dafür jetzt 6 Proz. Zinsen zahlen. Wir können daraus in der Tat ersehen, wie töricht das Gerede von der wirtschaftlichen Ueberlegenheit Englands ist.

Englische Staatseinnahmen und -ausgaben.

In den „Financial News" vom 2. Oktober wird unter dickgedruckter Ueberschrift anläßlich des Halbjahrsabschlusses eine große Vermehrung der Staatseinnahmen bejubelt. Die für die ersten 6 Monate des Rechnungsjahres (April bis September) gegenüber denen des Jahres 1915 die Summe von 61 056 135 Pfund ausmacht. In der folgenden Tabelle sind die Vergleichszahlen im einzelnen in 1000 Pfund Sterling abgerundet wiedergegeben, wobei in der vierten Spalte — was in den „Financial News" nicht geschehen ist, — auf Grund von Angaben im „Economist" vom 30. September die Zahlen des Voranschlages für das ganze Jahr eingefügt sind:

	Erstes Halbjahr 1916	Erstes Halbjahr 1915	Unterschied	Voranschlag für das ganze Jahr
Zölle	32 413	20 763	+11 350	71 000
Accise Abgaben	24 920	27 855	— 2 935	65 000
Stempelsteuer usw.	15 178	16 715	— 1 537	30 000
Landsteuer	3 475	3 036	+ 439	7 000
Grundsteuer	40	20	+ 20)	2 650
Vermögens- und Einkommensteuer	280	320	— 40)	
mit Zuschlag	34 805	16 785	+18 020	195 000
Kriegsgewinnsteuer	31 385	—	+31 385	26 000
Wertzuwachssteuer (Land value Duties)	111	51	+ 60	4 475
Post	11 300	9 990	+ 1 310	36 100
Telegraph	1 600	1 530	+ 70	
Telephon	3 100	3 080	+ 20	
Kronländereien	240	210	+ 30	550
Suez-Kanalaktien u. verschiedene Darlehen	2 381	604	+ 1 777	5 000
Verschiedenes	2 995	1 908	+ 1 087	3 500
	163 922	102 867	+61 056	502 275

Die Zahlen sind deshalb so interessant, weil sie erkennen lassen, daß die Staatseinnahmen trotz ihres bedeutenden Anwachsens die Höhe des Voranschlages schwerlich erreichen werden. Bei der Vermögens- und Einkommensteuer freilich wird das Einkommen von noch nicht ein Viertel des Jahresanschlages auf der Stundung der Fälligkeitstermine beruhen; gleiches kann vielleicht bei Grund- und Gebäudesteuer sowie Wertzuwachssteuer angenommen werden, während das Zurückbleiben anderer kleinerer Posten hinter der Hälfte des Voranschlages durch ihre Ueberweisung unter Erbschaftssteuer und Verschiedenes ausgeglichen wird. Auch bei den Posteinnahmen kann man die Möglichkeit eines Ausgleichs durch den gesteigerten Weihnachtsverkehr unterstellen. Ein erhebliches Zurückbleiben hinter dem Voranschlag scheint aber jedenfalls bei den Zöllen, bei den indirekten Abgaben und bei der Kriegsgewinnsteuer vorzuliegen; es würde nach diesen Zahlen sich für das erste Halbjahr auf rund 3½ + 7½ + 11½ Millionen Pfund, zusammen also auf 22½ Millionen Pfund und bei der Annahme nicht besserer Ergebnisse im zweiten Halbjahr auf 45 Millionen Pfund für das laufende Rechnungsjahr stellen, das heißt 9 v. H. des Gesamtvoranschlages, aber fast 25 v. H. des Betrages um den der Voranschlag das Einnahmeergebnis des vorausgegangenen Rechnungsjahres übertrifft, das nach den „Financial News" vom 4. Oktober sich auf 319 256 000 Pfund belief.

Von Interesse ist noch, daß der Kassenbestand des Schatzamts am 1. April 1916 bei den Banken von England und Irland 25 576 006 Pfund gegen 83 450 952 am 1. April 1915 betrug, während die entsprechenden Zahlen für den 30. September 26 648 282 und 64 186 707 Pfund sind. Einschließlich dieses Saldos betragen die Gesamteinnahmen (einschließlich aufgenommenen Geldes) des Halbjahres in Pfunden:

	1916	1915
die Einnahmen	1 968 637 085	1 050 898 854
die Ausgaben	1 942 038 803	985 712 147

Unter den Gesamt-Einnahmen für 1916 finden sich folgende Posten in Pfunden:

Geldaufnahme im Wege der

a) Staatsschuld	
durch Schatzwechsel	1 092 626 000
durch 5prozentige Schatzanweisungen (1919)	34 222 000
durch 5prozentige Schatzanweisungen (1920)	83 314 000
durch 5prozentige Schatzanweisungen (1921)	62 367 000
durch Kriegsausgabenzertifikate	23 353 000
durch Kriegssparzertifikate	28 450 000
auf anderem Wege nach Maßgabe des Kriegsanleihegesetzes von 1915 und des Finanzgesetzes von 1916	20 494 556
b) Zeitweilig aufgenommene Beträge (on the Credit of Ways and Means)	
durch Schatzwechsel	345 000 000
durch sonst aufgenommene Vorschüsse	86 896 500

Auf der Ausgabenseite stehen unter anderem für Einlösung von Schatzwechseln

der Kategorie a)	785 839 000
der Kategorie b)	177 405 000

Britische Schatzwechsel als „Barzahlung" der neuen französischen Kriegsanleihe.

„Times" vom 5. Oktober berichtet: Gestern Abend ist der Prospekt des unter dem Namen „Londoner und Dubliner Ausgabe" in England zur Zeichnung aufgelegten Teils der neuen französischen 5prozentigen Kriegsanleihe veröffentlicht worden. Bei einem Umrechnungssatz von 27,50 Frs. für ein Pfund Sterling wird der englische Zeichner 3 Pfund 4 sh 6 d für nominell 100 Frs. zu zahlen haben. Hierzu macht die Bank von England noch die „wichtige Mitteilung", daß bei Volleinzahlung des Zeichnungsbetrages bis auf weiteres die vor dem 1. Oktober ausgegebenen englischen Schatzwechsel in Zahlung genommen werden. Die Diskontierung dieser Schatzwechsel soll zu folgenden Sätzen erfolgen: an und vor dem 31. 12. 1916 fällige zu 5¼ v. H., zwischen 1. 1. und 31.3. 1917 fällige zu 5½ v. H. und zwischen 1.4. und 30. 9. 1917 fällige zu 5¾ v. H.

Diese Einrichtung wird, (so meint die weise „Times") die Zeichnungen auf die neue Anleihe erleichtern und gleichzeitig zur Verminderung des ungeheuren Betrages der noch im Umlauf befindlichen Schatzwechsel beitragen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

* Frankfurt a. M., 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die Börse zeigte bei Beginn ein ruhiges Aussehen. Zeitweilig nahmen Gelsenkirchener das Interesse in Anspruch, welche ansehnlich höher notierten. Als fest sind ferner noch Harpener, Phönix u. Deutsch-Luxemburger anzuführen. In Rüstungswerten waren die Umsätze bescheiden, die Stimmung mit wenig Ausnahme behauptet. Daimler Motoren fanden weiter Beachtung. Von Werten der Elektrizitätsindustrie wurden Felten & Guilleaume sowie Siemens & Halske bevorzugt. Chemische Aktien kaum beachtet. Von Spezialwerten zeigte sich weiter Nachfrage für Fahrzeug Eisenach, dagegen wurden Adler-Werke, Kleyer und Munscheid etwas zurückgedrängt. Schiffahrtswerte sind kaum verändert. Der Rentenmarkt hatte im allgemeinen eine behauptete Tendenz zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf gestaltete sich das Geschäft auf den meisten Gebieten ruhig. Die Nachfrage für einzelne Montanpapiere erhielt sich bis zum Schluß. Der Gesamtverkehr schloß bei gut behaupteter Tendenz. Privatdiskont 4⅝ Prozent.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 12. Oktober (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	12. Geld	12. Brief	11. Geld	11. Brief
Newyork 1 Dollar	5.48	5.50	5.48	5.50
Holland 100 Gulden	227.25	227.75	227.25	227.75
Dänemark 100 Kronen	156.25	156.75	156.25	156.75
Schweden 100 Kronen	159.—	159.50	159.—	159.50
Norwegen 100 Kronen	158.75	159.25	158.75	159.25
Schweiz 100 Franken	106.37½	106.62½	106.37½	106.62½
Oest.-Ungarn 100 Kronen	68.95	69.05	68.95	69.05
Bulgarien 100 Leva	79.—	80.—	79.—	80.—

Berlin, 12. Okt. Bei ruhigem Geschäft bewies die Börse eine recht zuversichtliche Stimmung. Im Mittelpunkt des Interesses standen in erster Linie rheinisch-westfälische Kohlenwerte, anscheinend im Zusammenhang mit den gestrigen Mitteilungen über das Kohlensyndikat. Gelsenkirchen und Harpener konnten stärkere Kursgewinne buchen. Oberschlesische Werte wie Caro und Oberbedarf unterlagen leichten Abgabedruck. Kriegswerte waren allgemein gefragt und höher, besonders Deutsche Waffen und Daimler.

Am Rentenmarkt herrschte reger Verkehr bei erhöhten Kursen für unsere 3prozentige Anleihen in Anbetracht des flüssigen Geldstandes und der Nachwirkung des glänzenden Zeichnungsresultates der Kriegsanleihe.

Newyorker Wertpapierbörse.

Newyork, 11. Okt. Die Eröffnung der Börse war uneinheitlich, doch überwog im allgemeinen ein fester Grundton. Das Interesse der Spekulation richtete sich hauptsächlich wieder auf die Anteile der Zuckerfabriken, Ausrüstungs- und Kupferwerte, die steigen konnten. In Anbetracht des morgigen Feiertags machte sich im weiteren Verlauf Neigung nach Positionslösung bemerkbar, unter der die gewöhnlich von der Spekulation bevorzugten Werte zu leiden hatten. Größere Rückgänge hatten im Zusammenhang damit Steels, Canada und Southern Pacific, einige Industriewerte sowie Schiffahrtsaktien aufzuweisen. In den Nachmittagsstunden war die Kursgestaltung unregelmäßig. Der Schluß war abgeschwächt. Der Verkehr war ziemlich lebhaft bei einem Umsatz von 1 370 000 Stück Aktien.

NEWYORK, 11. Oktober (Devisenmarkt.)

	11.	10.		11	10.
Tendenz für Geld	—.—	—.—	Wechsel auf London (60 Tage)	4.71.25	4.71.25
Geld auf 24 Stunden (Durchschnittsrate)	2.50	2.50	Wechsel auf London (Cable Transfers)	4.70.35	4.70.40
Geld letztes Darlehen	2.75	2.75	Silber Barren	67.62½	67.50
Sichtwechsel Berlin	70.25	70.25			
Sichtwechsel Paris	5.84.75	5.88.75			

New-York, 11. Oktober (Bonds- und Aktienmarkt).

	11.	10.		11.	10.
Acht. Top. Santa Fé 4% Bonds	108½	107½	Missouri Pacific	4⅝	5¼
United States Corp. Corps 3% Bonds	106¼	106¼	Nat. Railw. of Mex.	7—	9—
Acht. Top. Santa Fé	106¼	101¼	New York Centr. c.	107⅞	109¼
do. pref.	106¼	100—	do. Ontario & Western	27⅝	28⅝
Baltimore & Ohio	87¼	87⅝	Norfolk & Western	142¾	140—
Canadian Pacific	175¾	170¼	Northern Pacific	110½	110—
Ches. & Ohio	66—	66¼	Pennsylvania	57⅞	58¼
Chic. Milw. & St. Paul.	94½	93¾	Reading	106¾	107¼
Denver & Rio Grande	17—	18—	Chic. Rock Isl. & Pac.	21¼	21⅞
Erie	37½	36¾	Southern Pacific	100—	100⅝
Erie 1st pref.	52¾	53½	Southern Railw.	26—	26⅝
Erie 2nd pref.	44½	44½	South. Railw. pref.	67⅝	70¼
Great Northern pref.	119—	118¾	Union Pacific	147½	146⅝
Illinois Central	107—	106—	Wabash pref.	32¼	32¼
Interborough Cons. Corp.	17¼	17¼	Americ. Can.	52¼	50⅝
do. do. pref.	73¾	74½	Amer. Smelt. & Ref.	107¼	106¼
Kansas City & Southern	27¾	27½	Anac. Copp. Min.	91⅝	85—
do. pref.	61—	61½	Bethlehem Steel	530—	536—
Louisville u. Nashville	136¾	136—	General Leather	76⅝	79¼
Missouri Kans. & Texas	4¾	4¾	Intern. Mercantile Marine	35¾	36⅝
			do. do. pref.	104—	108⅝
			United States Steels Corp.	119¼	111⅝
			United Stat. Steel Corp. pr.	129¼	129—

Aktien Umsatz 1 370 000 (1 210 000)

NEWYORK, 11. Oktober (Ergänzungskurse).

	11.	10.		11.	10.
Gr. North. Ore Cert.	40¼	41½	General Electr.	125—	127—
Lehigh Valley	83½	84¼	National Lead	67⅝	68—
Union Pacific pref.	82½	83—	Utah Copper com.	92¼	94⅛
Consolidated Gas	137½	136½			

NEWYORK, 11. Oktober (Ergänzungskurse).

	11.	10.		11.	10.
Balt. Ohio 4% Bds.	86—	86—	4% Subse Stat.	110—	110—
Ches. Ohio 4½ St.	85½	86⅝	Denver Rio Gr. pr.	41—	40⅝
5% Chic. R. Isl. & Pac.			Miss. Cans. Tex. pr.	13—	13—
First & R. A. I. Ba. 93 f	73¾	73½	West Maryland	30¼	30⅞
North. Pac. 3 Bds.	66¾	66¾	American Cangpref.	112—	114⅝
N. Pac. Pr. Lien 4 Bds.	63¼	63¼	Americ. Locom. c.	75—	77¼
St. Louis & San. F. R. 4	83—	83½	do. Sugar Ref. c.	115—	116⅝
St. Louis & San. F. R. 5	72½	73¼	Mexic. Petroleum	106½	107—
South. Pacific conv. 4 1929 H/S Bonds	84—	86⅝	Virgin. Car. Chem. c.	41½	42⅝
Union Pac. o. 4% Bds.	94½	94½	Beers Cons. c.	356⅝	360⅝

Londoner Wertpapierbörse.

LONDON, 11. Oktober.

	11.	10		11.	10.		11.	10.
2½ Konsol	58½	58½	Baltimore	—	—	Rio Tinto	63¼	63⅝
5 Argentin.	92—	92¼	Canad. Pac.	165¼	165½	Chartered	12/6	12/6
4 Brasilian.	81—	81½	Erie	41¾	40⅝	De Beers	12½	12⅝
4 Japaner	70½	70½	Pennsylva.	—	—	Goldfields	1⅝	1⅝
Portugiesen	56—	56⅝	South. Pac.	105⅝	105—	Rut. R. Reg.	2⅞	—
5 Russen 1906	88½	—	Union Pac.	157—	154½	Randmines	3⅞	3⅝
4½ Russ. 1909	—	—	Steels	116—	113¼	Pr. Diskont	2⅝	—
4½ Kriegsl.	—	—	Anaconda	19⅝	19⅞	Silber	35⅝	—

Kanadische Pacific-Eisenbahn.

Montreal, 10. Okt. Die Brutto-Einnahmen der Canada-Pacific-Eisenbahn betrugen in der ersten Oktoberwoche 2 966 000 $, was gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Zunahme von 51 000 $ bedeutet.

Neue russische Kriegsanleihe.

WTB. Kopenhagen, 12. Okt. „Berlingske Tidende" erfährt aus Petersburg: Der Direktor der Kreditkanzlei teilt mit, daß die neue russische Kriegsanleihe in Höhe von 3 Milliarden Rubel am 16. November zum Zwecke der Zeichnung aufgelegt werde. Der Betrag soll im Inland aufgebracht werden.

Londoner Metallmarkt.

London, 11. Oktober. Kupfer: Kasse 122½, 3 Monate 118½. Zinn: Straits-per Kasse 143/141, per 3 Monate 143/41 Best-Selected p. Kasse —.—, per 3 Monate —.— Zinn per Kasse 180.—, per 3 Monate, 180½. Blei loko per Tonne 30½ per 3 Monate —.—, Zink: per Kasse 56.—, Spezial 57.½.

Berliner Produktenmarkt.

WTB. Berlin, 12. Okt. Frühmarkt. (Im Warenhandel ermittelte Preise.) Die Preise sind gegen gestern unverändert, ausgenommen Runkelrübenschnitzel M. 39, Rübenblätter M. 23 für 50 Kilo.

WTB. Berlin, 12. Okt. Das Angebot in Rüben war heute etwas geringer, da die Bestände infolge der Nachfrage stark zusammengeschmolzen sind und man neue Lieferungen abwarten muß. Der Begehr war aber wieder recht rege. Die Zufuhren von Heu sind weniger umfangreich und die an den Markt gesandte Ware nicht ganz einwandfrei. Man befürchtet, daß durch die neuesten Bestimmungen über die Sicherstellung des Heus für den Heeresbedarf, für den freien Handel nur wenig Material verfügbar wird, sodaß auch die Preise steigen werden. Der Markt für Saatartikel war still.

Chicagoer Warenmarkt.

CHICAGO, 11. Oktober.

	11.	10.		11.	10.		11.	10.
Weizen Dez.	156½	159¼	Schmalz			Speck	13.65-.60	13.65-.60
pr Mai	157½	159¾	pr. Dez.	14.12	13.95	Schweine		
Mais Okt.	76⅛	77.—	Pork: Okt.	27.75	27.75	leichte	8.55	8.55
pr Dez.	78½	78½	pr Dez.	22.75	22.40	schwere	8.55	8.40
Hafer Dez.	48½	48½	Rippen			Schweine-zufuhr i. West.	34.000	33.000
Schmalz:			pr. Okt.	13.87	13.87	ctr. Chicag.	35.000	29.000
pr. Okt.	15.—	14.80	pr. Jan.	12.65	12.62			

Newyorker Warenmarkt.

NEW YORK, 11. Oktober.

	11.	10.		11	10.		11.	10.
Baumwolle Zuf. Atl. Hafl.	18000	25000	pr Okt.	16.53	16.54	Weizen hard Wt. N. 2 neue	162.—	162¼
In Inserm	40000	40000	pr Dez.	16.53	16.73	No. 1 Northern (Duluth)	162.—	168¼
Exp. n. Engl.	46000	13000	(Sav.	44¼	44.—	pr Sept.	—.—	—.—
Exp. n. d. Ot.	11000	14000	Terp (NYork	47.—	47.—	pr Okt.	—.—	—.—
NYork loko	17.55	17.30	Schmalz Wst	15.80	15.35	Mais loko	97⅞	96.—
pr Okt.	17.25	17.20	Talg spezial	10.½	10.½	Mehl Spr.		
pr Nov.	17.29	17.27	Zuck. 96 Test.	802-05	802-09	Wh. el. (neu)	725-735	725-735
pr Dez.	17.41	17.40	Kaffee Rio Nr. 7 loko	9.½	9.½	Kleesaat la	16.—	16.—
pr Jan.	17.31	17.30	Sept	8.63	8.59	do. lla	15.50	15.50
pr Febr.	17.31	17.35	Dez	8.65	8.63	Elektr. Kupf.	27.—-.25	27.—-.25
pr März	17.37	17.43	Jan	8.65	8.70	Rohzinn	44.—-45.—	39.25-40
pr März	17.40	17.46	März	8.77	8.78	Petroleum	250—	240—
N. Orleansk	16.50	16.19	Mai	8.85	8.85			

Getreidefr. Liverpool 14.—, London 15.—, Bessemer-Stahl 45.

Letzte Handelsnachrichten.

Haroper Walzwerk A.-G., Harop.

r. Düsseldorf, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die heutige Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 13 Proz. (i. V. 0 Proz.) fest. Die Aussichten wurden als günstig bezeichnet. Die Gesellschaft habe noch genügend Aufträge zu lohnenden Preisen vorliegen.

Rheinische Stahlwerke Duisburg-Meiderich.

r. Düsseldorf, 12. Okt. (Priv.-Tel.) In der heutigen Hauptversammlung, in der ein Aktienkapital von 22 149 600 Mark vertreten war, wurde die sofort zahlbare Dividende auf 10 Prozent (i. V. 6 Proz.) festgesetzt und dem Erwerb der A.-G. Balke, Tellering u. Cie. in Benrath-Düsseldorf zugestimmt. Zur Begründung wurden die gleichen Aeußerungen gegeben, wie bei der gestrigen Versammlung von Balke, Tellering u. Cie. Ueber die Aussichten teilte die Verwaltung mit, daß die Gesellschaft in allen Zweigen äußerst anstrengend beschäftigt sei. Die Eisen- und Stahlbetriebe, die Kohlen und Bergwerkgruben leisteten was sie überhaupt zu leisten in der Lage wären. Trotz der bekannten Schwierigkeiten sei man genötigt gewesen durch die letzten Jahre eine Steigerung der Produktion zu erzielen. Man hofft auch noch eine kleine weitere Produktionssteigerung herbeiführen zu können. Mit Rohstoffen seien die Werke genügend versehen. Die Neubauten schritten planmäßig fort. Wenn man von Betriebsstörungen verschont bleibe, hoffe die Verwaltung auch im Laufe dieses Jahres ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Im Hinblick auf das Interesse, welches die Waldhausensche Vermögensverwaltung durch Aktienerwerb an den Unternehmen genommen hat, wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt Regierungsrat Bruno v. Waldhausen und Bergassessor Otto v. Krawehl, beide in Essen.

MARCHIVUM

Amtliche Bekanntmachungen

Ausführungsbestimmungen

zum Vollzuge der Verordnung des stellv. General-Kommandos vom 1. Oktober 1916, betreffend

Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen.

§ 1.

Die unter der Leitung des Vorstandes der städt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke aus Anlaß der Kupferbeschlagnahme unterm 24. September 1915 errichtete Stadt

„Städtische Metallsammelstelle",

die ihren Sitz in dem Werkstätten- und Magazingebäude der städt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke Luisenring 44 hat, wird auch mit dem Vollzug der Verordnung über die Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen betraut.

Die in der Verordnung der „beauftragten Behörde" zugewiesenen Handlungen sind von der städtischen Metallsammelstelle auszuführen.

§ 2.

Meldepflicht.

Die Meldung der beschlagnahmten und zu enteignenden Bierglasdeckel und Bierkrugdeckel einschließlich dazu gehöriger Scharniere aus Zinn und aus Legierungen mit einem Zinngehalt von mindestens 75 vom Hundert hat an die städtische Metallsammelstelle Mannheim, Luisenring 44 bis längstens **10. November 1916** zu erfolgen. Die Meldeformulare sind bei den von der städt. Metallsammelstelle näher bekanntzugebenden Stellen erhältlich. Zur Erstattung der Meldung verpflichtet sind Personen und Betriebe, in deren Besitz oder Gewahrsam sich die beschlagnahmten Gegenstände der folgenden Betriebs-, Wirtschafts- oder Vereinigungsarten befinden: alle Brauereien, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe (z. B. Brauereien, Bierverläge, Gastwirtschaften, Kaffeehäuser und Konditoreien, überhaupt Bierausschänke aller Art), ferner Vereine und Gesellschaften, Kasinos und Kantinen.

Der Meldung unterliegen auch beschlagnahmte Gegenstände, die aus Zinn hergestellt sind, das von Militärbehörden oder sonstigen Stellen freigegeben worden ist.

§ 3.

Eigentumsübertragung und Ablieferung.

Anhand der erhaltenen Meldung ist jedem einzelnen Betroffenen von der städt. Metallsammelstelle eine Anordnung zuzustellen, die die Uebertragung des Eigentums an den beschlagnahmten Gegenständen auf den Reichsmilitärfiskus ausspricht. Das Eigentum an den betroffenen Gegenständen geht auf den Reichsmilitärfiskus über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

In der Enteignungsverfügung ist Zeit und Ort der zu erfolgenden Ablieferung anzugeben. Die Ablieferung muß bis zum 28. Februar 1917 beendet sein.

Der Ablieferer hat bei der Ablieferung die genaue Adresse des Eigentümers der abgelieferten Gegenstände anzugeben.

Falls der Ablieferer sich nicht mit dem Uebernahmepreis von 8 M. für jedes Kilogramm zufrieden geben will, hat er dies bei der Ablieferung ausdrücklich zu erklären. Der Uebernahmepreis enthält den Gegenwert für die abgelieferten Gegenstände einschließlich aller mit der Ablieferung verbundenen Leistungen, wie Entfernung der Deckel und Scharniere von den Gläsern und Krügen.

Personen, die mit dem angebotenen Uebernahmepreis einverstanden sind, ist ein Anerkenntnisschein auszustellen, aus dem das Gewicht der abgelieferten Gegenstände, der Uebernahmepreis, die genaue Adresse des Eigentümers und die Zahlstelle hervorgehen. Aufgrund des Anerkenntnisscheines wird der darin festgesetzte Betrag an die angegebene Adresse durch die Post zugestellt, es sei denn, daß über die Person des Berechtigten Zweifel bestehen. Die Annahme des Anerkenntnisscheines oder der Zahlung gilt als Bekundung des Einverständnisses mit den Uebernahmepreisen.

Personen, die sich mit dem Uebernahmepreis nicht einverstanden erklären, ist anstelle des Anerkenntnisscheines eine Quittung auszuhändigen, aus der für jede Art von Deckeln, die abgeliefert sind, das Gewicht und die Stückzahl hervorgehen müssen.

Der Antrag auf endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises ist von dem Betroffenen unmittelbar an das Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf, Berlin W 9, Bothstr. 4 zu richten.

Um dem Reichsschiedsgericht die Preisfestsetzung zu ermöglichen, hat der Betroffene von jeder Sorte einen Deckel mit einer haltbaren Fahne zu versehen, auf der von ihm anzugeben ist:

1. Name (Firma),
2. genaue Adresse,
3. Anzahl der abgelieferten Deckel dieser Art.

Durch die Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts erleidet die Ablieferung keinen Aufschub.

Denjenigen Personen, die nachträglich sich mit dem Uebernahmepreis einverstanden erklären, ist die Quittung gegen einen Anerkenntnisschein umzutauschen; der anerkannte Betrag ist auszuzahlen.

§ 4.

Zwangsvollstreckung.

Wer bis zum 28. Februar 1917 die übereigneten Gegenstände nicht abgeliefert hat, macht sich strafbar; außerdem erfolgt die zwangsweise Abholung der ablieferungspflichtigen Gegenstände durch die städtische Metallsammelstelle als Vollstreckungsmaßregel auf Kosten des Besitzers.

Die Verpflichtung der Besitzer zum Entfernen der Deckel und Scharniere von den Biergläsern und Bierkrügen besteht auch für die zwangsweise abzuholenden Gegenstände.

Den von der zwangsweisen Einziehung Betroffenen sind ebenfalls Anerkenntnisscheine bei Annahme des Uebernahmepreises oder Quittungen bei Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts auszuhändigen. Die Kosten der Zwangsvollstreckung sind von der zur Auszahlung kommenden Summe in Abzug zu bringen.

Mannheim, den 10. Oktober 1916.

Kommunalverband Mannheim:
Dr. Hinter. Hebl.

Verkehr mit Gerste.

Nr. 26356 I. Die Gerste der Ernte 1916 ist gesetzlich für den Kommunalverband beschlagnahmt. Jedoch dürfen die Besitzer trotz der Beschlagnahme ihren ganzen Gerstenvorrat an die Reichsgerstengesellschaft (Geschäftsstelle für den hiesigen und die umliegenden Kommunalverbandsbezirke die Firma Weingart & Kaufmann, Einkaufskommissionäre für Altstadt Mannheim: Leo Hirschler, für Neckarau, Feudenheim, Käfertal und Sandhofen die dortigen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufs-Genossenschaften, für Feudenheim außerdem Nathan Kahn, für Sandhofen außerdem Philipp Samstag) verkaufen. Die Beauftragten der Gesellschaft haben jeden Kauf unter Vorlage des Bezugsscheins dem Kommunalverband (Schlachthofdirektion) anzuzeigen.

⅒ ihres Gesamtvorrats dürfen die Gerstenerzeuger innerhalb ihres Landwirtschaftsbetriebes als Saatgut verwenden, verfüttern oder gegen Lösung einer Mahlkarte beim Kommunalverband (Städt. Lebensmittelamt) zu Gerstenmehl, Graupen oder Grütze zum Verbrauch im eigenen Landwirtschaftsbetrieb verarbeiten oder verarbeiten lassen. Sie dürfen daraus auch Wintersaatgerste gegen Vorlage der vom Kommunalverband (Schlachthofdirektion) ausgestellten Saatkarte veräußern. Doch ist hierzu die vorherige Genehmigung des Kommunalverbands (Schlachthofdirektion) einzuholen, auch eine etwaige Verbringung der Saatgerste aus dem Verbands- (Stadt-) Bezirk dem Kommunalverband (Schlachthofdirektion) binnen 8 Tagen anzuzeigen. Veräußerung und Erwerb von Sommersaatgerste ist bis auf weiteres verboten. St3357

⅒ ihres selbstgeernteten Gerstenvorrats sowie eine dem erworbenen Wintersaatgut gleichkommende Menge haben die Besitzer, soweit sie die Gerste nicht an die Beauftragten der Reichs-Gerstengesellschaft veräußern, an den Kommunalverband in den von ihm vorgeschriebenen Mengen und Fristen zu liefern, der im Weigerungs- oder Säumnisfalle die Enteignung und zwangsweise Ablieferung herbeiführen kann. Pflanzer, die weniger als 20 Tz. geerntet haben, werden durch den Kommunalverband von der Lieferungspflicht insoweit befreit, als ihnen im Falle der Lieferung weniger als 10 Tz. verbleiben würden. Erworbene Wintersaatgerste, die nicht zur Aussaat verwendet wird, ist an den Kommunalverband abzuliefern.

Der Kommunalverband Mannheim (Schlachthofdirektion) ist jederzeit bereit, Gerste sowohl aus den ihm vorbehaltenen 6/10 als aus den zur Verfügung des Pflanzers bleibenden 4/10 bezw. 10 Tz., wie auch unverwendete Saatgerste käuflich zu übernehmen und bei frachtfreier Anlieferung im Schlachthof für Gerste guter Beschaffenheit den gesetzlichen Höchstpreis (seit 1. Oktober ds. Js. 14 M. für den Zentner), für Gerste minderer Güte den entsprechend herabgesetzten Preis zu bezahlen.

Wegen der in Bezug auf das Ausdreschen den Bestnern des beschlagnahmten Vorrats und den Dreschmaschinenbesitzern obliegenden Verpflichtungen wird auf unsere Bekanntmachung vom 7. September ds. Js. verwiesen.

Mannheim, den 5. Oktober 1916.

Bürgermeisteramt:
Dr. Hinter.

Rosengarten :: Mannheim

Nibelungensaal.

Sonntag, den 15. Oktober 1916
abends 8½ Uhr

Volkstümlicher Abend

Mitwirkende:

1. Fräulein Tilly de Groote, Hanau a. M., Sieder zur Laute;
2. Herr Rudolf Weichter vom Großh. Hoftheater in Darmstadt, heitere Deklamationen und Gesangsvorträge;
3. Kapelle des Ersatz-Bataillons 1 des Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I Nr. 110, Leitung: Herr Kapellmeister Schulze, Orchestervorträge für Blas- und Streichmusik.

Die Veranstaltung findet bei Wirtschaftsbetrieb statt. Kassen-Eröffnung abends ½8 Uhr.

Eintrittspreise: Tageskarte 50 Pf., Dutzendkarten 5 M.; Militärpersonen in Uniform vom Feldwebel abwärts 50 Pfg.

Kartenverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, beim Pförtner im Rosengarten und an der Abendkasse. Militärkarten nur an der Abendkasse.

Militärkarten nur an der Abendkasse.

Außer der Eintrittskarte ist von jeder Person über 14 Jahre die vorschriftsmäßige Einlaßkarte zu 10 Pfg. zu lösen.

Programme liegen auf den Tischen im Saal auf und werden an die Besucher der Empore unentgeltlich abgegeben. St1327

Wir bitten unsere geehrt. Inserenten bei Neu- und Abbestellungen von Anzeigen diese nur **schriftlich nicht telefonisch** aufgeben zu wollen, damit Irrtümer, für die wir keine Verantwortung übernehmen, vermieden werden.

Mannheimer General-Anzeiger
Badische Neueste Nachrichten · E 6, 2

GALERIE HELBING MÜNCHEN

WAGMULLERSTRASSE 15

Sammlung Philipp Schwarz, Stuttgart

Alte Gläser in künstlerischer Veredelung

Versteigerung: 25. Oktober 1916

Katalog mit Vorwort von Prof. Pazaurek, 16 Lichtdrucktafeln und 18 Textabbildungen. Preis M. 4.—. Ohne Tafeln gratis gegen Portoersatz.

Nachlass Dir. Karl Nestel †, Stuttgart

Sammlung in Edelzinn, prachtvolle Holzskulpturen des XV. bis XVIII. Jahrh., dabei Altäre, Oelgemälde alter Meister

Versteigerung: 26. Oktober 1916

Katalog mit 24 Lichtdrucktafeln. Preis M. 4.—
Ohne Tafeln gratis gegen Portoersatz. 46919

Todes-Anzeige.

Auf dem Felde der Ehre starb den Heldentod für das Vaterland der Schriftsetzer

Jean Blasauf

aus Ladenburg

Der Verblichene war seit Dezember 1914 in unserem Unternehmen beschäftigt und zeichnete sich durch Fleiß, Pflichttreue und Zuverlässigkeit aus. Wir werden dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren. 46913

Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

Straßenbahn.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ein Verzeichnis der im Bereich der Straßenbahnen und der Bahn nach Dürkheim im Monat Sept. 1916 St444 gefundenen Gegenstände

a) im Hausflur des Verwaltungsgebäudes der Straßenbahn in Mannheim — Collinistraße 1 —
b) im Hausflur des Stadthauses in Ludwigshafen a. Rh. Ludwigsstraße Nr. 60

während 6 Wochen zur Einsichtnahme aufgehängt ist.

Mannheim, 11. Okt. 1916.

Straßenbahnamt.

Bekanntmachung.

Der Fliegergefahr wegen wird in diesem Jahre der Weihnachtsmarkt nicht abgehalten. St550

Mannheim, 6. Okt. 1916.

Bürgermeisteramt:
von Hollander.
Schlek.

Offene Stellen

Heizer
tüchtig u. zuverlässig mit all. vorkommenden Reparatur-Arbeiten vertraut, sofort gesucht. 61899
Färberei Kramer,
Feudenheimer Fähre.

Für unsere Registratur suchen wir zum sofortigen Eintritt eine mit Registraturwesen und Postexpedition in großen Betrieben

vertraute Person

und einen 46029

Bürodiener

(evtl. Kriegsinvalide.) Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsangabe sind unter Nennung des Eintrittstermins zu richten an

Strebelwerk, G. m. b. H.

Tüchtige

Kontoristin

(nicht Anfängerin)
für unsere Fakturenabteilung sofort gesucht. Schriftliche Eintritt nebst Angabe der Gehaltsansprüche u. Zeugnisabschr. erbeten an 61917
Arthur Haendler & m. b. H.
Stahllager
Mannheim-Industriehafen

Gesucht einige
Mädchen
über 17 Jahre für den Mangelsaal. 5420
Elisabeth-Bad Q 7, 10.

Sauberes Mädchen
tagsüber gesucht. 61920
Frau Schimmer,
Max Josefstraße 9, III.

Fleißiges akurates
Mädchen
für Haushalt und Kinder. Adolf Albrecht, L 14, 27, 2 Tr.

Monatsfrau
8—11 sof. tägl. gesucht. 5422
Ramm, Langerötterstr. 64.

Stellengesuche

Ein Mann in den 40er Jahren sucht Stellung als
Portier, Magazinier
od. sonst. Anstellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Hammersdorf, L'hafen, Bismarckstr. 85. 5427

Jung. zuverl. Kaufm. sucht Stelle als Kommis, Gewandt i. all. Bürearbeiten. Angebote an Alb. Engelhard, Ludwigshafen a. Rh. Rheinstraße 55. 61922

Fräulein, schulfrei, mit guten Kenntn. in Stenographie, Maschinenschreib. u. Buchführung sucht pass. Stellung. Angeb. an Rosa Kaiser, Waldhof, Herwigstraße 20 erbeten. 5418

Verkäufe

Obstsecrank
mit neun ausziehbaren Fächern zu verkaufen. Näh. Büro O 6, 16.

Dunkler 64a
gebrauchte Möbel
1 Speisezimmer n. Büfett 1 Credenz, 1 Ausziehtisch, 6 Stühle, 1 Standuhr, ein Diwan, ferner: 1 kl. Büfett, 1 gr. Auszgt. m. Stühlen, 1 Vertikow, 1 Diwan, sowie 1 zurückgen. kompl. Mahagoni Schlafzim. m. 180 breit, dreit. Spiegelschrank, u. 1 zurückgen. kompl. Eichen Schlafz. m. dreit. Spiegelschrank sind sehr preisw. zu verkaufen.
H. Schwalbach Söhne
Mayer, D 7, 4b Friedrichspark Ausz. v. ½8—7 Uhr.

Dunkler
Paletot
auf Seide sowie 1 Anzug gut erhalten, mittl. Figur billig zu verkaufen. 5426
Dinkel, S 2, 2 1 Tr.

Massiv goldene
Herrenremon
18 Kar., 3 Deckl. Gr. und Schlagwerk billigen Preis zu verkaufen. Angeb. Nr. 5416 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Vollst. lack. und pol. Bett
Divan, Küchenschränke, diff. abzug. Möbel. 5037

Kauf-Gesuche

Getr. Kleid
Möbel kauft zu hohen Preisen
Goldberg, R 1

Zahle
Partiewaren
J. Scheps, F
Telephon

Büro.

B 5, 17/18
per sofort zu verm.

Hansa-Haus D
Ein u. zwei Zimmer
Büro
sofort zu vermiet. Beheizung, Fahrstuhl, Licht.

D 7.
Zwei Büroräume Magazine per sofort vermieten.
Näh. bei Kaiserring

H 7. 23, ch. G. als Büro zu

Werkstätte

D 6, 7/8
m. Bür. ev. m. Büro-Zimmer u. Nebenr. 2. St.

Q 6, 10b
pr. sof. u.

Möbl. Zim.

Lameystr. 13
möbl. Wohn-
preiswert zu verm.

Heinrich-Lanz
möbl. Zim.

In feinem Hause Schloßnähe sind 2 leere Zimmer, Küche, Bad u. eventl. per 1. Nov. an einzelne od. Herrn zu vermieten. Beckstraße 8, 2.

Miet-Gesuche

2 leere tremdl. in gutem Hause u. Schlafg. Gelegenheit, ev. möbl. od. möbl. elektr. Licht u. Gelegenh. ev. 1. Nov. ges. Ang. u. 5424 an die

Gesucht auf 3-Zimmer-Wohnung od. Oberstock mit Preis und a. d. Geschäftsst.

Für einen Ingenieurschüler wird auf 1. Nov. eine
Wohnung
möglichst mit Anschluß gesucht. Nr. 61879 an d.

Unterricht

Spanisch
Wer würde sich anfangend. Kurs Honorar mäßig unt. 5261 a. d.

Verloren

Armes Mädchen
Geldbörse
Um Rückgabe wird gebeten, gegen Belohnung L. Wenzl.

Verloren am Montag von Rheinbergstraße bis Bismarckstraße ein roter gebrauchter
Kinderwagen
Abzug. gegen Belohnung M. Merzelbacher.

Vermisch

Wer gibt, evtl. auch anderen Rassenhund in gute Hände? Angeb. m. Preis Nr. 61918 an die

Nähmaschinen
aller Systeme Postkarte genügt
Knupfer.

PREIS 20 Pfg. WINTER 1916/17

KLEINES KURSBUCH
FÜR
MANNHEIM-
LUDWIGSHAFEN HEIDELBERG-
WEINHEIM

DRUCK UND VERLAG DER DR. H. HAAS'SCHEN BUCHDRUCKEREI G. M. B. H. MANNHEIM

Zu haben in allen
Buchhandlungen, Papier- und Schreibwarenhandlungen u. Zigarrengeschäften

MARCHIVUM